

**Immigration und  
Multikulturalismus in  
Frankreich  
- eine Fallstudie**

Dirk Leistico

## INHALTSVERZEICHNIS

### EINLEITUNG

1. HISTORISCHER ABRISS DER IMMIGRATION IN FRANKREICH .....	1
2. AKTUELLE SITUATION DER VERSCHIEDENEN MINDERHEITEN, AUSLÄNDER, EINWANDERER UND FLÜCHTLINGE IN FRANKREICH.....	12
2.1. Die "Autochtonen": Bretonen, Korsen, Occitanen, Elsässer und Basken.....	12
2.2. Erste Phase: europäische Immigranten und Flüchtlinge .....	16
2.3. Zweite Phase: Immigranten und Flüchtlinge des Maghreb unter besonderer Berücksichtigung Algeriens .....	24
2.4. Dritte Phase: Immigranten aus Schwarzafrika und Asien.....	34
2.5. Die Immigration aus dem südostasiatischen Raum .....	41
3. SOZIALE AKTEURE UND IHRE STELLUNGNAHME ZUR MULTIKULTURELLEN GESELLSCHAFT .....	46
3.1. Politik und Interessen der Entsendungsländer .....	46
3.2. Politische Parteien in Frankreich.....	49
3.3. Französische Gewerkschaften.....	57
3.4. Französische Kirchen.....	64
4. RESÜMEE: IST EIN KONSENS MÖGLICH? .....	71
5. AUSBLICK AUF EINE EUROPÄISCHE DIMENSION DES MULTIKULTURALISMUS.....	76

### LITERATURVERZEICHNIS

## 1. HISTORISCHER ABRISS DER IMMIGRATION IN FRANKREICH

Frankreich hatte sich auf Grund seiner demographischen Lage schon früh als Einwanderungsland bezeichnet. Für diese Entwicklung gab es verschiedene Gründe. Die sinkende Geburtenrate zwang die Regierung, über Maßnahmen des Bevölkerungszuwachs nachzudenken. Eine Erklärung hierfür ist das durch die Revolution von 1789 veränderte Erbrecht. Der Großteil der französischen Bevölkerung des 19ten Jahrhunderts waren Bauern, deren Landbesitz bislang an den Ältesten vererbt oder durch ein Testament geregelt wurde. Nach der Revolution kam es zur obligatorischen Aufteilung unter den nächsten Verwandten. Also gründete man, um die Zerstückelung des Landes zu vermeiden, kleinere Familien mit weniger Kindern. Auch die kolonialen Aktivitäten Frankreichs verlangten nach mehr Bevölkerung. Um 1875 gelangte billiger amerikanischer Weizen nach Europa. Frankreich reagierte mit hohen Schutzzöllen für seine Bauern und erhielt somit künstlich eine große Bauernklasse, die mehr schlecht als recht von niedrigen Durchschnittserträgen lebte. Vor 1850 konnte man im eigentlichen Sinne noch nicht von Immigration reden, vielmehr handelte es sich um interne, saisonbedingte Migration der Hilfskräfte in der Landwirtschaft<sup>1</sup>.

Die französische Bevölkerung bestand schon immer aus vielen verschiedenen Nationalitäten, Stämmen oder Völkern. Die oft als Urahnen zitierten Gallier sind nicht mehr als einer von vielen, wenn auch großen, keltischen Stämmen, die auf dem Gebiet des heutigen Frankreichs lebten. Mit Beginn des französischen Staatswesens jedoch wurde dieses multikulturelle Zusammenleben zunehmend unter eine Politik gestellt, die versucht, ein nationales Selbstverständnis aufzubauen, welches die regionalen Unterschiede zu überwinden versucht. Nach dieser Auffassung sollte ein Franzose zuerst von sich behaupten, er sei Franzose, und dann erst Bretone, Baske oder Elsässer.

Der Politologe Patrick Weil von der "Fondation Nationale des Sciences Politiques" unterscheidet zwischen politischer und wirtschaftlicher Immigration<sup>2</sup>. Die politische Immigration genöß und genießt auch noch heute eine besondere Stellung. Es wurde nie ernsthaft in Erwägung gezogen, das Asylrecht anzutasten, da es ein essentieller Bestandteil der republikanischen Doktrin ist. Diese klare Stellungnahme vermißt man gegenüber der wirtschaftlichen Immigration, die Mitte des 19ten Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung beginnt. Gleichzeitig beginnen die ersten rudimentären demographischen Forschungen und man kritisiert den ausbleibenden Bevölkerungszuwachs. Bis dahin sah sich der Ausländer in Frankreich einer spezifischen Situation

<sup>1</sup> vgl. Duroselle, J.-B. (1992), S. 136f.

<sup>2</sup> vgl. Weil, P. (1990), S. 3-22.



ausgesetzt. Er war kein Franzose und hatte kein Wahlrecht, konnte aber - sofern er sich keiner groben Ordnungswidrigkeit schuldig machte - alle sonstigen Zivilrechte genießen. Erst gegen Ende des 19ten Jahrhunderts entwickelte sich eine spezielle Gesetzgebung. Derjenige Ausländer, der sich auf Dauer in Frankreich einrichtete, mußte seinen Aufenthalt deklarieren (Gesetz von 1893) und je nach Fall wurde er von den ersten Sozialrechten ausgeschlossen oder nicht. Es gab auch ein Gesetz, das den Städten nur eine bestimmte Anzahl von Ausländern in den öffentlichen Ämtern gestattete.

Aber der Bedarf an Arbeitskräften steigt und die ersten privaten Verhandlungen mit Sendeländern finden Anfang des 20ten Jahrhunderts statt. Während des Ersten Weltkriegs organisiert der französische Staat selbst (Kriegsministerium) die Einfuhr ausländischer Arbeitskraft vornehmlich aus den Kolonien, um die im Krieg kämpfenden Franzosen zu ersetzen. Dadurch kommen etwa 220.000 nicht-europäische Arbeiter ins Land, von denen aber nach dem Krieg aufgrund einer konsequenten Repatriierungspolitik nur etwa 6.000 (im Jahr 1920) bleiben. 1917 wird zum ersten Mal die Ausweispflicht für Ausländer eingeführt. Nach dem Krieg beginnt die Arbeitgeberseite, ihre Aktionen bezüglich Einfuhr von Arbeitskräften zu strukturieren. Die "Société Générale d'Immigration" (SGI) entsteht 1924 auf Anregung von Landwirtschaft und Kohleindustrie. In der Zeit von 1921 bis 1926 steigt die ausländische Bevölkerung um 66%. Die SGI hielt in den Jahren 1924 bis 1931 praktisch das Monopol über die organisierte Immigration und wachte über die Einfuhr von etwa 50.000 Arbeitern.

Der Staat hielt sich in dieser Zeit mit direkten Eingriffen zurück oder er intervenierte auf Druck oder Anregung der Industrie. Man verhandelte in direkter Weise mit den Regierungen von Polen, Italien und der Tschechoslowakei und schuf innerhalb des Arbeitsministeriums einen "Service de la main-d'oeuvre étrangère". Ziel war es, den ausländischen Arbeiterstrom in Bereiche zu lenken, wo es zu keiner Konkurrenz mit einheimischen Arbeitern kommen sollte. Weitere Ziele waren Abschwächung der Konkurrenz zwischen Unternehmen um die rare Arbeitskraft und Beruhigung der Sendeländer, die zunehmend in Besorgnis um die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Landsleute waren. Mit dem Nahen der großen Wirtschaftskrise beschleunigte der Staat seine Interventionen zunehmend in protektionistischer Weise, so daß 1932 Arbeitsminister Pierre Laval praktisch von einem totalen Stop neuer Zugänge sprechen konnte. Neue Gesetze brachten Quoten für bestimmte Wirtschaftssektoren und Repatriierungsprogramme.

Gary Freeman spricht von zwei Phasen in dieser Zeit: bis zum Ersten Weltkrieg bestand eine liberale Immigrationspolitik, die nach dem Krieg durch eine mehr und mehr unternehmensorientierte Politik abgelöst wurde. In

wirtschaftlicher Hinsicht war diese Politik verständlich, für Demographen aber absurd. Frankreich benötigt die konstante Immigration, um seine Bevölkerung zu vergrößern. Philippe Serre, Staatssekretär für Immigrationsfragen, versucht 1938 vergeblich, mit Hilfe der Arbeiten von Georges Mauco (einem Pionier auf diesem Gebiet) diesen Widerspruch zu lösen. Dieser wird erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelöst<sup>3</sup>.

Nach 1945 erscheint es General de Gaulle unerlässlich, eine kohärente Immigrationspolitik aufzubauen. Zu diesem Zweck ernennt er Georges Mauco zum Generalsekretär des "Haut-Comité de la population". Der von Mauco erarbeitete Vorschlag versucht einen Kompromiß zwischen demographischer und ökonomischer Logik zu schaffen. Als Demograph versucht Mauco, Ausländer ins Land zu holen, die er als "assimilierbar" bezeichnet. Er stellt Quoten für erwünschte Ethnien auf: 50% Nordeuropäer, 30% romanische Völker und 20% Slawen. Diese Ausländer hätten Recht auf dauerhafte Aufnahme, und nicht nur auf einen temporären Aufenthalt, wie es die ökonomische Logik verlangt hätte. Ebenso bekämen sie die Arbeits- und Aufenthaltsberechtigung. Die Anzahl der ausländischen Arbeiter soll aber von der Wirtschaft bestimmt werden<sup>4</sup>.

Im Gegensatz zu diesem Entwurf vertreten der Arbeitsminister Alexandre Parodi und der Innenminister Adrien Tixier eine liberale und egalitäre Position. Sie sind der Ansicht, daß nach dem Krieg eine Immigrationspolitik, basierend auf ethnischer Selektion und Kontrolle ethisch nicht vertretbar ist. Ihre Position setzt sich durch. Zwar wird Maucos System der progressiven Erteilung der "carte de séjour" und des "titre de travail" aufgenommen, doch findet sich keine ethnische Präferenz im Plan wieder. Der Staat versucht, das Monopol der Immigration wieder zu gewinnen mit dem Aufbau des "Office Nationale d'Immigration" (ONI), das jedoch schnell umgangen wird. Zum einen bewegen sich die gewünschten Ströme (z.B. Italiener) eher in andere Länder, zum anderen sind die Prozeduren des ONI den Arbeitgebern zu bürokratisch und langsam. Außerdem wird den Algeriern die französische Staatsbürgerschaft anerkannt, die es ihnen erlaubt, sich frei in Frankreich zu bewegen und aufzuhalten. Dennoch vergißt der Staat nicht seine demographischen und ethnokulturellen Ziele, die unterschwellig erhalten bleiben: er favorisiert in den sechziger Jahren die portugiesische und auch die tunesische und marokkanische Immigration, um somit die algerische Immigration zu bremsen. Zu dieser Zeit kommen mehrere Millionen Gastarbeiter ins Land, die dem Aufruf der Automobilindustrie, des Baugewerbes und der Stahlindustrie gefolgt sind. Es entstehen die ersten "bidonvilles", Arbeitervorstädte, deren Bewohner je nach Nationalität getrennt hausen. Das ONI behält jedoch weiterhin eine

<sup>3</sup> vgl. Freeman, G. (1987), S. 161-176.

<sup>4</sup> vgl. Courgeau, D. (1982), S. 21-31.



wichtige Rolle, indem es bilaterale Übereinkünfte aushandelt, sowie Regularisierungen von bereits bestehenden Arbeitsverhältnissen vornimmt.

Als 1974 die europäischen Ökonomien durch die steigenden Energiepreise in eine Wirtschaftskrise geraten, wird die Immigration neuer Arbeiter zuerst provisorisch, später dann definitiv gestoppt. In Frankreich wird die Immigration rasch zum politischen Spielball. Der Regierung bleiben folgende Fragen zu beantworten: Was tun mit den sich in irregulärer Situation befindlichen Immigranten? Welche Politik gegenüber den regulären Immigranten? Was tun in Bezug auf Rückkehr von Immigranten?

Folgendes Schema zeigt die möglichen Alternativen in der Immigrationspolitik:

A. in Bezug auf illegale Immigranten:

- A.1 - Zugang zur Kategorie "legal" erleichtern
- A.2 - diejenigen regularisieren, die sich auf französischem Territorium befinden
- A.3 - Wechsel zwischen Kategorien erschweren

B. in Bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und Immigranten:

- B.1 - Ressourcen und Rechte vergrößern
- B.2 - jetziges Niveau erhalten
- B.3 - Ressourcen und Rechte verringern

C. in Bezug auf Rückkehr von Immigranten:

- C.1 - nicht in die Ströme eingreifen
- C.2 - freiwillige Rückkehr fördern
- C.3 - Rückkehr forcieren

Folgende Tabelle zeigt nun die verschiedenen Strategien in der Immigrationspolitik der Jahre 1974 bis 1988:

Phasen	Problem			Gründe für Politikwechsel
	A	B	C	
Juni-Juli 1974	A3	B 1	keine Maßnahmen	Willkür der öffentliche Politik ungeeignet wegen zu hoher Kosten
Juli 1974 - März 1977	A3	B 1	C2	ungenügender politischer Ertrag
März 1977- Mai 1981	A3	B 2 B 3	C3	Infragestellung der Werte der nationalen Gemeinschaft zu hohe Risiken und Kosten für Innenpolitik und internationale Beziehungen
Mai 1981- März 1983	A2	B 1	C1	zu hohe politische Kosten Infragestellung der Werte der nationalen Gemeinschaft
März 1983- März 1986	A3	B 1	C2	ungenügender politischer Ertrag
März 1986- Mai 1988	A3	B 2 B 3	C2	ungenügender politischer Ertrag und Feedback
Mai 1988	A3	B 1	C2	

(Quelle: Weil, P., 1990)

Zwei Phasen sind gekennzeichnet durch radikalere Strategien: 1977-1981 und 1981-1983. Als die Sozialisten 1981 die Regierung übernehmen, nehmen sie die Regularisierung von etwa 130.000 sich in irregulärer Situation befindlichen Ausländer vor, streichen die Rückkehrförderung und beschneiden die Rechte des Innenministers im Hinblick auf Ausweisungen. Der Aufstieg der rechtsradikalen Front National 1983 und der Fokus der öffentlichen Debatte auf Themen der Immigration und Sicherheit lassen die Linke schnell erkennen, daß auch sie Zwängen im Hinblick auf öffentliche Ordnung unterliegt. Dabei darf man nicht vergessen, daß diese Politik eine Reaktion auf vorangegangene Ereignisse war. Betrachtet man die Politik der Rechten in der vorangehenden Legislaturperiode, so erkennt man ebenso radikale Absichten. 1977 wird Lionel Stoléru Nachfolger Paul Dijouds als Staatssekretär in Immigrationsfragen. Er wird von Präsident Giscard d'Estaing beauftragt, die Rückkehrförderung energischer voranzutreiben. Eine Prämie von 10.000 FF



wird freiwilligen Heimkehrern zuerkannt. Aber diese Maßnahme ist erfolglos: nur wenige machen von dieser Möglichkeit Gebrauch, zumeist spanische und portugiesische Arbeiter, und nicht wie beabsichtigt die Maghrebener. Also geht man zur forcierten Rückkehr über: Stoléro verhandelt 1978 mit Algerien über die Rückkehr von 500.000 Landsleuten in fünf Jahren. Gleichzeitig werden dem Parlament zwei Gesetzestexte vorgelegt. Das erste Projekt soll es den Behörden erlauben, illegale Einwanderer in irregulärer Situation abzuschicken; das zweite Projekt sieht vor, Behörden die Möglichkeit zu geben, Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr zu erneuern. Dies hätte zur Folge, daß Immigranten in regulärer Situation sich plötzlich als illegale auf französischem Boden befänden und abgeschoben werden könnten. Diese Gesetzesvorlagen stoßen natürlich auf heftigen Widerstand bei der Linken, aber auch bei den Kirchen. Der Staatsrat selbst leert in seiner Kritik den Text von seinem radikalen Inhalt. Dies beeinflußt den Senat, dem ersten Text nur zuzustimmen, wenn die Regierung den zweiten zurückzieht. 1984 einigen sich die traditionelle Linke und die republikanische Rechte auf das Machbare in Sachen Immigration: keine massive Regulierung von Einwanderung, Rückkehrförderung für Freiwillige und eine einheitliche Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung in einem. Der Rechtsstaat hat sich, im Vergleich zu den dreißiger Jahren, entwickelt: keine beschleunigte Abschiebungspolitik und keine Hierarchisierung oder Bevorzugung von Kulturen oder Ethnien<sup>5</sup>.

Demgegenüber blieb die Integrationspolitik lange Zeit dem Zufall überlassen. In der Zeit zwischen 1945 und 1968 wurde praktisch keine Sozialpolitik gegenüber den Immigranten betrieben. Erst ab 1974 scheint sich so etwas wie "immigrant policy", wie Hammar es nennt (ergänzend zu "immigration policy"), zu entwickeln<sup>6</sup>. Diese ersten Ansätze einer Integrationspolitik werden oft noch als Gegenwert in Verhandlungen mit Sendeländern betreffs Kontrolle und Regulierung ihrer Auswanderer eingesetzt. Es handelt sich hierbei um spezielle Wohnkonzepte und -hilfen, Gebetsmöglichkeiten in Unternehmen und Sprachkurse in den Schulen, sowie die Errichtung von Moscheen. Man akzeptiert sogar die Ernennung von islamischen Geistlichen durch das Ausland, z.B. Saudi-Arabien. Die Wohnpolitik läßt sich anfangs relativ einfach durchsetzen, da der Mietwohnungsmarkt noch groß und preislich flexibel ist. Dies wird sich in den Achtziger Jahren schnell ändern. Der finanziell und politisch bedingte Mangel an Sozialwohnungen wird unter einer qualitativen Politik (Entwicklungsprogramme für bestimmte Stadtviertel) und einer räumlichen Konzentration von Maßnahmen zu verstecken versucht. Es fehlt an einer auf lange Sicht angelegten Politik, da sozusagen dort, wo es

<sup>5</sup> vgl. Weil, P. (1990), S. 30.

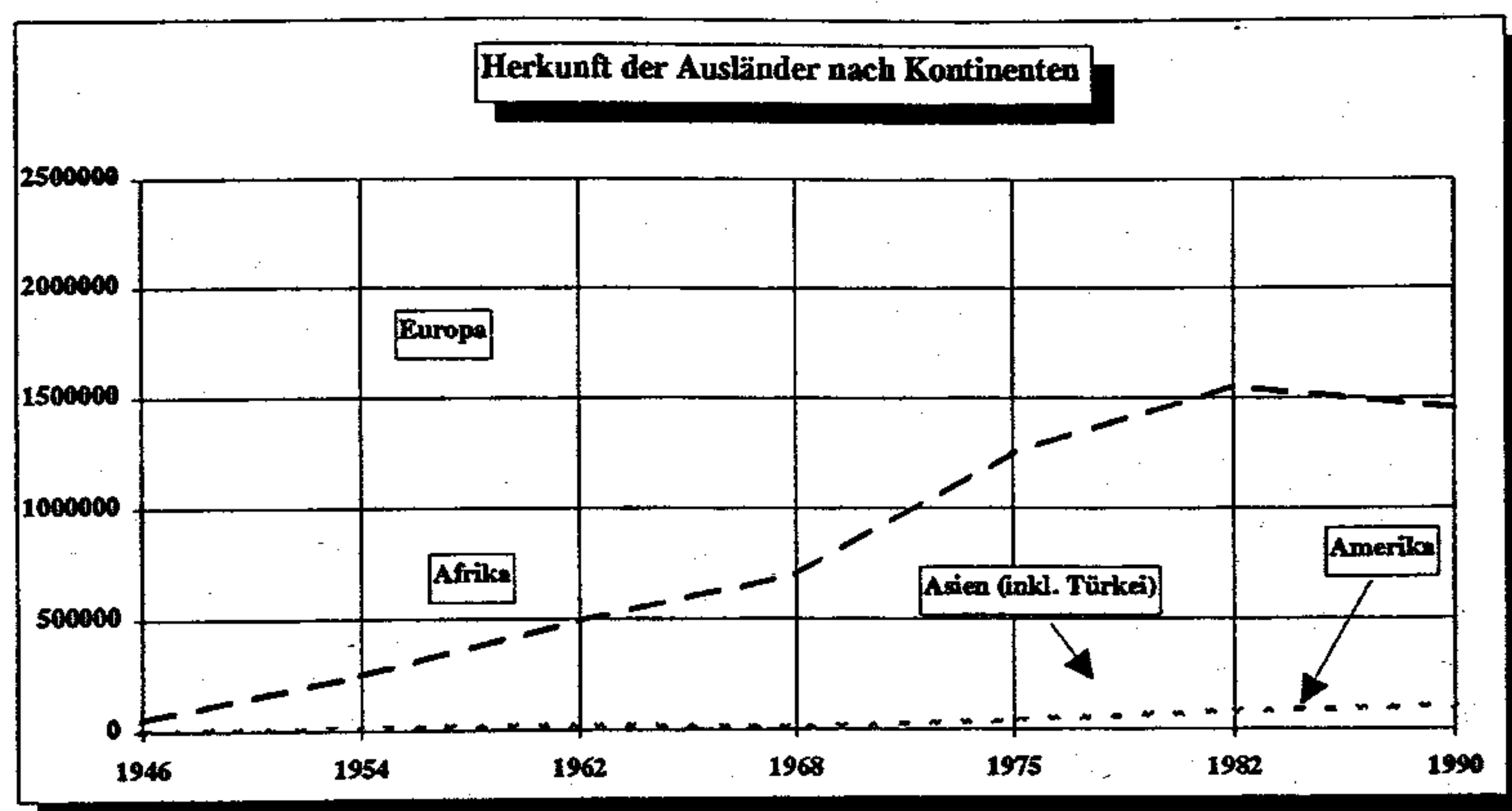
<sup>6</sup> vgl. Freeman, G. (1987), S. 169.

"brennt", mit "der Gießkanne gelöscht" wird, anstatt "Brandvermeidung" zu betreiben.

Die anderen Politiken werden jedoch beibehalten und bleiben umstritten. Die Immigrationspolitik der letzten Jahrzehnte war und wird in nächster Zeit immer nur eine sekundäre Rolle spielen. Wenn es die Situation erfordert, setzt man sie auf die Prioritätenliste ganz oben, so zum Beispiel beim Aufstieg der "Front National" zur etablierten Partei. Ist die kurzfristige Gefahr, wie z.B. Stimmenverluste, aufgehoben, so ordnet man die Immigrationspolitik wieder den anderen, "wichtigeren" Politiken unter. Der Rechtsstaat hat in den letzten Jahrzehnten dazu gelernt und hat die Immigranten in zwei Lager gespalten: in diejenigen, die sich in einer regulären Situation befinden, und in die "clandestins", die Zuwanderer ohne gültige Papiere. Ersteren wird das Recht auf Gleichheit zugesprochen, bei Letzteren wird das Prinzip der öffentlichen Ordnung angewandt. Dem Staat als Akteur fällt es jedoch schwer, sich an diese Situation zu halten, indem er bei der Integration derjenigen versagt, denen er erlaubt hat, sich niederzulassen, und im Gegenzug diejenigen integriert, denen er das Recht auf Niederlassung verwehrt hat. Dies stellt eine große Gefahr für die Glaubwürdigkeit der republikanischen Prinzipien dar<sup>7</sup>.

<sup>7</sup> vgl. Weil, P. (1990), S. 30.





(Quelle: INSEE)

### Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung und deren Veränderung im Laufe der Zeit<sup>8</sup>

Die ersten Immigranten kamen aus den Grenzregionen Frankreichs, d.h. Belgien, Deutschland und Italien. 1851 gab es offiziell 381.000, 1911 schon 1.160.000 registrierte Ausländer. Die Zahl der Naturalisierungen stieg von 13.000 für 1851 auf 253.000 für 1911. Nach Nationalitäten unterschieden, ergibt sich 1911 folgendes Bild: an erster Stelle verdrängen die Italiener (36,1% der registrierten ausländischen Bevölkerung) die Belgier (24,8%) auf den zweiten Platz, gefolgt von den Spaniern (7,8%), Schweizern und Engländern. Etwa 10.000 Polen wurden in dieser Zeit regelrecht "importiert" für die Kohlengruben Lothringens und des Pas-de-Calais. Der Erste Weltkrieg unterbricht die Einwanderung. Er endet mit einem schrecklichen Aderlaß von 1,6 Millionen Toten für Frankreich, hauptsächlich Männer. Die Phase zwischen den beiden Weltkriegen läßt sich durch fünf Merkmale charakterisieren:

- Italiener bilden das größte Ausländerkontingent (auch viele Flüchtlinge, Ausgewiesene und Antifaschisten)
- die Anzahl der Belgier sinkt auf 9%
- die Anzahl der Polen steigt auf 19% für 1936
- die Anzahl der Spanier sinkt kontinuierlich bis 1936, danach steigt sie sprunghaft

<sup>8</sup> vgl. Courgeau (1982), Cross (1983), Duroselle (1992) und Weil (1991).

aufgrund des spanischen Bürgerkrieges

- die afrikanische Einwanderungsrate steigt von fast null auf 4% im Jahr 1936

Das Total der Ausländer in Frankreich beträgt 1921 1.532.000, steigt aber bis 1931 auf 2.715.000, um auf 2.198.000 1936 zu sinken. 1926 ist die städtische Bevölkerung zum ersten Mal zahlreicher als die ländliche und man denkt zum ersten Mal an Ausländer als Ersatz für den Verlust an ländlicher Bevölkerung. Polen, aber vor allem Italiener werden als Landarbeiter angeheuert und beginnen, sich kleine Parzellen Land zu kaufen und dies zu bestellen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bricht eine neue Phase an. Europäer bilden nicht länger die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung. Ein Grund dafür liegt sicherlich in ihrer zunehmenden Naturalisierung, aber der Hauptgrund dürfte im enormen wirtschaftlichen Aufschwung aller europäischen Länder der Nachkriegsjahre liegen, die Zeit, die in Frankreich die "Dreißig Glorreichen" (1945-1975) genannt wird. Es herrscht überall ein Mangel an einfachen Arbeitskräften (für Bau, Industrie und öffentliche Arbeiten). Staat und Unternehmer organisieren, um dem Lohndruck zu entgehen oder auszugleichen, die massive "Einfuhr" an ausländischer Arbeitskraft, hauptsächlich aus Portugal und dem Maghreb. In den zwölf Jahren zwischen 1962 bis 1974 kommen 850.000 Portugiesen, 495.000 Spanier, 275.000 Marokkaner, 170.000 Italiener und 133.000 Tunesier, um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen, ins Land (Algerier sind in diese Statistik noch nicht aufgenommen, da sie bis 1962 französische Bürger waren und danach einen speziellen Status genießen). Ein weiterer Grund für die Veränderung innerhalb der ausländischen Bevölkerung ist die Bedeutung Frankreichs als Asylzuflucht. Seit 1789 bezeichnet sich Frankreich als "terre d'asile" und betreibt eine als sehr liberal zu bezeichnende Asylpolitik. Asylanten und Flüchtlinge machten 1979 0,1% der Bevölkerung aus. Dies ist etwa vergleichbar mit den Vereinigten Staaten. Für die damalige B.R.D. liegt der Prozentsatz bei nur 0,05%, respektive bei 0,03% für Großbritannien und Schweden<sup>9</sup>.

Die letzte Volkszählung datiert von 1990 und wurde vom INSEE (Institut national des statistiques et études économiques) ausgeführt<sup>10</sup>. Es ergibt sich folgendes Bild: bei einer Gesamtbevölkerung von 56,6 Millionen stellt die ausländische Bevölkerung mit 3,607 Millionen einen Prozentsatz von 6,4% dar. Diese 3,6 Millionen Ausländer setzen sich zu 39,1% aus Maghrebiniern, zu 36,3% aus EG-Staatsbürgern, zu fast 6% aus frankophonen Schwarzafrikanern und zu 5,6% aus Türken zusammen, um nur die größten Gruppen zu nennen. Etwas detaillierter sieht es folgendermaßen aus:

<sup>9</sup> vgl. Duroselle, J.-B. (1992), S. 190.

<sup>10</sup> vgl. "Actualités migrations" Nr. 416/417 und Nr. 421(1992).



1. Portugiesen	645.578	17,9% der ausländischen Bevölkerung
2. Algerier	619.923	17,2%
3. Marokkaner	584.708	16,2%
4. Italiener	253.679	7%
5. Spanier	216.015	6%
6. Schwarzafrika m. Zaïre und Mauritius	213.714	5,9%
7. Tunesier	207.496	5,75%
8. Türken	201.480	5,6%
9. Kambodscha, Laos, Vietnam	106.843	3%

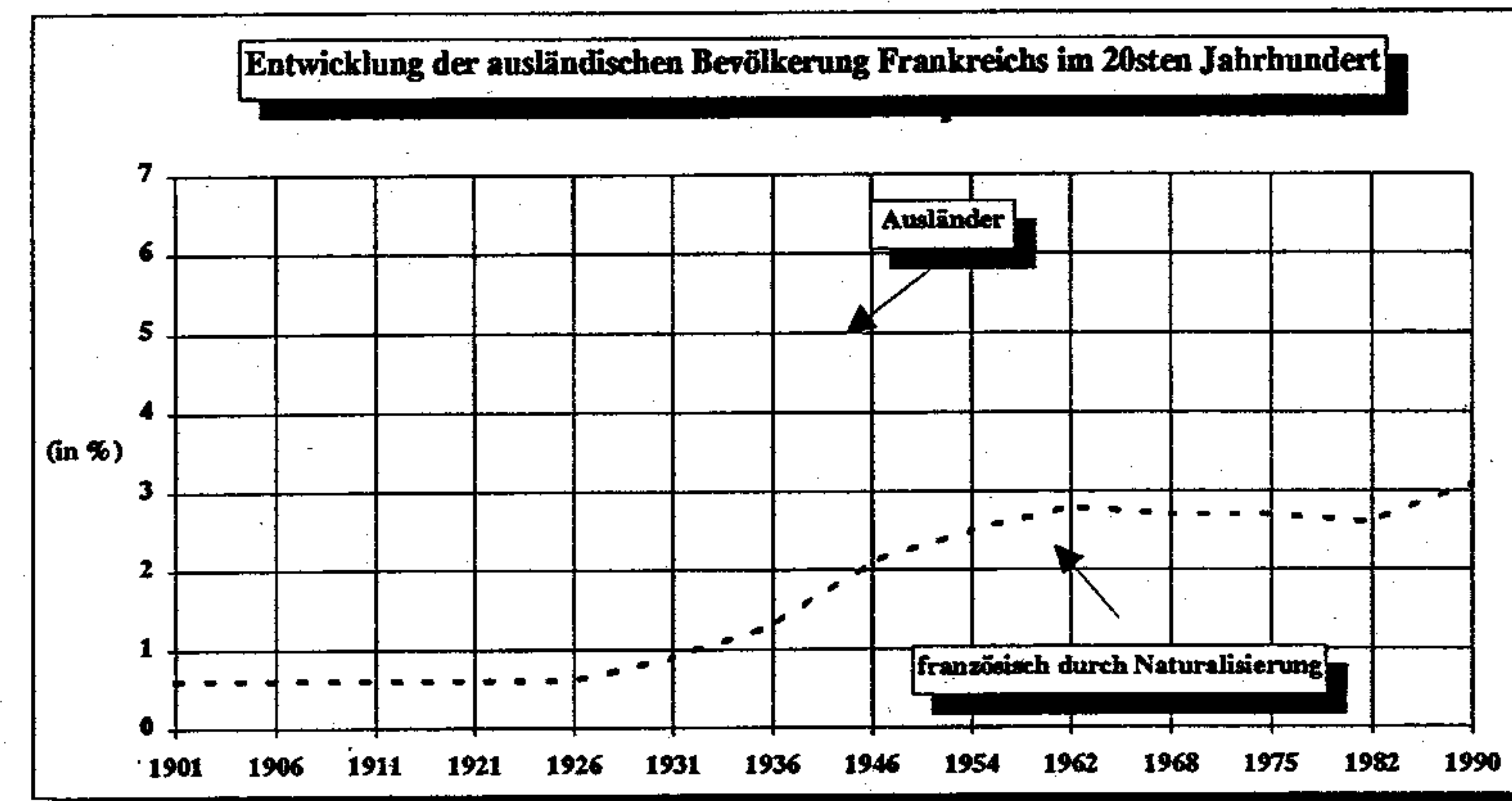
Erwähnenswert sind außerdem noch die relativ hohen Zahlen für Haiti und den Iran, zwei Länder, von denen, wie im Falle Vietnams und seiner Nachbarstaaten, viele Flüchtlinge aufgenommen wurden. Für den Libanon gilt dies ebenfalls, jedoch bestehen hier auch noch andere, historisch-koloniale Verbindungen.

Die Einwanderung aus den Überseeterritorien und -departements Frankreichs (D.O.M.-T.O.M.) wie den Antillen und der Insel Réunion wird erst seit 1954 genauer festgehalten. Vor 1975 gab es eine organisierte Immigration nach Frankreich, da diese Territorien vor einer demographisch kritischen und sozial explosiven Situation standen. Mit der Wirtschaftskrise von 1974 verliert diese organisierte Immigration an Bedeutung und wird allmählich durch eine spontane Einwanderung ersetzt. 1954 lebten 24.200 Personen aus den D.O.M.-T.O.M. in Frankreich, 1982 betrug diese Ziffer 282.300 Personen und wird heutzutage circa um die 410.000 liegen<sup>11</sup>.

Gegenüber 1982 lassen sich folgende Veränderungen feststellen: die ausländische Bevölkerung ist jünger als der Durchschnitt der Bevölkerung in Frankreich. Besonders die Gruppe der über Sechzigjährigen ist unterrepräsentiert. Der weibliche Anteil an der ausländischen Bevölkerung wächst: 44,8% für 1990 gegenüber 40,1% für 1982. Diese Entwicklung ist vor allem bei den Gruppen der Unter-Vierzigjährigen zu beobachten. Eine weitere Besonderheit ist die ungleiche geographische Verteilung der ausländischen Bevölkerung, bezüglich deren Wohnsitz: 12,9% wohnen im Raum Ile-de-

<sup>11</sup> vgl. Guillon, M. (1988), S. 22f.

France. Hiermit gleichen sie sich der französischen Bevölkerung an. Weiterhin ist zu bemerken, daß die Zahl der Naturalisierungen zugenommen hat: sie stiegen von 1,43 Millionen 1982 auf 1,77 Millionen 1990. Dazu muß gesagt werden, daß von den größten Ausländergruppen (Portugiesen, Algerier und Marokkaner) ein wesentlicher Teil (22-30%) in Frankreich geboren ist. Bei denjenigen, die nicht in Frankreich geboren sind, lebt die Mehrheit (90% der Portugiesen, Italiener und Spanier) schon seit mehr als zehn Jahren in Frankreich.



(Quelle: I.N.S.E.E., Haut Conseil de l'Intégration)



## 2. DIE AKTUELLE SITUATION DER VERSCHIEDENEN MINDERHEITEN, AUSLÄNDER, EINWANDERER UND FLÜCHTLINGE IN FRANKREICH

### 2.1. Die "Autochtonen": Basken, Bretonen, Elsässer, Korsen und Occitanen

Der französische Staat ist im Vergleich zu anderen Staatsgebilden Europas relativ alt. Schon im Mittelalter beginnt die politische Zentralisierung und seit François, dem Ersten (1515-1547) werden alle offiziellen Urkunden in französischer Sprache verfaßt. Zivilstandsregister bestimmen sehr früh die juristische Eigenschaft als Bürger, in einem Staat, der schon vor 1789 als Nation bezeichnet werden kann. Zu diesem Zeitpunkt sind auch schon die angrenzenden Regionen erobert und soziale und politische Institutionen werden dort aufgebaut<sup>12</sup>. Die Eingliederung in den französischen Staat verlief und verläuft nicht immer reibungslos. Stolz auf regionale Tradition und Geschichte und die republikanischen Ideale der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit liegen desöfteren im Streit miteinander. Gerade in der heutigen Zeit, wo Nationalstaaten sich mehr und mehr einem internationalen Kontext öffnen müssen, besinnen sich viele wieder auf ein Europa der Regionen, so auch in Frankreich. Teils politisch-terroristisch motiviert, teils nur traditionsbewußt und -erhaltend, wirken diverse Organisationen dem französischen Zentralismus entgegen und wollen mehr politische Eigenständigkeit erreichen, aber auch in kultureller Hinsicht eigenständig sein und ihre Andersartigkeit betonen.

Den traditionsbewahrenden, eher konservativen Organisationen fehlt zunehmend der Rückhalt bei der jüngeren Bevölkerung, während die eher politisch ausgerichteten, teilweise terroristischen Vereinigungen insgesamt wenig Unterstützung in allen Schichten der Bevölkerung finden. Inwieweit der konservative Charakter dieser Vereinigungen einem multikulturellen Zusammenleben im Wege steht, bleibt zu untersuchen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ergibt sich eine ablehnende Haltung gegenüber Einwanderern, aus Angst vor Identitätsverlust und dem Recht des Älteren, des Zuerst dagewesenen. Gerade Regionen wie Korsika oder das Elsaß sind bevorzugte touristische Ziele und liegen an den Grenzen zu den Nachbarländern.

Die Aktivitäten der terroristisch-politischen Vereinigungen hatten ihren Höhepunkt in den Siebziger und frühen Achtziger Jahren. Sie bekamen Unterstützung sowohl in materieller als auch in finanzieller und logistischer

<sup>12</sup> vgl. Noiriel, G. (1988), S. 334.

Hinsicht vom internationalen Terrorismus, der zu dieser Zeit von linken Gruppierungen beherrscht war. Teils handelte es sich um Kooperation, teils um Unterwanderungsversuche sowohl des linken als auch des rechten Terrorismus. So läßt sich der Rückgang der (politischen) Aktivitäten mit dem Niedergang des Terrorismus erklären. Diejenigen Vereinigungen, welche keine eigenständige Basis hatten, verschwanden von der öffentlichen Bildfläche. Ein anderer Grund für das Erlahmen der Aktivitäten liegt am Erreichen des erklärten Ziels. 1982 wurde auf Korsika eine "assemblée régionale" geschaffen und die FLNC (korsisch-nationale Befreiungsfront) konnte über die ihr nahestehenden politischen Parteien UPC (Union des korsischen Volkes, 3 Sitze in der Regionalversammlung) und UN (Nationalunion, 2 Sitze) parlamentarisch aktiv werden. Das bereits von der Nationalversammlung angenommene neue Korsika-Statut wurde jedoch im Mai 1991 vom Verfassungsrat, der höchsten juristischen Instanz Frankreichs, verworfen. Das Gremium entschied, daß der Passus über das korsische Volk als Bestandteil des französischen Volkes gesetzwidrig sei, da die Verfassung nur ein französisches Volk kenne. Der Verfassungsrat wurde von der rechtsgerichteten Opposition im Parlament angerufen, die durch das Korsika-Statut die nationale Einheit gefährdet sah. Schließlich wurde das Gesetz über die Sonderstellung Korsikas ohne den ersten Artikel verabschiedet<sup>13</sup>. Die Widerstandsgruppen kritisieren die Zugeständnisse der Regierung als unzureichend und werden weiterhin versuchen, ihre Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Die Ansiedlung von Algerienflüchtlings (Pieds-Noirs genannt) 1962 und ihre Unterstützung durch den Staat, die diese genossen, traf auf das wachsende Gefühl der Korsen, immer mehr in Abhängigkeit von Nicht-Korsen zu geraten. Dieses Gefühl besteht immer noch, und wird sich auch weiterhin gegen Immigranten richten, die als "Instrument der Entkorsifizierungsstrategie der französischen Zentralregierung mißbraucht werden"<sup>14</sup>.

In den meisten anderen Regionen Frankreichs findet man ähnliche Positionen, die jedoch nicht so radikal bis hin zum Separatismus verfolgt werden. Von den 2,8 Millionen Bewohnern der Bretagne zum Beispiel sind 9/10 Bretonen. Es gibt ungefähr 15 kulturelle Vereinigungen mit insgesamt 100.000 Mitgliedern. Außerdem werden zehn Zeitungen und Zeitschriften in bretonischer Sprache veröffentlicht. Hinzu kommen pro Jahr etwa hundert in bretonischer Sprache verfaßte Bücher. Seit 1985 besitzt "Breiz", Bretonisch, offiziell das Statut einer Regionalsprache, d.h. die bretonische Kultur ist vom Gesetz her anerkannt. Lange Zeit war dieses Projekt umstritten, denn man befürchtete einen weiteren "Zerfall" des Nationalstaats hin zum Separatismus. Unter dem historischen Aspekt der Konservierung des "patrimoine", des kulturellen Erbes stimmte man letztlich zu. Die verschiedenen Vereinigungen dachten auch nie

<sup>13</sup> vgl. Costa-Lascoux, J. (1990), S.306f.

<sup>14</sup> Jargon der FLNC.



daran, sich von Frankreich zu trennen. Es gab und gibt zwar noch Bewegungen mit terroristischen Ausläufern, wie die aufgelöste Bretonische Nationalpartei (PNB), die 1966 gegründete Befreiungsfront der Bretagne (FLB-ARB) und die Befreiungsarmee der Bretagne (FLB-LNS). Letztere Bewegungen haben jedoch keinen Rückhalt in der Bevölkerung und sind auch nicht mehr sehr aktiv (20 Attentate in 20 Jahren). Sie wollten wie viele andere auch eine Abkehr vom fast schon totalitären Zentralismus, der keinen Platz mehr für regionale Vielfalt und Unterschiede ließ. Dies ist und bleibt ein allgemeines politisches Problem, gültig für ganz Frankreich. Denn der Streit um die Einführung der bretonischen Sprache an öffentlichen Schulen läßt sich mit denselben Argumenten führen, die für den arabischen oder asiatischen Sprachunterricht gelten. Eine ähnliche Situation ergibt sich für die Regionalsprachen Okzitanisch und Kastilianisch, die von ungefähr 200.000 bis 250.000 Personen gesprochen werden. Hauptzweck dieser kulturellen Vereinigungen ist die Erhaltung der Sprache, die Pflege des Kulturguts, jedoch nicht die Erlangung der Unabhängigkeit wie im Falle Korsikas (das vom Festland wie eine Kolonie behandelt wurde), da in diesen Regionen eine starke linke Wählerschaft in der Tradition der Jakobiner besteht<sup>15</sup>.

Im Falle der französischen Basken ergibt sich ein etwas anderes Bild. Durch die enge Verbundenheit mit den spanischen Basken hat sich auch in Frankreich der baskische Regionalismus radikalisiert. 1960 entstand nach langem politischen Hin und Her die Charta von Ixtassou, die für das französische Baskenland den Status eines Départements (bislang nur Département régional) mit dem Ziel eines späteren unabhängigen Baskenlandes forderte. 1967 erreichte die "Eubata", eine regionale Partei, die mit der spanischen ETA sympathisierte, 4,61% bei den Regionalwahlen. Ein so hohes Ergebnis wurde später nie wieder erreicht. Danach erschienen für kurze Zeit zwei Terrororganisationen, "Hordago" (1979-1980) und "Iparrerretarrak" (1980). Offiziell sind zwei legale Vereinigungen aktiv. Bei den Regionalwahlen kandidiert die EHAS, die baskischen Sozialisten. Eher humanitär als politisch versteht sich die "Laguntza", eine Menschenrechtsvereinigung, die sich für baskische Flüchtlinge und politische Gefangene einsetzt<sup>16</sup>.

Der Großteil der separatistischen Forderungen ist verklungen, außer im Falle Korsikas. Man konzentriert sich auf den Erhalt der Sprache und der Bräuche. Es ist schwer für die kulturellen Vereinigungen, nicht in Kommerz oder einfache Folklore abzugleiten. Ebenso schwierig gestaltet sich die Frage nach Anwerbung von Nachwuchs. Okzitanisch hat als literarische Sprache einen ungeahnten Aufschwung oder vielmehr eine Wiederentdeckung erfahren. Als Alltagssprache aber bleibt Okzitanisch vergessen. Unter dem Einfluß des

<sup>15</sup> vgl. Caratini, R. (1986), S. 59-62.

<sup>16</sup> vgl. ebenda, S. 54f.

Tourismus droht auch das Elsässische zur Folklore zu verkommen, obwohl hier ein größeres Publikum besteht. Auch die radikale "Elsässische Liste" ist von der politischen Bühne verschwunden. Gerade in dieser Situation sehen viele die Politik aus Paris als ein Ausnützen ihrer geographischen und politischen Randposition und Distanz zur Entscheidungszentrale. Dementsprechend empfindlich reagieren sie auf Immigranten oder staatliche Immigrationspolitik. Betrachtet man zum Beispiel das Elsaß, so muß man erkennen, daß die "klassische" Erklärung (Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus treten überall dort auf, wo hohe Arbeitslosigkeit und ein hoher Ausländeranteil zusammentreffen) nicht mehr greift. Die Arbeitslosenrate im Elsaß ist die niedrigste im ganzen Land (1992: 7% zu 10%) und der Ausländeranteil liegt etwas über dem Landesdurchschnitt (9,4% zu 8%). Die Gründe für den Wahlerfolg der "Front National" liegen vielmehr im Strukturwandel, den die Region und große Teile des Landes erfahren. Durch den technologischen Wandel werden die traditionellen Lebensformen aufgelöst. Es entsteht ein kulturelles und soziales Vakuum, das Unsicherheit hervorruft. So steckt auch die bürgerliche Rechte, traditionell stärkste Partei im Elsaß, in der Krise. Konservative Werte geben keinen Sinn mehr, in einer Zeit, wo das Handwerk entwertet und die Dorfgemeinschaften zu Schlafdörfern werden. Religionsverlust und Landflucht, sowie die Auflösung von immer mehr Bauernhöfen als Folge der EG-Landwirtschaftspolitik, kommen als weitere Gründe hinzu. Frankreich und insbesondere das Elsaß als technologisches Aushängeschild wird nicht mehr von republikanischen, sondern fast nur noch von ökonomischen Prinzipien geleitet. Gerade diese republikanischen Ideale gelten als wesentlicher Bestandteil der französischen Identität. Und die bäuerlichen Strukturen des Elsaß, die ja gerade den Charakter dieser Region und ihrer Bevölkerung ausmachen, sind dabei, sich aufzulösen, oder weniger dramatisch ausgedrückt, sie verändern sich<sup>17</sup>.

Daß dies nicht immer eine xenophobe Reaktion hervorrufen muß, beweist das Beispiel von Kofi Yamgnane. Gebürtiger Togolese und naturalisierter Franzose, wurde er im März 1989 zum Bürgermeister von Saint-Coulitz, einem kleinen bretonischen Dorf, gewählt. Verheiratet mit einer Französin, lebt er seit 16 Jahren in dieser Gemeinde. Zum einen führt er seinen Wahlerfolg darauf zurück, daß er sich in seinem Lebenslauf in nichts von einem Franzosen unterscheidet. Er hat sein Abitur gemacht, danach ein Universitätsdiplom in Mathematik erlangt, um letztlich in eine der Ingenieursschulen zu kommen. Der Grund für die Sympathien, die er genießt, sei, so sagt er, die Tatsache, daß er "ihre Kultur hat, so denkt wie sie und so spricht wie sie.". Er ist sich der Tatsache bewußt, daß er nicht so gut integriert wäre, wenn er z.B. Muslim, oder mit einer Togoiesin verheiratet wäre. Zum anderen geht sein Wahlerfolg

<sup>17</sup> vgl. Kirfel, M. (1992), S. 112-118.



seiner Meinung nach aber auch auf die Eigenart der bretonischen Bevölkerung zurück. Auch sie seien lange Zeit ausgeschlossen gewesen, am Rande des Nationalstaats und weit entfernt von der Entscheidungszentrale und hätten somit eine ähnliche Erfahrung gemacht wie zahlreiche Immigranten. Auch seien sie offener Menschen, hätten aufgrund ihrer Seefahrt viel Anderes und Andere erlebt und vieles in ihre Kultur aufgenommen. Sie nehmen gerne Menschen bei sich auf, die nicht bei ihnen geboren sind, die aber so wie sie leben wollen. Ist man anderen Glaubens, so ist man aber automatisch in dieser noch sehr katholischen Bevölkerung isoliert und begegnet Vorurteilen. Yamgnane betont, daß es Anstrengungen auf beiden Seiten bedarf. Jeder muß von jedem etwas lernen und akzeptieren. Dazu muß natürlich zuerst das Bewußtsein existieren, daß man etwas voneinander lernen kann. So hat Yamgnane in seiner Gemeinde einen Rat der Ältesten eingerichtet, der anfangs noch belächelt, nun aber sehr stark in das Geschehen und in die Leitung des Dorfes einbezogen wird. Dieser Rat der Weisen ist in Europa in Vergessenheit geraten, aber er ist noch sehr lebendig in der afrikanischen Gesellschaft, also gleichzeitig eine Wiederentdeckung und eine Innovation, ein Beitrag eines afrikanischen Einwanderers. "Man kann nicht kontinuierlich kulturelle Elemente integrieren (Reggae, Jazz, Couscous), jedoch die Menschen abweisen, die sie mitbringen", so Yamgnane. Diese Aussagen stammen aus dem Jahr 1990. In der Zwischenzeit ist Kofi Yamgnane zum Staatssekretär im Ministerium für Soziales und Integration, zuständig für Integration, ernannt worden<sup>18</sup>.

## 2.2. Die erste Phase: Europäische Immigranten und Flüchtlinge

Die ersten Einwanderer stammten aus den Nachbarländern und -regionen wie Belgien, Italien, Deutschland und Spanien. Es waren zumeist Arbeiter aus den Grenzregionen, die durch Arbeitsplätze und etwas höhere Löhne angezogen wurden, da in Frankreich Arbeitskräfte aufgrund der demographischen Situation Mangelware waren. Die größten Arbeitgeber zu dieser Zeit waren die Landwirtschaft und die Stahlindustrie. Nach und nach entstanden auch in Belgien und Deutschland mehr Arbeitsplätze, so daß diese Einwanderungsströme langsam verebbten. Die von der Arbeitgeberseite initiierte "Société Générale de l'Immigration" schloß Vereinbarungen über Gastarbeiter mit verschiedenen Regierungen, so mit Polen, Italien, Spanien und verschiedenen slawischen Staaten.

<sup>18</sup> vgl. "Hommes & Migrations" Nr. 1131-April 1990, S. 55-58.

Zu diesem Zeitpunkt (Ende des 19ten, Anfang des 20ten Jahrhunderts) dachten die wenigsten an eine Integrationspolitik. Es handelte sich ja um Gastarbeiter, von denen nach einer gewissen Zeit erwartet wurde, daß sie in ihr Heimatland zurückkehren würden. Größtenteils war dies auch der Fall, doch mit der Zeit blieben immer mehr der "Gastarbeiter" definitiv im Land und schufen mannigfaltige Verbindungen mit der Aufnahmegesellschaft. Die stärkste dieser Verbindungen war und ist die Ehe mit einem französischem Staatsbürger. Das für lange Zeit dominierende Profil ist jedoch der Gastarbeiter ohne Familie, der einzeln oder mit anderen Landsleuten wohnt und selten, außer am Arbeitsplatz, Kontakt mit der französischen Gesellschaft hat. Die Kontakte beschränken sich zumeist auf Institutionen wie die SGI (später das ONI), dem Arbeitgeber und der Gewerkschaft.

Zu oft werden die europäischen Immigranten als Beispiel für eine "friedlich assimilierbare" Bevölkerung zitiert. Sicherlich ist die Differenz zwischen den verschiedenen europäischen Kulturen nicht so sichtbar wie im Falle der nordafrikanischen, dennoch gab es häufig heftige und gewaltsame, auch tödliche Angriffe gegen Immigranten. Ein immer wieder zitiertes Beispiel sind die Toten von Aigues-Mortes in Südfrankreich. 1893 kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen französischen und italienischen Arbeitern der Salzwerke. Die Situation spitzt sich soweit zu, daß sich die Gendarmerie gezwungen sieht, alle Italiener vor den gewalttätigen Angriffen der Franzosen zu schützen und sie aus der Region zu schaffen. Dennoch gibt es sieben Tote und mindestens 40 Verletzte<sup>19</sup>. Diese und ähnliche Beispiele zeigen, daß auch frühere Immigranten mit Ablehnung und Fremdenhaß kämpfen mußten. Oft wird behauptet, daß gerade die gemeinsame Religion ein wichtiger Faktor der Integration gewesen sei, besonders im Falle der Polen. Dabei wird vergessen, daß gerade der strenggläubige Katholizismus der polnischen Minenarbeiter und der italienischen Land- oder Stahlarbeiter den Einheimischen suspekt erschien, in einem Land mit strenger Trennung von Staat und Kirche. Die Organisation "Opera Bonomelli" war schon vor 1914 in Frankreich aktiv, um ein Netz von italienischen Missionen aufzubauen. Dennoch scheint die Kirche nicht der entscheidende Integrationsfaktor gewesen zu sein, denn die Zahlen der Untersuchung von David Charasse, die Gérard Noiriel zitiert, sagen etwas anderes aus. 1955 gingen in der Region Lothringen nur 2% der Arbeiter zur Messe, im Vergleich zu 30% der Angestellten, 40% der Ingenieure und 80% der Arbeitgeber<sup>20</sup>. Da die meisten der Immigranten zu diesem Zeitpunkt Arbeiter waren, ergibt sich, daß die Kirche auf sie nicht mehr viel Einfluß ausübte. Vielmehr war es die Arbeiterbewegung, die die Immigranten anzog. Der Einfluß der kommunistischen Organisationen, wie der PCF und der CGTU war

<sup>19</sup> vgl. Duroselle, J.-B. (1992), S.207f.

<sup>20</sup> vgl. Noiriel, G. (1993), S.39ff.



zu dieser Zeit dominant und es gibt heute noch sehr viele Gewerkschaftler und Politiker italienischer und polnischer Abstammung. Neben der Rivalität zwischen der Arbeiterbewegung und der italienischen oder polnischen Mission, gab es aber auch eine Rivalität zwischen den verschiedenen nationalen Kirchen. Diese zeichnet sich durch einen starken Gallikanismus aus, d.h. ausländische Katholiken sind gebeten, sich in die Strukturen der französischen Kirche zu integrieren. Dieser Kampf um die Gläubigen zwang die italienischen Missionare, sich auf das "Italienische" ihrer Kirche zu besinnen. Das wiederum wurde als Verweigerung von Integration angesehen und die französische Kirche beschuldigte die italienischen Missionare, isolierte Gemeinschaften aufzubauen. Zum Teil waren diese Beschuldigungen berechtigt, denn die Missionare warnten vor Mischehen und predigten immer wieder die Rückkehr in die Heimat. Im Laufe der Sechziger Jahre zeigte sich jedoch, daß alle diese Bemühungen umsonst waren: die Sprach- und Kulturkurse wurden zunehmend weniger besucht, Mischehen nehmen bis heute zu und die Mehrheit der Familien will in Frankreich bleiben. Die Missionare widmen von nun an ihre Aufmerksamkeit einer neuen, auch katholischen Immigrantengruppe, den Portugiesen. Belgier und Italiener hatten schon eine gewisse Erfahrung mit industrieller und gewerkschaftlicher Arbeit. Der Großteil der portugiesischen Arbeiter kam vom Land und war strenggläubig. Gewerkschaftliche oder politische Betätigung war ihnen nicht so vertraut, deswegen hatten sie auch einen geringeren Organisationsgrad<sup>21</sup>. Außerdem kamen die meisten der portugiesischen Immigranten heimlich über die Grenze und regularisierten ihre Situation später. Durch Einschreibungen bei den Behörden hätte es zu Nachforschungen kommen können, deswegen zögerten die meisten sich in Organisationen zu engagieren. Nicht wenige der Portugiesen waren aus ihrer Heimat geflohen, um sich der Einziehung durch die Armee zu entziehen, die Soldaten für die Kolonialkriege in Angola und Mosambik benötigte.

Betrachtet man die Zahlen der letzten Volkszählung (1990), so kann man die verschiedenen europäischen Immigrantengruppen folgendermaßen beschreiben: die italienische und spanische Bevölkerung in Frankreich ist im Durchschnitt älter als die portugiesische, da auch ihre Immigration älter ist. Dennoch sind in Anbetracht der rund 645.000 Portugiesen 20.000 Rentner ziemlich wenig. Dies läßt sich vermutlich auf die Tatsache zurückführen, daß die meisten der Portugiesen im Rentenalter in ihre Heimat zurückkehren, wo sie oftmals ein Eigenheim errichtet haben. Bei der spanischen und italienischen Bevölkerung ist der Anteil der älteren Personen (Kategorien 40-59 und 60 und mehr Jahre) wesentlich bedeutender und es gibt auch mehr Rentner. Die Portugiesen arbeiten hauptsächlich im Bau- und Konstruktionswesen als Arbeiter, sowie als Angestellte im Handel. Weniger im Bauwesen als in der Industrie und im

<sup>21</sup> vgl. Tripier, M. (1990), S.111.

Handel sind die meisten Spanier beschäftigt. Die Italiener sind in etwa in allen drei Sektoren gleichstark vertreten mit einer leicht stärkeren Präsenz im Handel. Bei allen drei Bevölkerungsgruppen sind Arbeiter am stärksten vertreten, gefolgt von den Angestellten im Falle der Spanier und Portugiesen. Bei den Italienern sind die Gruppen der Handwerker und Händler etwa so zahlreich wie die der Angestellten. Die italienische Immigration ist die älteste von den dreien, so erklärt sich die verstärkte Präsenz der Italiener unter den Selbständigen, im Handel und bei den Angestellten (im Verhältnis zu den anderen europäischen Gruppen).

Außer der Kirche, den Gewerkschaften und natürlich der Schule als dominantes Instrument, dürften auch die zahlreichen privaten Vereinigungen eine Rolle bei der Integration gespielt haben, sowohl in negativer als auch in positiver Form. Negativ insofern, als viele dieser Vereinigungen großem Einfluß von außen unterliegen. Mit anderen Worten, viele der Regierungen und Parteien, aber auch Kirchen der Herkunftsländer wollen eine gewisse Kontrolle über ihre Emigranten behalten und finanzieren deshalb von ihnen kontrollierte oder ihnen wohlgesinnte Vereinigungen, auch über Umwege, um direkte Konflikte mit dem französischen Staat zu vermeiden (siehe auch Kapitel 3.1.). Positiv wirken sie in dem Sinn, daß sie dem Immigranten unmittelbar nach der Ankunft eine Art "Heimat" geben. Sie können bei der Wohnungs- und Arbeitsuche helfen und die behördlichen Prozeduren erklären oder ganz einfach nur einen ersten Freundeskreis bieten. Die Vielfalt dieser Vereinigungen reicht von folkloristischen Tanzgruppen über Literaturzirkel und Kindertagesstätten bis zu den eher politisch, gewerkschaftlich, national oder oppositionell orientierten Vereinigungen. Gerade letztere Gruppe von Organisationen wird zunehmend von der konservativen und extremen Rechten in Frankreich als Mißbrauch des Gastrechts gedeutet. Die Sozialisten und mehrere Menschenrechtsgruppen verteidigen diese mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Vereinigungsfreiheit, aber auch sie sehen radikale oder streng konservative Vereinigungen der Ausländer als ein Hindernis einer erfolgreichen Integration, zumal wenn eine ausländische Regierung oder Partei dahintersteht. Das französische Modell beruht auf individueller Integration, Vereinigungen mit nationalem oder ethnischem Charakter stehen diesem Modell normalerweise entgegen. Es kommt jedoch darauf an, wie diese Vereinigungen agieren, ob sie lautstark an die Öffentlichkeit treten oder eher in der Privatsphäre ihrer Mitglieder wirken. Oft besteht auch ein Konsens zwischen dem Staat, den Arbeitgebern und dem Herkunftsland, eine Ausnahme dieses Modells zuzulassen. Zum Beispiel kam es einige Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zu einer Vereinbarung zwischen der französischen Regierung, den französischen Arbeitgebern, der polnischen katholischen Kirche und der polnischen Regierung über die Entsendung von Missionaren und polnischem Klerus. Dieser sollte die polnischen Arbeiter spirituell betreuen, und



gleichzeitig ihr Engagement in den französischen Gewerkschaften verhindern. Die französische Regierung war daran interessiert, jedwede Eskalation zu vermeiden. Der polnischen Seite kam zugute, daß die polnischen Arbeiter und deren Familien nicht mit den linken Kräften in Kontakt kamen, die eine eher sozialistische bis kommunistische Regierung für Polen forderte<sup>22</sup>.

Über die Wichtigkeit der Schule für die europäische Immigration findet man so gut wie kein aktuelles Material. Zu diesem Zeitpunkt erfüllte die öffentliche Schule noch ihre Aufgaben in der Tradition der Dritten Republik: strikte Trennung von Kirche und Staat, Vermittlung der Menschenrechte und der Idee der Nation als politisches Projekt. Franzose ist, wer sich zu den Werten der französischen Revolution bekennt. Heutzutage ist diese Aufgabe der Schule in den Hintergrund getreten. Vorrangige Aufgabe ist nicht mehr die Vermittlung dieser Werte, sondern die fachliche und berufliche Ausbildung. In die Gesellschaft ist heutzutage derjenige integriert, der einen Arbeitsplatz gefunden hat. Der soziale Zusammenhalt ist nicht mehr politisch (im Sinne von gemeinsamen Werten und Zielen), sondern ökonomisch<sup>23</sup>. Es scheint so, als ob die Schule zu jenen Zeiten die Universalität der republikanischen Werte erfolgreich vermitteln konnte. Vor allen Dingen hat die Schule ihre Aufgabe ebenso gut in der anderen Richtung ausgeführt. Sie hat auch auf die Franzosen gewirkt, indem sie ihnen die Angst vor dem Fremden genommen hat und sie von klein auf in Kontakt mit den Fremden gebracht hat. Man darf nicht vergessen, daß die ländliche Bevölkerung erst um 1926 von der städtischen Bevölkerung anzahlmäßig übertroffen wurde und vorher die Franzosen selbst wenig reisten<sup>24</sup>.

Über die momentan größte Immigrantengruppe Frankreichs, die Portugiesen (ca. 645.000 Personen nach der letzten Volkszählung), findet man im Verhältnis zu den maghrebischen Gruppen wenig Forschungsmaterial. Dabei weist diese Bevölkerungsgruppe ein etwas anderes Verhalten als die italienischen, belgischen oder spanischen Immigranten auf. Allgemein wird diese Immigration als leise und unauffällig dargestellt. Sie hat aber ihre Besonderheiten; z.B. ein sehr dichtes Netz von Vereinen, Klubs und Vereinigungen, über 1.000 im ganzen Land und die meisten von ihnen bestehen zur Hälfte aus Franzosen und stellen eine wichtige Kontaktebene zwischen beiden Bevölkerungen dar. Entgegen allgemeinen Vorstellungen bilden die Portugiesen in Frankreich keine homogene Bevölkerung. Manuel Dias unterscheidet zwischen Portugiesen in Frankreich, von Frankreich, Franzosen portugiesischen Ursprungs und den Anhängern der neuen

<sup>22</sup> vgl. Cross, M. (1983), S.90ff.

<sup>23</sup> vgl. Rapport de la Commission nationale consultative (1992), S.213ff.

<sup>24</sup> vgl. Guillaumin, C. (1991), S.6.

Staatsangehörigkeit<sup>25</sup>. Die erste Gruppe beinhaltet all diejenigen, die nach Portugal zurückkehren wollen. Dieser Wunsch, in die Heimat zurückzukehren, beruht oft auf dem Verlangen nach Erfolg und auch ein wenig nach Revanche gegenüber der lokalen kleinen und mittleren Bourgeoisie, die sie oft ausbeutete oder geringschätzte. Oft vergessen diese Personen dabei, ihr alltägliches Leben in Frankreich zu leben, mit negativen Auswirkungen auf ihre Kinder. Die Rückkehr ist nicht einfach zu bewältigen, und deshalb konstatiert man in den letzten Jahren ein vermehrtes Hin und Her dieser Personen zwischen den zwei Ländern.

Die zweite Gruppe, die französischen Portugiesen, verstehen sich einerseits als Bestandteil Frankreichs, wollen aber ihre kulturelle und zivilisatorische Identität als Portugiesen nicht aufgeben. Sie wollen ihre Kultur mit einbringen und von Frankreich als französische Portugiesen anerkannt werden, auf Basis von drei Punkten: erstens, der Unterrichtung ihrer Sprache in Grund- und Hauptschule, zweitens, der gesetzlichen Gleichstellung, und drittens, der doppelten Staatsangehörigkeit. Eine Rückkehr nach Portugal im Rentenalter schließen sie nicht aus, sie verstehen sich als Elemente der portugiesisch-französischen und der portugiesisch-europäischen Annäherung.

Unter den Franzosen portugiesischer Abstammung versteht man die zweite Generation und diejenigen, die die französische Staatsangehörigkeit angenommen haben. Naturalisation bedeutet im portugiesischen Fall nicht Bruch mit der heimatischen Kultur. Zwar wurde sie in der Vergangenheit nicht so offen akzeptiert, dies hat sich jedoch geändert: die doppelte Staatsbürgerschaft wird sehr gut gelebt und akzeptiert (die portugiesische Gesetzgebung erkennt diese an.).

Einen Schritt weiter geht die vierte Gruppe, die Dias unterscheidet. In ihr findet man all diejenigen zugeordnet, die sich als Akteure einer zu bildenden interkulturellen Gesellschaft verstehen. Eine europäische Staatsangehörigkeit wird von ihnen als möglicher erster Schritt in diese Richtung gesehen. Sie sind jedoch nicht von den anderen Gruppen abgegrenzt oder isoliert. Eine Profanisierung des Begriffs und Konzepts Nation wird von ihnen verfolgt. Die große Mehrheit der Portugiesen hat es vermieden, in eines der beiden Extreme, Ghettoisierung und Assimilation, zu fallen.

Es gab auch kleinere Immigrantengruppen, die aus dem weiteren Umfeld des christlichen Kulturkreises kamen, z.B. etwa 350.000 Armenier, die den türkischen Massakern des Ersten Weltkriegs nach Frankreich entflohen. Sie siedelten sich hauptsächlich in Paris und im Süden Frankreichs an und

<sup>25</sup> vgl. Dias, M. (1988), S. 251-256.



begannen, eigene Geschäfte aufzubauen. Außer im Bereich der Lebensmittel waren sie auch in der Bekleidungsindustrie erfolgreich<sup>26</sup>. Eine weitere kleine Gruppe von Flüchtlingen waren etwa 100.000 Russen, die zwischen den zwei Weltkriegen vor den Kommunisten nach Frankreich flohen. Unter ihnen waren viele bekannte Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller. Um 1920 sprossen Kabarett, Restaurants, Kasinos und Klubs nur so aus dem Boden, in Paris und an der Côte d'Azur. Einige der Exilrussen wurden sehr erfolgreiche Geschäftsleute, wie z.B. einige der Besitzer der Haute Couture Häuser<sup>27</sup>.

Eine besondere Gruppe von Immigranten bildet die jüdische Gemeinschaft. Frankreich war einer der ersten westlichen Staaten, der Juden das volle Bürgerrecht anerkannte (1791). Zwischen 1880 und 1925 kamen etwa 100.000 Juden, als Opfer von Verfolgungen und Pogromen in Ost- und Zentraleuropa nach Frankreich, die meisten von ihnen nach Paris. Sie fanden Beschäftigung in Produktion und Versand der Bekleidungsindustrie. Viele brachten eine Ausbildung und Qualifikation als Schneider, Schreiner, Schuhmacher oder Kürschner mit. In diesen Bereichen stellten sie einen hohen Anteil der Beschäftigten, im Bereich der Damenbekleidung und Pelze bis zu 80%<sup>28</sup>.

Anhand des jüdischen Beispiels kann man verfolgen, wie sich die Einstellung des französischen Staates zu Gemeinschaften verändert hat. Seit der Französischen Revolution haben die französischen Juden besondere Beziehungen zum Staat, der sie nach seinen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit emanzipiert hat. Die Juden waren mit Enthusiasmus Bürger dieses Staates, der sie beschützte und ihnen ohne Zögern die Staatsbürgerschaft zugestand. Viele wollten Modellbürger sein und integrierten sich ohne Schwierigkeiten. Sie nahmen auch die Kultur der französischen Nation an und entfernten sich zwangsweise von jüdischen Werten. Dennoch wurden sie immer wieder an ihre Besonderheit erinnert. Bis zum Zweiten Weltkrieg bleibt, mit Ausnahme von einigen orthodoxen oder gerade aus dem Osten emigrierten Juden, die Angehörigkeit zum Judentum auf die Privatsphäre begrenzt.

Dies ändert sich mit dem Verrat des Staates während der deutschen Besetzung. Der Staat gibt keinen Schutz mehr, es sind die Bürger selbst, die den Juden helfen. Das Vertrauen ist mißbraucht und die Juden formen eine stärker sichtbare Gemeinschaft innerhalb der anderen sozialen Gruppen. Das Verhältnis Bürger (jüdisch) - Staat ist ersetzt durch ein Verhältnis Juden - andere Gruppen. Diese Wandlung nimmt erste Formen durch die Entstehung einiger Institutionen, wie dem CRIF (Repräsentativer Rat der jüdischen Institutionen in Frankreich) an. Zahlreiche Ereignisse verstärken diese

<sup>26</sup> vgl. Duroselle, J.-B. (1992), S.154.

<sup>27</sup> vgl. Waldinger, R. (1990), S.100.

<sup>28</sup> vgl. ebenda, S.101.

Veränderung. Die Äußerungen Charles de Gaulles während des israelisch-arabischen Krieges 1967 schockieren viele jüdische Franzosen derart, daß sie öffentlich gegen diese antisemitischen Äußerungen protestieren. Daß derjenige, welcher den freiheitlichen und starken Staat symbolisiert, die Juden als "ein elitäres Volk, selbstbewußt und dominierend" bezeichnet, schmerzt viele der französischen Juden, die durch die höchste Autorität im Lande öffentlich von ihren Mitbürgern unterschieden werden. Ebenso negativ fällt die Äußerung Raymond Barres zum Attentat in der "rue Copernic" auf: der damalige Premierminister unterscheidet zwischen den jüdischen Opfern und den französischen, die er als "unschuldig" beschreibt, eine äußerst unglückliche Wortwahl<sup>29</sup>.

So formt sich langsam eine vorher von den Juden selbst als imaginär bezeichnete Gemeinschaft, eine jüdische Gemeinschaft "à l'américaine". Rein religiöse Veranstaltungen, wie z.B. das Fest Yom Hatorah 1989 ziehen bis zu 35.000 Personen an. Das kollektive Bewußtsein verstärkt sich wieder. Diese Gemeinschaft wird auch öffentlich anerkannt, so in einem Antwortschreiben Präsident François Mitterrands an den CRIF in Reaktion auf dessen Protest anlässlich eines Besuchs Yassir Arafats in Frankreich, im Mai 1989. Viele der französischen Juden sehen diese Entwicklung mit Besorgnis. Wenn sie ähnliche Tendenzen gegenüber Basken, Korsen oder Bretonen noch verstehen können, da diese mit einer Region verbunden sind, so sehen sie in ihrem und dem moslemischen Fall diese Entwicklung konträr zu den Prinzipien, auf denen der französische Staat aufgebaut wurde. Dementsprechend unterschiedlich reagieren sie auch auf die "staatliche Anerkennung" ihrer Gemeinschaft<sup>30</sup>. Orthodoxe Juden und Rabbiner fordern, die Trennung von Religion und Staat aufzuheben und die Diaspora wiederaufleben zu lassen. Unter diesen Umständen ist vielen Gegnern dieser Trennung von Kirche und Staat die Forderung nach einer multikulturellen Gesellschaft eine willkommene Tarnung, unter der sie, wie auch schon Le Pen, ihre eigenen Wünsche zu verstecken versuchen.

Im Großen und Ganzen ist die Integration der europäischen Immigranten "nach Wunsch", d.h. nach dem französischen Modell verlaufen. Die erste Generation, die Erstankömmlinge sind erfahrungsgemäß sehr schwer zu integrieren (Integration wird hier als ein Prozeß der Sozialisation verstanden), da sie schon seit Jahrzehnten in einer anderen Werte- und Normenstruktur, und nicht zu vergessen, in einer anderen Sprache lebten, ehe sie sich zur Emigration entschlossen. Die französische Schule hat ihre Sozialisationsrolle zur Zufriedenheit ausgeführt, und das "jus soli" (das Bodenrecht, im Gegensatz zum Blutrecht) hat der zweiten Generation der Immigranten die Entscheidung,

<sup>29</sup> vgl. Weinberg, H.H., The myth of the Jew in France 1967-1982, Mosaic Press, Oakville, 1987.

<sup>30</sup> vgl. Birnbaum, P. (1991), S.283-293.



Franzose zu werden, abgenommen. Die Ausübung der "eigenen" Kultur hat sich, wie gefordert und erwartet, auf die Privatsphäre beschränkt. So kann man in bezug auf die europäischen Immigranten durchaus von einer Assimilation reden. Viele der Immigranten haben auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ihren Namen zu "franzisieren", frankophil zu gestalten. Bei polnischen Familiennamen werden oft die Endungen weggelassen oder man begnügt sich mit einer einfacheren Schreibweise. Bei vielen entdeckt man einen gewissen Stolz, Franzose geworden zu sein. Aber man darf auch nicht vergessen, daß viele der "Gastarbeiter" vor dem Immigrationsstop 1974 mit Erreichen des Rentenalters in ihr Herkunftsland zurückkehrten und es ihnen deswegen auf den Kontakt mit der französischen Gesellschaft nicht so dringend ankam. Ihnen genügte die Integration durch die Arbeit und den Zusammenhalt, den sie in ihren kulturellen, zumeist folkloristischen Vereinigungen fanden. Mit dem Erscheinen der Familien änderte sich diese Situation zunehmend und aus den "Gastarbeitern" wurden Immigranten.

### **2.3. Die zweite Phase: Immigranten und Flüchtlinge des Maghreb unter besonderer Berücksichtigung Algeriens**

Die Einwanderung aus den Maghrebländern Marokko, Algerien und Tunesien ist älter als allgemein bekannt. Schon im letzten Jahrhundert ließen sich Händler und deren Familien in Paris und Südfrankreich nieder. Sie wurden nicht als Immigranten im eigentlichen Sinne angesehen, sondern eher als Kolonialarbeiter. Da sie nicht als Fremde eingestuft wurden, wurden sie auch nicht von der Volkszählung als solche erfaßt. Lange Zeit war Immigration kein Thema für politische und gesellschaftliche Diskussionen, schon gar nicht während den "trente glorieuses", den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs zwischen 1945 und 1974. Die Achtziger Jahre brachten eine Wende mit sich, gekennzeichnet durch Politisierung und Entmarginalisierung. Die Politik entdeckte die islamische Immigration als wichtigen "Baustein" im politischen Schachspiel, während die Immigranten selbst aus ihrer Privatsphäre heraus in die französische Öffentlichkeit traten. Diese Bewegung trifft zusammen mit einer Re-Islamisierung in den Herkunftsländern<sup>31</sup>.

Im Grunde ist die Immigration aus dem Maghreb keine besondere Erscheinung: diesen Immigranten widerfahren dieselben Erfahrungen wie ihren Vorgängern 1880 und 1930. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Krisen kommen all jene mühsam unterdrückten Xenophobien und rassistischen Vorstellungen wieder

<sup>31</sup> vgl. Kepel, G. (1991), S. 57-70.

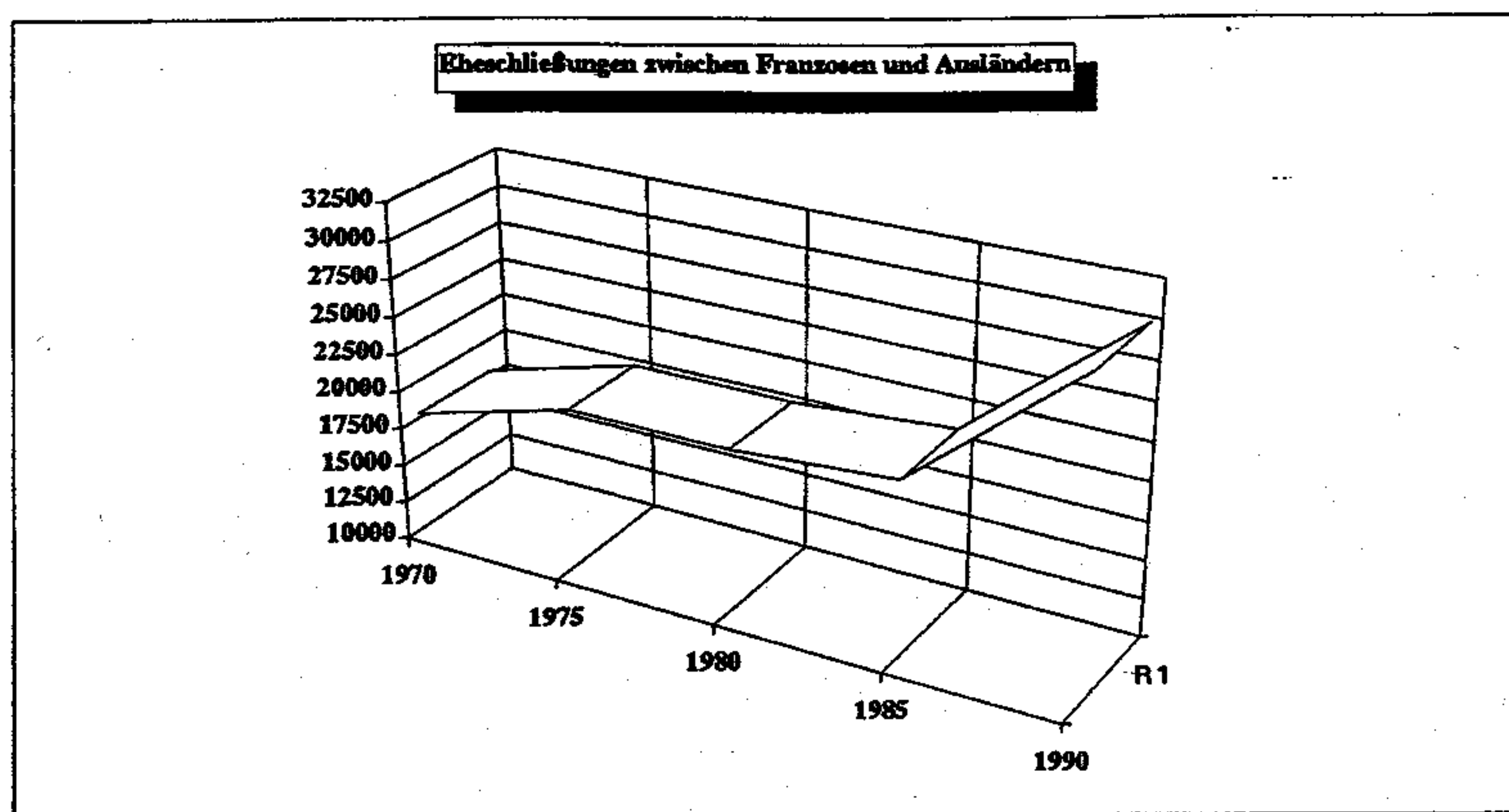
hervor. Glaubte man um 1880, die belgischen Immigranten aller möglichen ansteckbaren Krankheiten und einer natürlichen Neigung zur Delinquenz bezichtigen zu müssen, so ging es den Polen 1930 nicht anders. Und auch heute wirft man Immigranten alles mögliche vor: islamischen Integritismus, Sozialparasitismus und sonstige Verletzungen des Gastrechts. Interessanterweise forderten in den Dreißiger Jahren polnische Minenarbeiter separate Zugabteile, als sie erfuhren, daß arabische Arbeiter zu ihnen nach Lothringen kommen würden, aus Angst vor Ansteckung mit Syphilis<sup>32</sup>. Auch die nordafrikanischen Immigranten werden von einigen "Experten" als nicht assimilierbar klassiert, wie Italiener und Polen zuvor.

Dies bringt mich zu den beiden "Unterschieden" im Vergleich zu den vorherigen Immigrationsgruppen, dem Islam und der kolonialen Vergangenheit. Besonders einer wird immer wieder von der Front National betont: die "andere" Religion. Der Islam und seine extremistischen Auswüchse werden als Haupthindernis für die Integration gesehen. Laut der Sharia (kein Gesetzbuch, sondern eher ein moralischer Ratgeber) kennt der Islam keine Trennung zwischen dem weltlichen und dem geistlichen Leben. Aber gerade die Scharia ist wie der Koran zahlreichen Interpretationen ausgesetzt. Und die Tatsache, daß es keine Trennung zwischen dem Weltlichen und dem Geistlichen gibt, sagt nicht aus, daß das Spirituelle das Weltliche immer dominiert. Es gibt auch keine kohärente islamische Gemeinschaft in Frankreich. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich Dutzende von unterschiedlichen Richtungen herausgebildet. Diese Vielfalt spiegelt sich in Frankreich wieder. Ferner fehlt dem Islam eine strenge hierarchische Struktur, wie z.B. im Falle des katholischen Klerus. Theoretisch begrüßt der französische Staat diese Tatsache, da sie das Fehlen einer festen Gemeinschaftsstruktur anzeigt und einer individuellen Integration somit nicht im Wege steht. Praktisch aber hätte der Staat und seine ausführenden Instanzen gerne einen Ansprechpartner für Beratung und Vermittlung.

Alle Forschungen auf diesem Gebiet zeigen, daß der Islam, wie alle anderen Glaubensrichtungen auch, einer Abschwächung durch die moderne Gesellschaft erliegt. Die einzige Chance für radikale Ansätze und Fanatismus liegt in der Ausnutzung der Orientierungslosigkeit derjenigen, die ihren Platz in der modernen Gesellschaft noch nicht gefunden oder wieder verloren haben. Es handelt sich um denselben Erklärungsansatz wie beim Rassismus. Es sind Veränderungen größeren Ausmaßes im Gange, die die ganze Gesellschaft betreffen und nicht nur einzelne Gruppen wie Immigranten oder Arbeitslose. Eine der aktuellen Umfragen bestätigt die Dominanz des moderaten Islam unter der zweiten Generation maghrebischer Immigranten: nur 14% der Be-

<sup>32</sup> vgl. Wihtol de Wenden, C. (1991), S. 103ff.





(Quelle: Ministère des Affaires Sociales)

Diese Ehen zeichnen sich durch eine religiöse Distanz aus: der französische Partner ist meist Christ, während der maghrebische Partner meist Moslem ist. In Umfragen hat sich ergeben, daß diese Ehen immer noch auf viel Unverständnis von beiden Seiten stoßen. Besonders in Frankreich ist die franko-maghrebische Ehe unbeliebter als andere Mischehen. Es gibt also eine Länder- oder Nationalitäten-Hierarchie bezüglich der Sympathien<sup>35</sup>. Gleichwohl besteht auf Seiten der Maghrebener weniger Widerstand als noch vor einigen Jahren<sup>36</sup>.

Die Kinder aus diesen Ehen sind sich des "Laboratoriumzustandes" ihrer Familie bewußt und versuchen aus dieser Situation das Beste für sich auszusuchen. Sicherlich sind die Reaktionen sehr unterschiedlich, dennoch lassen sich einige gemeinsame Merkmale erkennen. Die meisten von ihnen sprechen sehr gut französisch, besser als arabisch, und sind bereit, sich in Frankreich niederzulassen. Eine Religion, egal welche es ist, wird so gut wie nicht praktiziert. Ihre Eltern haben ihnen zumeist moderne arabische Vornamen gegeben, ein Kompromiß zwischen beiden Kulturen. Bei der Frage nach der Zugehörigkeit antworten viele, daß sie zuerst sie selbst sind, und dann erst Franzose oder Nordafrikaner. Ihr Freundeskreis konzentriert sich nicht auf eine "Kategorie", sie haben Freunde aus allen drei "Milieus": französische, maghrebische und Freunde in der selben Situation wie sie<sup>37</sup>.

<sup>35</sup> vgl. Barbara, A. (1993), S. 10-14., und Streiff-Fenart, J. (1989), S. 140f.

<sup>36</sup> vgl. "Le Nouvel Observateur" Nr.1517, 2.-6.12. 1993, S. 16.

<sup>37</sup> vgl. Philip-Asdih, C. (1993), S. 44-48.

Neben der Religion wird als zweiter großer Unterschied die koloniale Vergangenheit Frankreichs und Algeriens als ein Hindernis für ein Zusammenleben gesehen. Das von Frankreich seit 1830 besetzte Algerien beginnt 1956 mit größeren Aufständen um seine Unabhängigkeit zu kämpfen. Ein offener Krieg, der von vielen Franzosen und Algeriern heute noch als Bürgerkrieg bezeichnet wird, endet 1962 mit der Unabhängigkeit Algeriens. Grundlage sind die Geheimverträge und Abkommen von Evian, die die damalige französische Regierung mit der FLN, der nationalen Befreiungsfront aushandelte. Die FLN wird zur einzigen Partei im algerischen Staat. In den Verträgen von Evian verspricht die FLN all denjenigen Algeriern Amnestie, die auf Seiten der Franzosen gekämpft haben. Dieses Versprechen wird jedoch nicht eingehalten, und es kommt zu grausamen Racheakten und Massakern, die mindestens 100.000 Menschen das Leben kosten<sup>38</sup>. Aber auch die französische Regierung hat großen Anteil an diesen Verbrechen. Zu diesem Zeitpunkt war die französische Armee noch in Algerien stationiert; teilweise wurde direkt in Sicht- und Hörweite der Stützpunkte und Kasernen durch die FLN und die ALN (Armée de la Libération Nationale) gefoltert und exekutiert. Die französischen Truppen und Offiziere hatten jedoch Order erhalten, nicht einzugreifen und den ehemaligen Angehörigen der französischen Armee auf keinen Fall zur Flucht zu verhelfen. Die Harkis, so hießen die aus Algerien zusammengestellten Armeekontingente, waren in einer Nacht- und Nebelaktion einen Tag vor Abschluß der Evian-Verträge entwaffnet worden, da man von Seiten der französischen Regierung mit Aufständen rechnete. So wurden die ehemaligen Waffengefährten ohne Schutz und ohne Recht auf Selbstverteidigung im Stich gelassen. Harkis, denen die Flucht nach Frankreich gelang (oft mit Hilfe ihrer ehemaligen Vorgesetzten und Offiziere), wurden teilweise wieder nach Algerien abgeschoben, mit der Begründung, daß die Aufnahmekapazitäten in Frankreich erschöpft seien. Diejenigen, die offiziell aufgenommen wurden und bleiben durften, wurden in vorerst provisorische Lager gebracht, zum größten Teil auf dem Land und fern von Dörfern und Städten<sup>39</sup>. Eine Rückkehr war und ist auch heute noch unmöglich, da von Seiten Algeriens in offiziellen Reden und Veröffentlichungen immer noch die Rede ist von Verrätern am eigenen Volk und von denjenigen, "die auf ihre eigenen Brüder schossen"<sup>40</sup>. Dabei wird übersehen, daß fast jede algerische Familie gleichzeitig Angehörige auf beiden Seiten hatte.

Die Integration der "Harkis" wird von allen Seiten als fehlgeschlagen beschrieben. Bis zum heutigen Tag leben noch Menschen in den immer noch "provisorischen" Feldlagern. Weitab von allem sind sie abhängig vom Staat. Die Lager in der Nähe von Städten wurden zu Ghettos, wie im Falle

<sup>38</sup> vgl. Hamoumou, M. (1990), S. 25-31.

<sup>39</sup> vgl. Wihtol de Wenden, C. (1990), S. 11.

<sup>40</sup> vgl. Hamoumou, M. (1990), S. 29.



Marseilles, Lyons, Nantes, Montpellier, etc.. Die Bevölkerung ist marginalisiert. Ein Großteil der älteren Bevölkerung beherrscht die französische Sprache nicht, Analphabetismus bestimmt das Bild, da die meisten der damals nach Frankreich "Heimgeführten" vom Land kamen und keinerlei Bildung besaßen. Die Elite, die algerischen pro-französischen Intellektuellen kannten diese Schwierigkeiten nicht, da sie Verbindungen mit und in Frankreich hatten und früh genug die Absicht Frankreichs erkannten, Algerien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Um das Problem der Integration der "Harkis" zu lösen, ist es zu spät: diese Generation stirbt aus. Dieser Prozeß ist umso schlimmer, da diese Menschen, immer noch der algerisch-muslimischen Kultur anhängend, im Exil sterben und nicht in ihrer Heimat begraben werden können. Die Hoffnung liegt in der Integration der jüngeren Generationen. Aber da nicht viel in die Bildung investiert wurde, mangelt es immer noch an infrastrukturellen Voraussetzungen dafür.

Wie beim Begriff des Immigranten, so gibt es auch bei der Bezeichnung "Harki" eine äußerst mangelhafte Definition. Dieser Begriff wird immer mit Verrat assoziiert. Die Alternative "Français musulman repatrié" verwischt die Grenzen zwischen Staatsbürgerschaft, Kultur, Religion und gesetzlichem Statut. Ebenso muß man sich die Frage stellen, für wieviele Generationen dieser Begriff noch benutzt werden soll. Gibt es Immigranten oder Harkis der dritten oder vierten Generation? Im Laufe der Zeit kann man die einzelnen Gruppen nicht mehr unterscheiden. Ebenso schwer fällt die statistische Erfassung der "rapatriés d'origine nord-africaine (RONA)": Die Zahlen variieren von 250.000<sup>41</sup> (erste bis dritte Generation) über 450.000<sup>42</sup> bis zu 850.000<sup>43</sup>.

Das Schicksal der "Harkis" und ihrer Familien, die Greuel und Massaker während des Unabhängigkeitskrieges auf beiden Seiten und das bis heute andauernde Schweigen beider Staaten zu diesem gemeinsamen Abschnitt ihrer Geschichte verhindern eine so dringend benötigte offene und ehrliche Aussprache beider Parteien. Die offizielle Seite hat dies versäumt. Inoffiziell ist man sich näher gekommen: Familienbande sind stärker als offizielle Reden. Das Vergessen der Vergangenheit und die Zeit tun das Ihrige dazu. Das Wissen über den Krieg und die koloniale Vergangenheit verliert sich zunehmend bei den jüngeren Generationen beider Seiten. Inwiefern diese Entwicklung positiv zu bewerten ist, bleibt offen. Festzustellen ist, daß in Frankreich das Verschweigen und Verdrängen der kolonialen Vergangenheit zu einer Legitimierung der Kriegsverbrechen geführt hat. Immer frecher behaupten sich hohe Offiziere der ehemaligen OAS (Organisation de l'Armée

<sup>41</sup> vgl. Tribalat, M. (1988), Kolloquium Los Angeles.

<sup>42</sup> vgl. Délégation aux Rapatriés (1988).

<sup>43</sup> vgl. Abdellatif, S. (1988), S. 4.

Sécète) in der Öffentlichkeit, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Benjamin Stora spricht von einer "Wiederauferstehung des kolonialen Rassismus"<sup>44</sup>. Die letzte von insgesamt fünf Amnestien hat zur Folge, daß acht der Putsch-Generäle vom April 1961 seit November 1982 wieder Mitglieder der französischen Armee sind. Die Aufdeckung der Foltertaten Le Pens während des Algerienkrieges durch die Zeitschriften "Le Canard enchaîné" und "Libération" in den Jahren 1984 und 1985 haben keine Folgen. Die Zeitungen werden wegen Diffamierung belangt: zwar stimmen die von ihnen erhobenen und von Zeugen bestätigten Vorwürfe, sie liegen aber schon mehr als zehn Jahre zurück und können deshalb vor Gericht nicht mehr objektiv bewiesen werden<sup>45</sup>. Auch der zurückhaltendere Kommentar von Jaques Soustelle, ehemaliger Gouverneur Algeriens während 13 Monaten, im "Figaro-Magazine" vom 14.3.1990 läßt Zweifel aufkommen, ob für einen nicht unwesentlichen Teil der französischen Bevölkerung der Algerienkrieg wirklich beendet ist:

"Ohne Zweifel ist Integration in einzelnen, individuellen Fällen möglich, nicht aber in massiven Gruppen, die unter dem Einfluß von politisch-religiösen Führern stehen. Der Islam ist nicht nur eine Religion, eine Metaphysik und eine Moral, er ist ein das ganze Leben bestimmender und einengender Rahmen, ein totalitäres Phänomen [...]. Hier von Integration, d.h. von Assimilation zu sprechen, ist eine gefährliche Utopie. Man kann nur assimilieren, was assimilierbar ist."<sup>46</sup>

All diese Ereignisse sind nicht dazu angetan, ein geeignetes Klima für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen. Dennoch lebt sich die jüngere Generation der Algerier ein, nimmt am gesellschaftlichen Leben teil und verdrängt auch nicht ihre eigene Geschichte. Sie fordert nur Gerechtigkeit und gleiche Startbedingungen. Die jungen Franzosen nordafrikanischen Ursprungs, "Beurs", wie sie von der Presse genannt werden, leben für ihre Gegenwart. Die Vergangenheit, sagen sie, bringt ihnen nichts für ihr jetziges Leben. Sie meinen, ihre Eltern hingen zu sehr an der Vergangenheit, anstatt in der Gegenwart zu leben. Kein sehr großer Unterschied zu Äußerungen anderer Jugendlicher. Es entsteht auch schon eine Art Mittelstand, die "Beurgeoisie". Beurs sind, wie alle anderen Jugendlichen auch, den Krisen der modernen Gesellschaft ausgesetzt. Finden sie keinen Platz in der Gesellschaft oder räumt ihnen diese keinen Platz ein, so zeigen sie dasselbe Verhalten wie andere Jugendliche auch. Nur kann es andere Formen annehmen, in extremis Integritismus auf der einen und Rechtsradikalismus auf der anderen Seite. Randalen und Bandenkriege sind nichts spezifisch Nordafrikanisches.

<sup>44</sup> vgl. Stora, B. (1991), S. 288.

<sup>45</sup> vgl. ebenda, S. 290f.

<sup>46</sup> vgl. ebenda, S. 287.

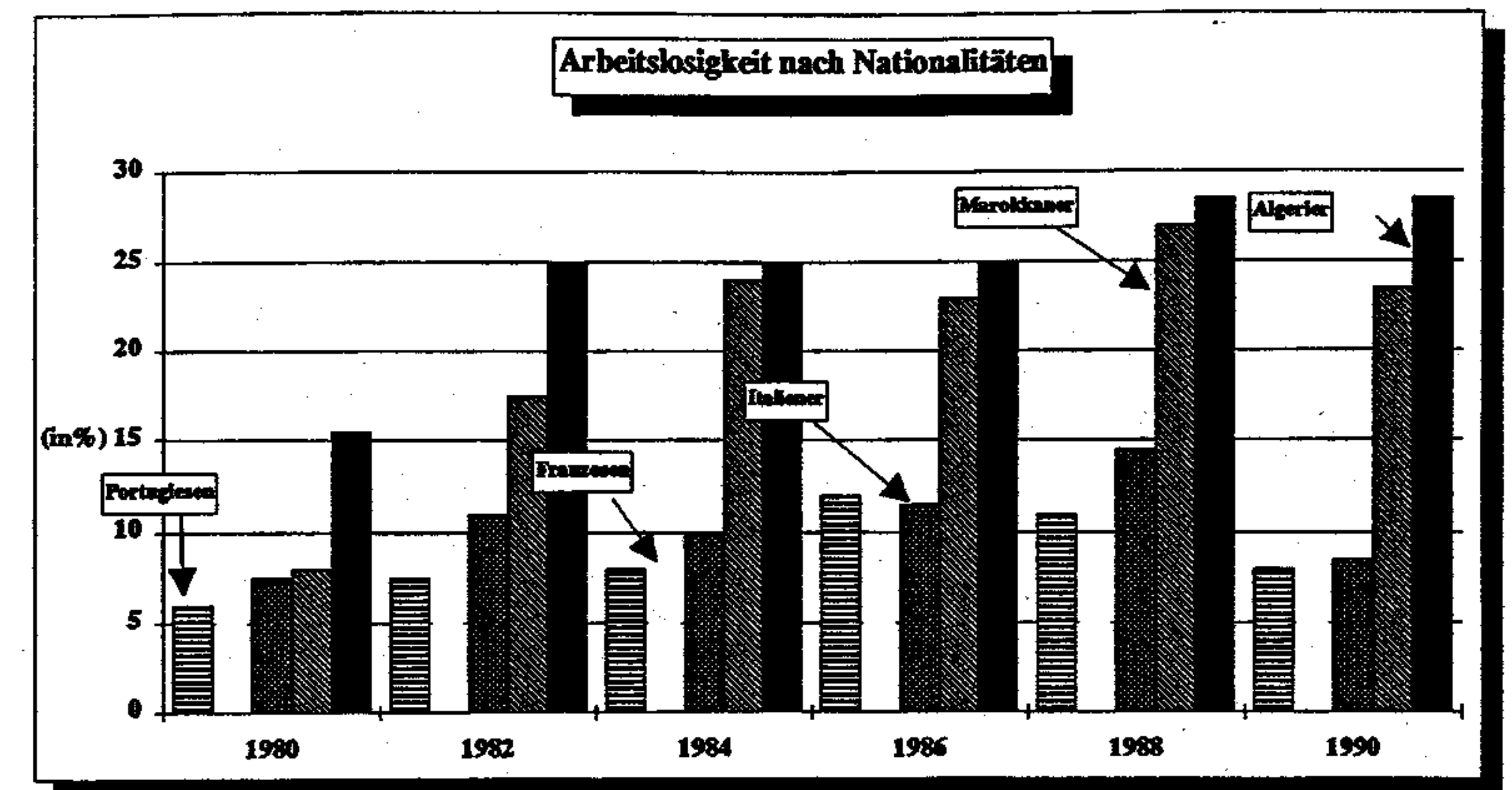


Es leben zur Zeit rund 1,4 Millionen Maghrebener in Frankreich. Stärkste Gruppe sind die Algerier mit 619.923 Personen, gefolgt von den Marokkanern mit 584.708 Personen und den Tunesiern mit 207.496 Personen. Die Zahlen über algerische Immigranten sagen nicht die ganze Wahrheit aus, da Algerien bis 1962 französisches Departement war und folglich alle Algerier die französische Staatsbürgerschaft besaßen. Außerdem sind bis heute alle Kinder algerischer Eltern automatisch Franzosen, wenn sie in Frankreich oder im Algerien vor der Unabhängigkeit geboren sind. Tunesien und Marokko sind als ehemalige französische Protektorate in einem etwas anderen Fall, aber auch bei ihnen gilt das "droit du sol".

Bei allen drei Nationalitäten bilden die Männer die Mehrzahl. Da die algerische Immigration etwas älter als die der anderen ist, findet sich auch ein geringerer Anteil Jugendlicher in dieser Bevölkerungsgruppe (etwa 20% bei den bis Vierzehnjährigen). Bei den Marokkanern und Tunesiern ist dieser Anteil höher (36%, bzw. 33%). Die anzahlmäßig stärkste Altersgruppe bilden bei allen dreien die 25- bis 59-Jährigen. Betrachtet man die drei Gruppen nach sozio-professionellen Kategorien, so sind bei allen dreien die Arbeiter die bedeutendste Gruppe, gefolgt von den Angestellten. In bezug auf die wirtschaftliche Aktivität sind die meisten der Nordafrikaner im Handel tätig, in zweiter Linie in der Industrie. Hervorstechend ist die im Verhältnis zu anderen Immigrantengruppen große Anzahl von Marokkanern, die im Bereich der Land- und Forstwirtschaft tätig sind (mehr als 10% der Berufstätigen; bei den anderen liegt dieser Prozentsatz unter 1%).

Auffallendstes Merkmal der nordafrikanischen Immigrantengruppen ist die hohe Arbeitslosigkeit: bei allen drei liegt sie um 27%. Im Vergleich dazu liegt die der Italiener (12,5%) oder Franzosen (10,6%) wesentlich niedriger<sup>47</sup>. Geringere Qualifikation und ein höherer Beschäftigungsanteil in der krisengebeutelten Industrie sind die wesentlichen Gründe dafür. Verschiedene Untersuchungen lassen auch den Schluß zu, daß Antipathie, Xenophobie bis hin zu offenem Rassismus nicht unwesentlich dazu beitragen. Noch frappierender ist dieser Unterschied bei der weiblichen Bevölkerung: der Anteil der arbeitslosen nordafrikanischen Frauen liegt bei 42%, im Gegensatz zu Italienerinnen (22%), Portugiesinnen (14,8%) und Französischen (14%).

<sup>47</sup> vgl. "Actualités migrations" (1992) N°416/417, S. 2f. Berechnet aus dem Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus Arbeitslosen und Berufstätigen.



(Quelle: Umfragen des Arbeitsamtes)

Ältere Arbeiter erwähnen die Vereinigungen in Form von eingetragenen Vereinen als entscheidenden Faktor der Integration. Dieser sicherlich vorhandene Einfluß ist im Laufe der Jahre aber zurück gegangen. Zahlreiche Vereinigungen haben sich in der Zwischenzeit wieder aufgelöst. Die Gründe hierfür liegen zum größten Teil in deren Politisierung. Nach der Liberalisierung des Gesetzes über Vereinigungen 1981 nahm die Zahl der Vereinigungen von und mit Immigranten rapide zu, da die Mitgliedschaft von Franzosen im Vorstand nicht mehr zwingend vorgeschrieben war. Diese Phase des Enthusiasmus der Jahre 1981 bis 1983 wird jedoch abgelöst von Ernüchterung in den darauffolgenden Jahren. Zurückblickend kann man sagen, daß die jungen Maghrebener die quasi demagogische Reaktion der französischen Linken mit politischem Engagement zu ihren Gunsten verwechselten. Die Sozialistische Partei Frankreichs war durch den Aufschwung der extremen Rechten gezwungen, tätig zu werden: Juni 1984 treffen sich 400 "Beurs", die etwa 50 Vereinigungen repräsentieren, in Lyon, um über den zukünftigen Weg ihrer Vereinigungen zu debattieren. Nach drei Tagen steht das Ausmaß der Zersplitterung der Bewegung schon fest. Zwei größere Tendenzen lassen sich ausmachen: die Erste will eine rein gemeinschaftliche Selbstverwaltung der sozio-urbanen Probleme, ohne in politische oder gewerkschaftliche Kämpfe verwickelt zu werden. Die zweite Haltung ist offener: sie will eine Kooperation mit allen institutionellen sozialen und politischen Akteuren, da die Probleme nicht nur "Beurs" betreffen. Heutzutage beherrscht Professionalismus die Szene, der wirtschaftliche Aspekt dominiert die Ideale und die Moral: "association-entreprise" nennt sich das neue Modell<sup>48</sup>. Die "Beurs" haben von der Politik gelernt. Integration heißt für sie in erster Linie wirtschaftliche Integration. Die Umfrage der "Sofres"

<sup>48</sup> vgl. Negrouche, N. (1991), S. 41-52.



(Französische Gesellschaft für soziale Studien) vom Dezember 1993 zeigt dies deutlich: auf die Frage nach dem für die Integration wichtigsten Ort, erwähnen 70% der Befragten die Schule, 54% die Arbeit, 35% den Sport und nur 15% die Vereinigungen<sup>49</sup>.

Die Jugendlichen, die weiterhin Immigranten genannt werden, obwohl sie nirgendwo hin emigriert sind, haben durch ihren Kampf für gleiche Rechte und ihre hohe Beteiligung an Wahlen eine verkrampfte Situation etwas gelockert. Immer weniger Jugendliche verstecken ihren französischen Paß oder holen ihn heimlich in der Behörde ab. Auch das heiß diskutierte Thema der Wehrpflicht ist für viele Jugendliche kein Thema mehr. Schwierig ist es immer noch für die Eltern, ihr Kind in einer französischen Uniform zu sehen. Wirtschaftliche und pragmatische Aspekte werden eher als Begründung vorgebracht, als kulturelle: die französische Armee biete den kostenlosen Führerschein an und "...ist moderner". Paradox und umstritten (auch unter den Maghrebiniern) bleibt weiterhin die gesetzliche Regelung, nach der seit 1963 alle auf französischem Territorium geborenen Kinder von algerischen Eltern Franzosen sind (jus soli), aber gleichzeitig nach dem jus sanguinis Algerien bleiben, Algerien die doppelte Staatsbürgerschaft aber nicht anerkennen will.

"L'Algérie est mon pays de toujours, mais la France est mon pays de tous les jours." Mit diesem unzureichend übersetzbaren Wortspiel hat ein junger Algerier die Stimmung und die Haltung seiner Generation treffend beschrieben. Den meisten von ihnen ist es gelungen, in zwei Kulturen heimisch zu werden, ohne das Gefühl zu haben, die eine oder die andere verraten zu haben<sup>50</sup>.

#### 2.4. Die dritte Phase: Immigranten aus Schwarzafrika und Asien

Die ersten Schwarzafrikaner betraten französischen Boden größtenteils als Mitglieder der französischen Kriegs- und Handelsmarine kurz vor dem Ersten Weltkrieg, sehr selten als eigenständige fliegende Händler. Während des Ersten Weltkriegs sah sich Frankreich aufgrund seiner demographischen Situation gezwungen, auf Hilfskräfte aus seinen Kolonien zurückzugreifen. Verschiedene Einheiten aus dem Krieg blieben erhalten und wurden in Frankreich stationiert, z.B. senegalesische Scharfschützen. So kam es zu ersten längerfristigen Kontakten. Das Bild des Schwarzafrikaners, das in der Öffentlichkeit und in den Medien vorherrschte, war zunächst das des

<sup>49</sup> vgl. "Le Nouvel Observateur" Nr. 1517, 2.-6.12. 1993, S. 14.

<sup>50</sup> vgl. Amara, S./Idir, S. (1991), S. 19-26.

primitiven Wilden, vor dem man seine Kinder und vor allem die Töchter in Sicherheit bringen mußte. Mit der Zeit entwickelte sich eine Gegenströmung, der Paternalismus: man betrachtete Schwarze als gutmütige, willige, aber unbeholfene und dumme Diener. Deswegen bedurften sie einer helfenden Hand und als guter Christ war es eine Ehrensache, aus einem unwissendem Wilden einen gläubigen Christen zu formen<sup>51</sup>.

Der Rassismus gegenüber Schwarzen ("nérophobie") bestand zu dieser Zeit aus einer Mischung aus Überlegenheitskomplex, Paternalismus und manchmal sich widersprechenden Vorurteilen, die sich zum Teil aus der französischen Geschichte ergeben. Der zwischen den Kriegen vorherrschende Paternalismus resultierte zum Teil aus der emotionalen Leere dieser Zeit: man langweilte sich, das Klima war bestimmt vom "bleiern Rationalismus" der Weißen. Nach der "vogue nègre" (gekennzeichnet durch die Beliebtheit von exotischen Tänzen, ersten Jazzclubs und dem Triumph Josephine Bakers) verwandeln sich die "indigènes" in begeisterte Anhänger einer neuen Wissenschaft: der Ethnologie. Mit ihr entwickelte sich der Kulturrelativismus, als Antithese zur zivilisatorischen Mission Frankreichs, die im Grunde der Legitimierung der kolonialen Eroberung diene. Man betrachtete außereuropäische Kulturen mit mehr Interesse und Sympathie als zuvor, wenn auch immer noch mit Herablassung.

In den fünfziger Jahren sammeln sich Antikolonialisten wie die "indigènes" der Zwanziger und Dritte-Welt-Aktivistinnen der Siebziger, um die afrikanische Kultur zu verteidigen und die Degenerierung des Westens aufzuzeigen. Der unterdrückte Schwarze wird in die Reihen des unterdrückten Proletariates einklassiert und in den Klassenkampf miteinbezogen. Gefühle der Schuld und der Selbstabwertung bestimmen das Verhalten Schwarzen gegenüber.

Mit den Unabhängigkeitserklärungen in den Sechzigern erscheint ein neuer "Typus" des Schwarzen: der Einwanderer. Zum erstenmal erscheint das Bild eines ärmlichen, von Hunger und Not getriebenen Immigranten im französischen Alltag. Die Dritte-Welt-Bewegung nimmt sich dieses Problems an, aber hauptsächlich mit Blick auf die Situation in Afrika. Sie vergißt dabei, daß die dritte Welt schon vor der Tür steht. Dem Rest der Bevölkerung fällt der Schwarze nur als Straßenreiniger und Müllabfuhrarbeiter auf. Es ergeben sich kaum Berührungspunkte und Konkurrenzsituationen.

Im Laufe der Achtziger wandelt sich das Bild des Schwarzen. Die Neugier und das Mitleid sind verflogen und nun tritt in zunehmendem Maße der Aspekt des

<sup>51</sup> vgl. Dewitte, P. (1990), S. 3f.



Sündenbocks hervor. Schwarze werden verdächtigt, Einheimischen Arbeitsplätze wegzunehmen und das Asylrecht zu mißbrauchen. So wie die Maghrebiner des Integritismus verdächtigt werden, verdächtigt man die Schwarzafrikaner der illegalen Einreise. Mit dem Ende des schlechten Gewissens brechen nun auch wieder alle die Vorurteile und Klischees hervor, die zwei Jahrzehnte lang tabu waren: der Schwarze "mamadou", ganz brav, der schöne "Wilde" und die schwarze Sexbestie. Und wie in den Zwanzigern, so findet sich in der kurzlebigen Welt der Mode und der Unterhaltungsmusik eine schwarzafrikanische Mode wieder<sup>52</sup>.

Offenem Rassismus gegenüber Schwarzen (seien sie aus Afrika oder von den Antillen) begegnet man selten in Frankreich, Maghrebiner sind viel öfters tätlichen Angriffen ausgesetzt. Aber gerade die Schwarzen sehen sich täglich einem Bild von ihnen gegenüber, das besonders entwürdigend ist. Der Ausschluß von der Gesellschaft ist da, aber man spürt ihn nicht direkt, da er paternalistischer Art ist.

Diejenige Generation der Schwarzen, die in Frankreich geboren ist, hat ihre eigene "Kultur" oder vielmehr Subkultur geschaffen: die "Blacks". Sehr an die "Gangs" der USA erinnernd, werden sie auch als Jugendbanden bezeichnet. Was sie auszeichnet, ist ihre Funktion, den Jugendlichen ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu geben, die Sicherheit in der Gruppe und ein neues Selbstwertgefühl. Sie nennen sich "Zulus", "Rastas" oder "Sapeurs". Graffiti-Kennzeichnung ihres Territoriums muß nicht sein, gehört aber oft dazu. Sie proklamieren voller Stolz "black is *also* beautiful". Die politische Rechte Frankreichs sieht in ihnen nichts anderes als eine Bande von Taugenichtsen, die die erfolgreiche Integration der anderen gefährden. Nach ihrer Meinung entstehen gesetzesfreie Räume, die auf keinen Fall toleriert werden dürfen. Die politische Linke hat dieses Phänomen soziologisch erklärt und die Eigeninitiative viele dieser Banden hervorgehoben, ohne natürlich zu vergessen, vor Gesetzesübertretungen zu warnen<sup>53</sup>.

Soninké und ähnliche Stämme oder Stammesgemeinschaften sind seit je her mit Wanderung und Migration vertraut. So existierten schon einige Zeit vor dem Kontakt mit den französischen Kolonisatoren Soninké-Gemeinschaften in Mauretanien, Senegal und Belgisch-Kongo. Sie fielen auf durch ihre ökonomische Initiative und der gemeinsamen Organisation der Arbeit. Migration wird von ihnen nicht als Gefahr für die Gemeinschaft oder als Verlust des Kontakts mit ihrem Ursprung gesehen. Sprache und Tradition blieben erhalten. In Frankreich versuchen die Soninké die selben Strukturen aufzubauen wie in den Heimatorten und auch der enge Kontakt mit den Herkunftsorten wird gewahrt.

<sup>52</sup> vgl. ebenda, S. 3-14.

<sup>53</sup> vgl. Roy, O. (1992), S. 37-47.

In letzter Zeit jedoch hat sich die Form der Einwanderung geändert. Hatten sich vor einigen Jahren in den Foyers noch dieselben Strukturen wie in den Heimatdörfern gebildet, d.h., mit Ältesten, Männern und Jünglingen, so verlieren diese Foyers zunehmend an Bedeutung, da im Rahmen der Familiennachführung immer mehr eigene Haushalte gegründet werden. In den Foyers verlieren die Ältesten an Macht und Einfluß, da die Jüngeren die französische Sprache meist besser beherrschen und auch sonst "gebildeter" (im westlichen Sinne) sind und somit eher in direktem Kontakt mit den französischen Autoritäten stehen. In dieser Rolle als Vermittler genießen sie oft mehr Ansehen als die Ältesten, die für die Hausgemeinschaft immer "nutzloser und teurer" werden. Werte und Normen der Herkunftsgesellschaft werden durch europäische und französische ersetzt. Die Formen des Zusammenlebens ähneln zunehmend einer freiwilligen Vereinigung, innerhalb derer sich Posten und Rollen eher durch Verhandeln und tatsächliche Fähigkeiten erwerben als durch historische und traditionelle Normen oder durch Vererbung. Hinzu kommt die Rezession, die auf den ärmeren Teil der französischen Bevölkerung, u.a. den Immigranten, am stärksten durchschlägt. Dies hat zur Folge, daß das Solidaritätsprinzip zunehmend in Frage gestellt wird. Neuankömmlinge werden nicht mehr wie noch vor einigen Jahren als selbstverständlich in die Gemeinschaft aufgenommen<sup>54</sup>.

Eine weitere Veränderung ergibt sich für die Soninké-Frauen selbst. Die traditionelle Rollenverteilung verliert sich, da durch die Abwesenheit der Männer viele Frauen die Leitung der Familie, des Handwerks oder des Kleinunternehmens übernehmen mußten. Sie entwickeln aus dieser Eigeninitiative mehr Selbstbewußtsein und Unabhängigkeit. Und Frauen, die von ihren Männern nachgeholt werden, bringen diese Veränderung mit. In Frankreich selbst gründen sich Frauenvereinigungen, deren erklärtes Ziel es ist, Frauen aus Afrika und von den Antillen zu helfen, sich zu emanzipieren. Hauptthema sind hierbei die traditionellen Initiationsriten wie Beschneidung bei Frauen und Mädchen. Diese gefährlichen Praktiken sollen verboten werden, wobei man sich bewußt ist, daß Verbote nur wirken, wenn sie erklärt werden. Auf diesem und anderen Bereichen arbeitet z.B. MODEFEN (Mouvement pour la défense des droits de la femme noire). Lydie Dooh-Bunya, Präsidentin dieser Vereinigung begrüßt, daß der französische Staat zwar die Beschneidung verboten hat, bedauert aber, daß er nicht zugleich für die nötige Aufklärung gesorgt hat, um dieses Verbot verständlich und somit leichter befolgsam zu machen. Weiterhin bemängelt sie die Haltung der Regierung und der Opposition gegenüber der Polygamie in Frankreich. Die Verfechter der Polygamie kommen größtenteils aus dem ethnologischen Bereich und verteidigen diese mit dem Hinweis darauf, daß diese Bestandteil

<sup>54</sup> vgl. Barou, J. (1990a), S. 9-12.



der kulturellen Identität ist. So findet sich eine eigenartige Allianz gegen die Polygamie: Konservative und Rechte im Einklang mit (schwarzen) Frauen- und Menschenrechtlern/innen, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen. Von letzterer Seite wird die Wohnungsnot und die daraus resultierenden unmenschlichen Lebensbedingungen als Argumente gegen eine vollständige Legalisierung der Polygamie hervorgebracht<sup>55</sup>.

Gleichzeitig findet eine Bewußtwerdung der eigenen kulturellen Identität statt. Ausdruck hiervon ist z.B. die 1979 gegründete Vereinigung für die Förderung des Soninké in Paris. Anfänglich diente sie nur zur Verbreitung des schriftlichen Soninké, im Laufe der Zeit wandelte sich der Anspruch zur umfassenden Information über die eigene Kultur, die ja lange Zeit nicht als solche erkannt wurde oder verleugnet wurde. Jaques Barou, Ethnologe am CNRS in Paris streicht hervor, wie dieses kulturelle Bewußtsein über den Zwischenschritt des wirtschaftlichen Erfolgs der Integration in Frankreich behilflich sein kann. Er erwähnt hierzu die Beispiele der jüdischen, armenischen und chinesischen Gemeinschaften<sup>56</sup>.

Die aktuelle Situation der Schwarzafrikaner in Frankreich und ihre legale, soziale und wirtschaftliche Situation ist aus zwei Gründen schwer zu bestimmen. Zum einen ist dieses Feld der Forschung noch relativ jung (im Vergleich zur maghrebinischen Einwanderung) und zum anderen sind die Statistiken nicht unbedingt exakt und schwanken je nach Institut. Dennoch möchte ich einige Zahlen bezüglich der schwarzafrikanischen Immigranten angeben.

Aus den letzten umfassenden Erhebungen, die Vergleiche zulassen, der Volkszählung von 1982 und den Statistiken des Innenministeriums aus demselben Jahr ergeben sich einige Besonderheiten für die afrikanischen Länder. Zu bemerken ist, daß die Zahlen des Innenministeriums immer höher liegen als diejenigen des INSEE (Institut national de la statistique et des études économiques). Das INSEE hielt zu dieser Zeit 3.680.100, das Innenministerium dagegen 4.223.928 Ausländer in den Erhebungen fest. Für die Afrikaner unter ihnen dreht sich das Verhältnis um: INSEE erfaßte 33.240 Senegalesen, 24.340 Malis, 14.220 Kameruner und 11.680 Einwanderer von der Elfenbeinküste (die entsprechenden Zahlen für das Innenministerium: 29.383, 19.992, 13.143 und 11346). Vertraut man nun diesen Zahlen, so muß es weniger Aufenthaltsgenehmigungen (ausgegeben vom Innenministerium) geben, als wohnhafte Ausländer erfaßt wurden (durch das INSEE). Mit anderen Worten, es gibt eine nicht unbedeutende Anzahl Ausländer in irregulärer Situation. Jedoch ist das Stichprobenverfahren des INSEE für eine

<sup>55</sup> vgl. Dooh-Bunya, L. (1990), S. 43-48, und Minces, J. (1990), S. 49-54.

<sup>56</sup> vgl. Barou, J. (1990b), S. 12.

verhältnismäßig kleine Population wie die afrikanische unzuverlässig und läßt generelle Schlüsse nicht zu<sup>57</sup>.

Was die Asylbewerber betrifft, so nimmt der Anteil der Schwarzafrikaner unter ihnen beständig zu: 1984 waren es 3.965 Bewerber (18,3%), 1988 waren es 14.725 Bewerber und somit 43% von allen Asylbewerbern. Die meisten unter ihnen sind ohne Visum ins Land gekommen: 84% von 14.725. Dieser Prozentsatz liegt über dem Durchschnitt von 72% aller Asylbewerber. Dieser Aspekt ist interessant, da bekannt ist, daß spontane Asylbewerber sehr viel schwieriger das Statut eines politischen Flüchtlings zugesprochen bekommen als diejenigen, die das Land schon mit einem Visum für längere Aufenthalte betreten. Der Prozentsatz der Ablehnungen der zuständigen Behörde, OFPRA (Office français pour les réfugiés et les asylyants), betrug 1988 89,5% für Afrikaner, während der Durchschnitt bei 65,6% lag. Die Prozeduren der OFPRA tragen nach Ansicht einiger Experten und Politiker dazu bei, eine gewisse Anzahl an afrikanischen Einwanderern in irregulärer Situation zu halten. Bis zur definitiven Absage können nämlich zwei bis vier Jahre vergehen. In dieser Zeit haben schon viele einen Arbeitsplatz gefunden und sich eingerichtet. Zwar wurde diese Prozedur per Gesetz erheblich beschleunigt (in einigen Fällen momentan unter sechs Monaten), das Problem bleibt jedoch bestehen, da dem französischen Staat zur Abschiebung die Mittel fehlen, bzw. die Prozedur nach dem gerichtlichen Beschluß schlecht organisiert ist.

Der Großteil der afrikanischen Asylbewerber stammt aus folgenden Ländern: Zaire (4.255 Personen), Mali (2.706 Personen), Angola (1.876 Personen), Ghana (1.240 Personen) und Kap Verde (400). Diese fünf Nationalitäten zusammen machen 71,15% der afrikanischen Asylbewerber aus. Erwähnenswert ist die Tatsache, daß kaum Asylbewerber aus den Ländern des Horns von Afrika kommen, wie dem Sudan, Somalia oder Äthiopien, in denen praktisch permanent Bürgerkrieg und Hungersnot herrschen<sup>58</sup>.

Betrachtet man den Zuwachs an auf die Dauer wohnhaften Arbeitern der letzten Jahre, so stellt man fest, daß dieser sehr schwach ist. Im Jahr 1988 betrug der Zuwachs 355 Arbeiter, das sind gerade 3,1% aller Arbeiterzugänge. Über die Hälfte dagegen kommen aus EG-Ländern. Was die Familienzusammenführung betrifft, so sind die Zahlen ein wenig größer, jedoch nicht im Verhältnis. Für die Jahre 1984 bis 1988 schwankt die Zahl derjenigen Schwarzafrikaner, die im Rahmen der Familienzusammenführung ins Land kommen, zwischen 2.442 und 1.704 Personen (6,2%-5,8% aller Familienzusammenführungen). Diese Zahlen mögen gering erscheinen, im Verhältnis zur afrikanischen Bevölkerung stellen sie jedoch eine bedeutende

<sup>57</sup> vgl. ebenda (1990a), S. 5-8.

<sup>58</sup> vgl. ebenda, S. 6f.



Veränderung dar. Die Sozialstrukturen wandeln sich wie vorher schon beschrieben<sup>59</sup>.

Die Schwarzafrikaner machen auch von der Möglichkeit Gebrauch, mit Hilfe eines Staatszuschusses ("aide à la réinsertion") in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Die Möglichkeit der Rückkehr ist bei den Schwarzafrikanern noch stärker verwurzelt als bei anderen Immigrantengruppen. Von 1984 bis 1988 haben 1.189 Personen diese Möglichkeit wahrgenommen, 46,2% von ihnen waren in der Automobilindustrie beschäftigt. Verschiedene Sektoren der Automobilindustrie haben mit dem französischen Staat Verträge über Rückkehr und Reinsertion abgeschlossen. Dabei sind meistens Arbeitsplätze in Tochterwerken der Automobilhersteller in Afrika eingeplant. Insgesamt, also mit Familien, waren es 1.842 Personen, die nach Afrika zurückgekehrt sind<sup>60</sup>. Mit Hilfe der erworbenen Kenntnisse und Qualifikationen hoffen sie, mehr aus ihrem Besitz machen zu können. Schon immer hingen ganze Regionen in Afrika von den Geldsendungen ihrer Emigranten ab und mit zunehmender Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Frankreich, wobei es die schwarzafrikanischen Immigranten am härtesten trifft, verschärft sich auch die Lage für die betreffenden Regionen in Afrika und für die dort vorhandenen Kooperationsprojekte.

Betrachtet man die wirtschaftliche Situation der Schwarzafrikaner in Frankreich, so zählte man 1988 32.859 Arbeitsuchende (bei zu dieser Zeit 140.000 Personen). Schwarzafrikaner repräsentieren 10,62% der ausländischen Arbeitslosen, aber nur 3,7% der ausländischen Bevölkerung im Total. Diese hohe Zahl und ihr schneller Anstieg läßt sich folgendermaßen erklären: aufgrund mangelnder beruflicher Qualifikation sind die meisten dieser Immigranten nur befristet beschäftigt. Zum Beispiel waren 1987 nur 7,3% der Kursteilnehmer der AFPA (Französische Aktion für die Alphabetisierung) Schwarzafrikaner<sup>61</sup>. Die Erhöhung der Arbeitslosenzahl hat zur Folge, daß weniger Geld in die Heimatregion überwiesen wird, bzw., werden kann. Laut Zahlen der Bank von Frankreich gingen diese Geldströme von 313 Millionen Francs für 1985 auf 134 Millionen Francs für 1987 zurück<sup>62</sup>.

In dieser Situation zu emigrieren, fördert natürlich Schwierigkeiten herauf, die aber zum größten Teil auf Mißverständnissen beruhen. Um sich integrieren zu können, bedarf es gewissen Voraussetzungen: Wohnung, Ausbildung und andere Dinge des alltäglichen Lebens. Da diese für die meisten der schwarzafrikanischen Immigranten aber noch nicht oder nur teilweise erfüllt

<sup>59</sup> vgl. ebenda, S. 8.

<sup>60</sup> vgl. ebenda, S. 8.

<sup>61</sup> vgl. Goledzinowski, F. (1990), S. 112.

<sup>62</sup> vgl. Barou, J. (1990a), S. 8.

sind, bleibt der Verbund der ethnischen Gemeinschaft eine unerläßliche Hilfe in dieser Phase, eine Art Startrampe oder Plattform, auf der man mit dem Nötigsten versorgt wird, sowohl materiell als auch spirituell. Gerade diese Gemeinschaftsbildung wird von vielen Franzosen und der französischen Verwaltung als Hindernis einer erfolgreichen Integration aufgefaßt. Sie befürchten das Entstehen eines Gesellschaftsmodells wie es in den Vereinigten Staaten existiert, eine Ghettoisierung. Viele Vereinigungen, Institutionen und lokale Behörden, die in direktem Kontakt zu dieser Bevölkerung stehen, haben jedoch diese Auffassung nicht und benützen die existierenden sozialen Strukturen, um diese Bevölkerung zu erreichen. Es genügt nicht, sich integrieren zu wollen, man muß auch die Mittel dazu haben. Die Besinnung auf eine Gemeinschaft ist nicht Ausdruck mangelnden Integrationswillens, sondern eine Überlebensstrategie<sup>63</sup>.

## 2.5 Die Immigration aus dem südostasiatischen Raum

Die Einwanderung aus Südostasien begann in Frankreich im zwanzigsten Jahrhundert in kleinen Schüben, hervorgerufen durch die Kriege in Indochina. Chinesische Einwanderer kamen zuerst aus der Region Wenzhou und zwar schon während des Ersten Weltkrieges. Sie begannen als einfache Fabrikarbeiter. Die asiatische Einwanderung konzentriert sich auf die Hauptstadt Paris und die zweitgrößte Stadt, Lyon. Es entstanden und entstehen Stadtviertel mit sehr hoher ethnischer Konzentration, wie z.B. das dreizehnte Arrondissement in Paris, auch "China-Town" genannt<sup>64</sup>.

Die hohe Konzentration asiatischer Einwanderer in manchen Stadtvierteln ist nicht gerne gesehen, wird aber nicht so negativ beurteilt wie im Falle der Maghrebener oder Schwarzafrikaner. Die Gründe hierfür liegen in der Art, wie sich die Asiaten in Frankreich integriert haben. Umfragen und Untersuchungen haben ergeben, daß das Image der asiatischen Einwanderer anfangs der 80er Jahre durch folgende, stereotype Attribute charakterisiert werden kann: "Asiaten sind höfliche und ausdauernde Arbeiter, liebenswert und lächelnd, und sie machen keine Probleme.". Die asiatischen Einwanderer bilden sehr starke Sozialstrukturen aus und werden auch in der französischen Öffentlichkeit des öfteren als "communauté", als Gemeinschaft bezeichnet. Dennoch scheint dies nicht in dem Maße Unmut zu erregen, wie die maghrebische oder schwarzafrikanische Immigration. Gerade die erfolgreiche wirtschaftliche Integration der Asiaten verhindert dies. Der Erfolg in der Gastronomie, im Finanzwesen und im Elektrohandel zeigt, daß die asiatische

<sup>63</sup> vgl. Soumaré, D. (1993), S. 23f.

<sup>64</sup> vgl. Khoa, L. (1990), S. 8.



Gemeinschaft zum großen Teil dieselben Ziele verfolgt wie die aufnehmende Gesellschaft. Wirtschaftlicher Erfolg ist einer der angesehensten Werte der modernen westlichen Gesellschaft. Daß dieser Erfolg auf Kosten der individuellen Integration geht, wird oft vergessen.

Sehr viele der asiatischen Einwanderer leben innerhalb ihrer Gemeinschaft sehr abgeschottet vom französischen Alltagsleben, beherrschen oftmals nicht die französische Sprache. Ziele und Werte werden von der Gruppe, ihrer Hierarchie und der Tradition vorgegeben, Spielraum für individuelle Entfaltung ist da schwer erkämpfbar, mitunter nur durch Inkaufnahme von Ausschluß aus der Gruppe. Zahlreiche Zeugnisse belegen dies. Viele sind erfolgreich in technologischen oder kommerziellen Branchen, fühlen sich deshalb aber noch nicht wohl in ihrer Haut und bedauern es, sich nicht als Künstler oder Schriftsteller versuchen zu haben. Diese Emanzipierung vom "kollektiven Ich" der Gemeinschaft scheint sich erst in der zweiten Immigrantengeneration zu festigen. Unter ihnen läßt sich eine viel größere Vielfalt an Berufsrichtungen feststellen, insbesondere im Bereich der Medien. Le Huu Khoa, Forscher und verantwortlicher Leiter der GRISEA (Groupe de recherche sur l'immigration du Sud-Est asiatique), nennt dies die "kommunikative" Integration, im Gegensatz zur "normativen", die im wesentlichen aus der schulischen Integration und dem erfolgreichen Studium besteht<sup>65</sup>.

Nichtsdestotrotz bleiben der schulische Erfolg und die erlangten Diplome das Wahrzeichen einer erfolgreichen Integration für asiatische Einwanderer, insbesondere bei den vom Konfuzianismus geprägten Völkern, wie Chinesen, Japanern, Koreanern und Vietnamesen. Pädagogen beschreiben die Erziehung in der Familie als repressiv und gewalttätig<sup>66</sup>. Die Idee der sich aufopfernden Eltern und Verwandten wird sehr oft benützt, um die Kinder unter Erfolgsdruck zu setzen. Asiatische Schüler werden, im Vergleich zu anderen, als konzentriert, ruhig und leistungsfähig, aber mit mangelnder Eigeninitiative und Selbsteinschätzung beschrieben. Das eigene "Ich" verschwindet hinter dem "kollektiven Ich"<sup>67</sup>.

In Frankreich gelten die Asiaten als gut integriert. In wirtschaftlicher Hinsicht mag dies stimmen, jedoch stimmt dies auch auf kulturellem, politischem, sozialem und institutionellem Gebiet? Allgemein gilt die wirtschaftliche Integration als erster Schritt zur vollständigen Integration. Kann die chinesische Gemeinde von Paris mit ihrem "ethnic business" als integriert gelten?

<sup>65</sup> vgl. ebenda, S. 4f.

<sup>66</sup> vgl. Durchon, P., "Réussite scolaire asiatique", Institut social Parmentier, 1990.

<sup>67</sup> vgl. Khoa, L. (1990), S. 6.

Die oben erwähnten Stereotypen verändern sich im Laufe der wirtschaftlichen Krise und der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Der "fleißige" Asiate wird heutzutage eher als bedrohliche und auch illegale Konkurrenz betrachtet. "Asiaten arbeiten schwarz, hinterziehen Steuern, gehören der Triade oder Mafia an und beschäftigen ihre Kinder in geheimgehaltenen Werkstätten." So lauten die aktuellen Stereotypen. Ebenso oft begegnet man widersprüchlichen Beschreibungen von Leuten, die in unmittelbarer Nachbarschaft leben, ohne Zugang zu ihrer Gemeinschaft zu haben. Sie beschreiben ihre Bekannten als "diskret und verschwiegen, freundlich und undurchdringbar, höflich und verschlossen gegenüber anderen". Die Beurteilungen variieren sehr stark in Abhängigkeit von der Art der Beziehungen<sup>68</sup>.

Die asiatische Diaspora in Frankreich wird meist als einheitlicher Block mit sehr großer Solidarität angesehen. Dem ist nicht immer so. Am deutlichsten wurde dies während der Niederschlagung der Studentendemonstration auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking 1989. Sehr wenige Chinesen nahmen an der Solidaritätsbekundung in Paris teil und es waren hauptsächlich französische Vereinigungen und Organisationen, die den chinesischen Studenten ihre Hilfe und Unterstützung anboten, als diese sich entschlossen, in Frankreich zu bleiben. Natürlich spielen hier noch andere Gründe eine Rolle (wie z.B. Angst vor Repression, Entfremdung zwischen den Generationen, etc.), aber es werden zwei Tatsachen deutlich: zum einen kennt die große Mehrheit der Chinesen in Frankreich (größtenteils nach 1975 aus Indochina und weiterer Umgebung ins Land gekommen) das Land ihrer Vorfahren nicht, und zum anderen gibt es nicht nur ein Modell der Identifizierung mit der Gemeinschaft, sondern mehrere, die die Vielfalt der Gruppen und Gemeinschaften widerspiegeln.

Die Solidarität wird vor allem durch politische und ideologische Rivalitäten geschwächt. Es lassen sich neben den vier großen Typologien von Vereinigungen wie antikommunistisch, regierungsfreundlich, buddhistisch und katholisch, viele weitere Untergruppen feststellen. Oft gleicher politischer Tendenz, stehen sie doch in dauerhafter Konkurrenz zueinander. Dadurch kommt es zu keinem wirklichen Dialog, denn alle diese Vereinigungen richten ihre Haltung und politischen Ansichten in Bezug auf Hoffnung nach Rückkehr ins Herkunftsland aus und nicht an der aktuellen Situation der Immigranten in Frankreich. Unter Kambodschanern, Laoten und Vietnamesen verliert diese Haltung an Boden. Ihre "associations" scheinen sich mit dem definitiven Verbleib in Frankreich abgefunden zu haben, und legen jetzt den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Notwendigkeit der Integration. Es gibt vermehrt Veranstaltungen auf kulturellem, sprachlichem und beruflichem Gebiet<sup>69</sup>.

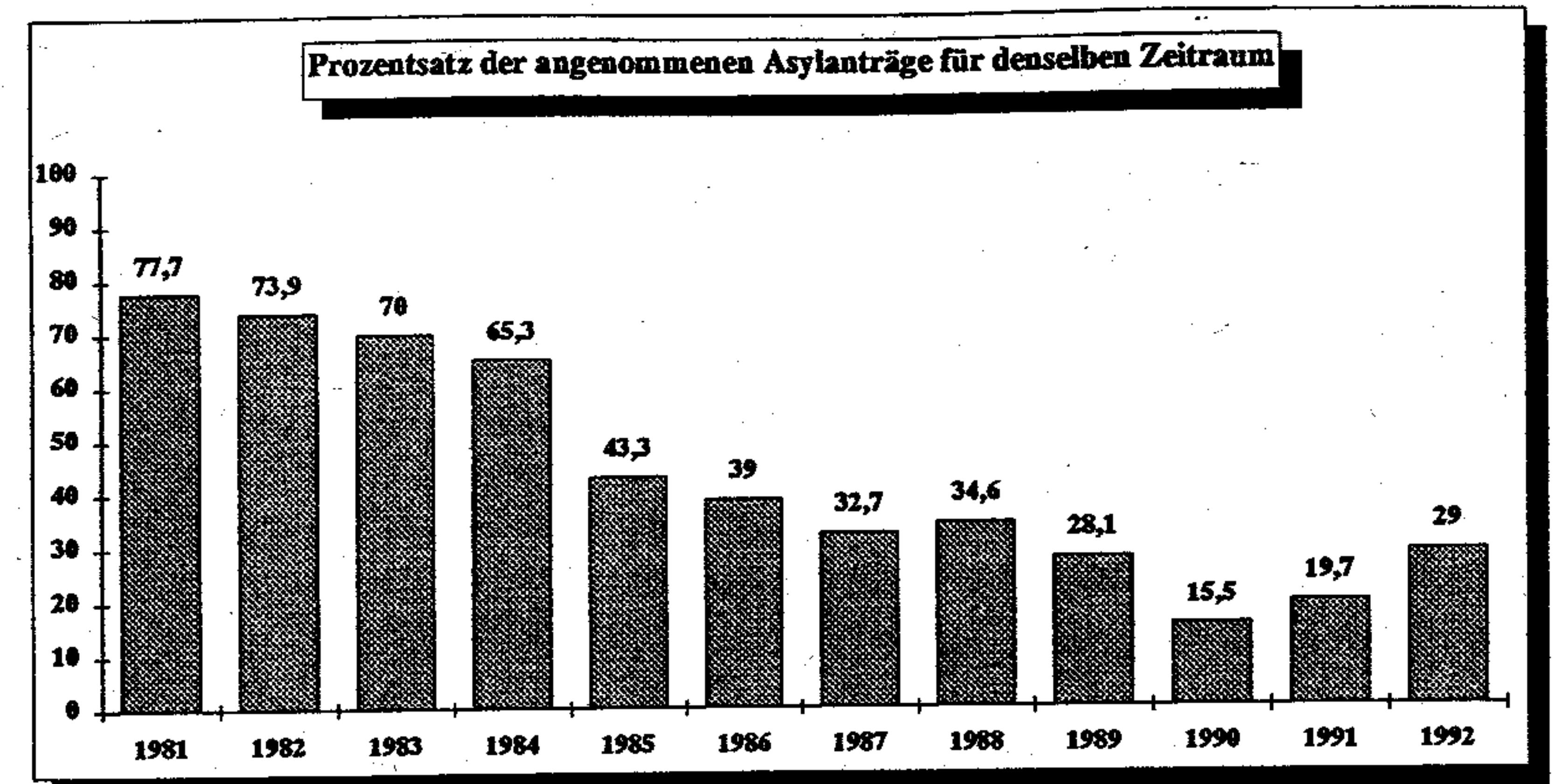
<sup>68</sup> vgl. ebenda, S. 9f.

<sup>69</sup> vgl. ebenda, S. 8.



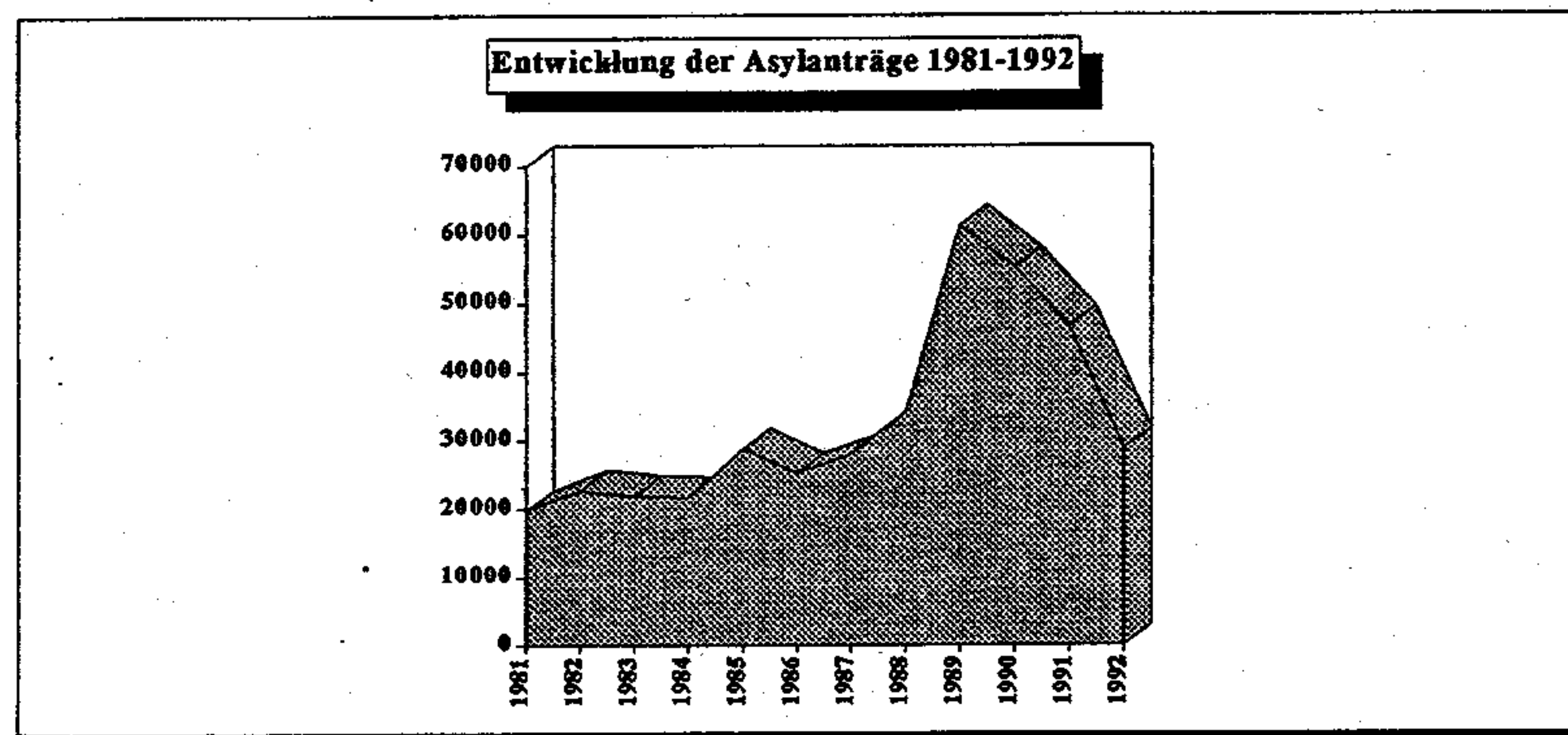
Laut der I.N.S.E.E.-Erhebung von 1990 leben in Frankreich etwa 417.000 Ausländer, die in der Statistik unter Asien geführt werden<sup>70</sup>. Den weitaus größten Teil davon bilden Türken (201.480). Die zweitgrößte Gruppe sind Einwanderer aus dem ehemaligen Indochina (Kambodscha, Laos, Vietnam), die zusammen 106.843 Menschen zählen. Die Altersstruktur dieser Gruppe ist typisch für Einwanderer: sehr wenige Leute im Rentenalter und die meisten Leute im erwerbstätigen Alter. Aber auch sehr viele Kinder und Jugendliche (0-14 Jahre) gibt es, wie bei den meisten Immigranten. Für viele Immigranten ist ja auch einer der Ausreise- oder Fluchtgründe die Aussicht auf eine bessere Zukunft für ihre Kinder.

Beim Erwähnen der vietnamesischen oder kambodschanischen Immigration denken viele Leute zuerst an die Flüchtlinge, die "boat-people". Diese Kategorie bleibt aber im Vergleich zu anderen sehr gering in Frankreich: 1989 wurden nur 2.785 Anträge von Vietnamesen, Kambodschanern und Laoten anerkannt, von insgesamt 8.700 anerkannten Anträgen aller Herkunft. 22.400 wurden abgewiesen (72%)<sup>71</sup>. 1981 lag dieser Prozentsatz noch bei 22,3%, 1990 stieg er auf die bisherige Rekordmarke von 84,5% Abweisung aller gestellten Asylanträge, um 1992 wieder auf 71% zu fallen. Die Gesamtzahl der Asylanträge hat in den letzten Jahren bis um die Hälfte abgenommen<sup>72</sup>.



(Quelle: OFPRA)

Zu den Fluchtgründen der "boat-people" findet man meistens zwei antagonistische Erklärungsmodelle: zum einen, Flucht aus politischen und ideologischen Gründen (Ablehnung des Kommunismus), und zum anderen, Flucht aus wirtschaftlichen Gründen (Wiederaufbauprobleme nach dem Krieg). Oft wird dabei vergessen, die Betroffenen selbst zu befragen. Dabei ergibt sich ein ganz anderes Erklärungsschema, welches wichtig im Hinblick auf die Integration dieser Flüchtlinge ist. Die Flüchtlinge erklären, sie seien geflohen, um ihre Identität und gewisse moralische und familiäre Werte erhalten zu können. Das Exil ermöglicht es ihnen, staatlicher Dekulturation zu entkommen. Ihr Heimatstaat würde ihre Familie, ihre Basisgemeinschaft zerstören. Diese Erklärungen können keine definitive Schlußfolgerung sein, sollten aber als Hypothese bei der Betrachtung dieser Gruppe benützt werden. Im Hinblick auf ihre Integration kann man feststellen, daß diese nicht ohne die Erhaltung ihrer Identität zu bewerkstelligen ist<sup>73</sup>: ein Punkt, der für eine multikulturelle Gesellschaft spricht.



<sup>70</sup> vgl. "Actualités migrations" Nr. 421 (1992), S. 2ff.

<sup>71</sup> vgl. "Centre France-Asie", rapport 1989, Generalversammlung vom 29.3.1990, S. 6.

<sup>72</sup> vgl. Bernard, P. (1993), S. 80ff.

<sup>73</sup> vgl. Khoa, L. (1990), S. 12.



### 3. SOZIALE AKTEURE UND IHRE STELLUNGNAHME ZUR MULTIKULTURELLEN GESELLSCHAFT

#### 3.1. Politik und Interessen der Entsendungsländer /Herkunftsländer

Die Herkunftsländer der Immigranten Frankreichs setzen sich zusammen aus ehemaligen Kolonien, Ländern mit einer totalitären Regierung und verarmten Drittweltländern. Meist jedoch treffen alle drei Charakteristiken zusammen. Dies bringt mit sich, daß zwischen politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen sehr schwer zu unterscheiden ist. Das Verhältnis ist weiterhin gespannt durch die gemeinsame koloniale Vergangenheit. Im Falle Algeriens wird dies am deutlichsten.

Von Algerien verstoßen und von Frankreich schlecht aufgenommen, sprechen viele dieser Leute heute noch kein Französisch und gelten allgemein als schlecht integriert.<sup>74</sup>

Ich werde mich im folgenden auf die Länder des Maghreb konzentrieren, da auf diesem Gebiet das meiste Material zu finden ist. Dennoch dürfte ein Großteil der Aussagen auch auf andere Länder zutreffen, wie z.B. auf die Länder des ehemaligen Indochinas. Seitdem Portugal und Spanien Mitglieder der Europäischen Union sind, hat der Einfluß der Regierungen auf ihre Emigranten abgenommen. Renten- und Ruhestandsregelungen, sowie monetäre Transfers werden oder sind schon ausreichend harmonisiert. Im Falle der Maghrebstaaten sieht die Lage anders aus. Algerien hat in seiner Nationalen Charta von 1976 (Abschnitt VI, V, 5) die Rückkehr seiner Emigranten als "eines der Hauptziele der sozialistischen Revolution" festgeschrieben. Allein wirtschaftliche Gründe hätten diese Reaktion schon auslösen können, aber sie ist auch die Folge eines komplexeren Aspekts, einer Art kollektiven Bewußtseins der algerischen Bevölkerung. Jeder Algerier wünscht sich die Rückkehr seines Landsmannes. Eine gewisse Form von Scham oder Schande ist zu spüren, da es der algerischen Gesellschaft nicht gelungen ist, einen Teil ihrer Mitglieder aus Frankreich zurückzuholen. Die Unfähigkeit der Gesellschaft, die Entwicklung des Landes voranzutreiben und für genügend Arbeitsplätze zu sorgen, zeigt sich in der Beständigkeit der Emigration. Zumindest wird dies so empfunden. Früher reiste der Emigrant diskret ab, entschuldigte sich, seine Gruppe verlassen zu müssen und vertraute, als Zeichen, daß er nicht definitiv emigrierte, seine Kinder und seine Frau seinen Eltern und seiner Familie an. Emigration war ein Zeichen der Unfähigkeit, ein

<sup>74</sup> vgl. de Wenden Wihtol, C. (1990), S.7ff.

Eingeständnis. Heutzutage ist dies anders: die Familie ist froh, einen Emigranten zu haben. Er ist derjenige, der sie mit wichtigen Sachen versorgt, die in der algerischen Wirtschaft schwer zu finden sind, z.B. Autoteile. Diverse mitgebrachte Nippsachen werden in der Wohnung gut sichtbar ausgestellt, als Beweis für Besucher, daß die Familie einen Verwandten in Frankreich hat. Es hat sich ein sehr pragmatisches Verhältnis zwischen Emigranten und Zurückgebliebenen entwickelt. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß der offizielle Diskurs weiterhin auf der nationalen Angehörigkeit seiner Emigranten und ihrer Rückkehr basiert. Sie sind weiterhin der Gesellschaft verpflichtet. Gewissermaßen handelt es sich hierbei um einen Vertrag zwischen dem Staat und dem Individuum: der Staat erlaubt die Emigration unter der Bedingung der erfolgreichen Rückkehr, die der Gesellschaft Vorteile bringt und ihr hilft, sich weiterzuentwickeln. Die Rückkehr ist sozusagen eine soziale Pflicht<sup>75</sup>.

Konkret wird der algerische Staat bei den Erleichterungen, die er Heimkehrern anbietet: weniger administrative Hürden, Zollvergünstigungen für die Einfuhr von Waren und Fahrzeugen und Priorität auf dem Wohnungsmarkt. Es gibt Vergünstigungen und Erleichterungen für Eigenbauprojekte, Devisensparpläne und Kreditaufnahmen. Marokko hatte eine ähnliche Politik in bezug auf die Rückkehr seiner Emigranten, scheint jedoch in den letzten Jahren die finanziellen Hilfen einzustellen. Tunesien hat 1974 mit einer aktiveren Rückkehrpolitik begonnen, zu dem Zeitpunkt also, zu dem Frankreich seine Grenzen für neue Immigranten schloß. Jeder zurückkehrende Arbeiter hat ein Recht auf einen Platz in der tunesischen Wirtschaft. Eine eigene Behörde wurde zu diesem Zweck innerhalb des ministeriellen Büros für Beschäftigung, berufliche Weiterbildung und für tunesische Arbeiter im Ausland geschaffen. Rückkehrer können, wenn sie sich in der Landwirtschaft, dem Handwerk oder der Industrie niederlassen wollen, das notwendige Material hierzu zoll- und steuerfrei einführen (Finanzierungsgesetz vom 25.12.1974). Außerdem können sie Darlehen aus dem Fonds für industrielle Dezentralisierung und Förderung entnehmen. Diese Institutionen und ihre Angebote kannten aber keinen Erfolg, so daß 1976 und 1977 alle Aktivitäten eingestellt wurden. 1975 modifizierte die tunesische Regierung ihre Gesetzgebung. Fortan war die doppelte Staatsbürgerschaft möglich. Vorher konnten Tunesier, die eine andere Nationalität annahmen, des Landes verwiesen werden.<sup>76</sup>

Vergleicht man dies mit den Anstrengungen verschiedener französischer Politiker und Parteien bei der Rückkehrförderung, so könnte man meinen, diesselbe Sicht der Dinge bei beiden Parteien zu finden. Dem ist aber nicht so, da für Frankreich die Rückkehr der Immigranten nur im Falle von Wahlen oder dramatischen Zwischenfällen zur Sprache kommt, während in den

<sup>75</sup> vgl. Stora, B. (1991), S. 220.

<sup>76</sup> vgl. Khellil, M. (1991), S.22ff.



Emigrationsländern die Rückkehr ein wichtiges soziales und politisches Gewicht hat. Auf der anderen Seite protestiert der algerische Staat gegen rassistische Übergriffe auf seine Bürger nur dann, wenn es ein wirtschaftliches Problem mit Frankreich zu regeln gibt. Die Emigranten und rassistische Attacken dienen demnach zur Ausgleicheung des Haushaltsgleichgewichtes, so könnte man zynisch bemerken.<sup>77</sup>

Die Haltung der Sendeländer gegenüber ihren Emigranten ist gespalten. Auf der einen Seite verhindert nationaler Stolz eine zu große Distanz und Liberalismus und auf der anderen Seite zwingt die wirtschaftliche Logik die Regierungen, Leute auswandern zu lassen, die auf dem heimischen Arbeitsmarkt keine Arbeit finden. Die Sendeländer sähen eine massive Rückkehr ihrer Emigranten bestimmt nicht gerne, da sie die Arbeitslosenrate in die Höhe schnellen ließe und die Arbeitgeber erhöhte Lohnforderungen (eventuell in gewerkschaftlich organisierter Form) fürchten müßten. Selektive Rückkehr kommt den Sendeländern schon eher entgegen, aber qualifizierte Personen werden eher in Frankreich bleiben.

In diesem und anderen Bereichen der Einflußnahme laufen die Bemühungen der Staaten über die verschiedenen, privaten Vereinigungen, die in Frankreich unter dem Gesetz von 1901 registriert sind. Dieses Gesetz, welches private "associations" zuläßt, ist 1981 dahingehend reformiert worden, daß in den Vorstand kein Franzose mehr gewählt werden muß. So gibt es eine Vereinigung der tunesischen Arbeiter (UTIT), der marokkanischen Arbeiter (ATMF), der spanischen Emigranten (FAEEF) und die "Amicale des Algériens en Europe", die natürlich auch ein französisches Büro hat. Fast jede in Frankreich vertretene Nationalität hat ihre Klubs, Kreise und Vereine. Zum Teil werden deren Aktivitäten von den Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert, aber zu einem anderen großen Teil über Umwege von den Regierungen und Parteien (oder Kirchen) der Heimatländer. Hier ergibt sich eine große Möglichkeit, Lage und Stimmung der Landsleute zu sondieren und Ideen und Konzepte zu verbreiten. Die "Amicale des Algériens" bietet Feriencamps in Algerien für die Kinder algerischer Immigranten an. Diese Vereinigung war es auch, die 1969 die Debatte um den arabischen Sprach- und Kulturunterricht kräftig unterstützte. Die algerische Regierung erklärte sich bereit, die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zu Verfügung zu stellen. Gleichzeitig schuf man Maßnahmen, die die Rückführung der Immigrantenkinder in das nationale Schulsystem erleichtern sollte. Es wurden Nachholklassen geschaffen, Ex-Emigrantenkinder genossen Priorität bei der Zulassung in algerische Schulen, und während der ersten drei Jahre brauchten sie keine Prüfung in Arabisch abzulegen.<sup>78</sup>

<sup>77</sup> vgl. Addi, L. (1991), S.7.

<sup>78</sup> vgl. Khellil, M. (1991), S.37

All diese Anstrengungen und die Aussagen des marokkanischen Königs Hassan des Zweiten zeigen, wie tief das Zusammengehörigkeitsgefühl verwurzelt ist. "Die emigrierte Jugend ist in Gefahr, ihre Persönlichkeit zu verlieren. Wir haben unsere eigenen Werte. Unsere Jugend muß sie erwerben und erhalten." Ferner bemerkte er zum Wahlrecht für Ausländer: "Man kann nicht unter zwei Fahnen dienen. Das ist unmoralisch. [...] Das Wahlrecht ist an das Geburtsland gebunden, nicht an das Land, indem man sich zeitweilig aufhält. Das Wahlrecht ist ein geheiligtes Recht der Beteiligung an der Souveränität einer Gemeinschaft. Man darf es nicht entweihen, dies wäre eine Art und Weise, die Entwurzelung, die das eigentliche Übel der Immigranten darstellt, zu vergrößern. Auf jeden Fall kann ich es für die Marokkaner nicht erlauben."<sup>79</sup>

### 3.2. Die politischen Parteien Frankreichs und ihre Haltung gegenüber Immigration und Integration

Die Parteienlandschaft Frankreichs besteht im wesentlichen aus vier Gruppierungen: der Parti Socialiste (PS) und der Parti Communiste (PC), den beiden Zentrum-Mitte Gruppierungen Union pour la Démocratie Française (UDF) und Rassemblement pour la République (RPR), die mehrere kleine Parteien um sich versammeln, sowie der rechtsradikalen Front National und den beiden Alternativbewegungen Génération Écologie und den Grünen. Die Entscheidungsmacht liegt hauptsächlich in den Händen der Sozialisten und der Konservativen, wenngleich der Front National über die letzten Jahre hinweg der kommunistischen Partei Stimmen abnehmen konnte. Die Grünen sind noch nicht groß genug, um Koalitionspartner zu werden. Außerdem sind sie intern noch zu zerstritten, so daß nach außen hin kein einheitliches Bild zu erwarten ist.

Die Haltung der politischen Parteien gegenüber der Immigration hat sich seit 1982-1983 stark verändert. Wurde zuvor nur im Falle akuten Bedarfs, d.h. vor Wahlen gehandelt, so erkennt man seitdem eine etwas seriösere Haltung. Dies zeichnet sich durch Institutionalisierung des Problems und Modifikation der Gesetzgebung aus. Dieser Druck entstand durch die zunehmende Präsenz der rechtsradikalen Front National auf der politischen Bühne. Diese Partei ist eine klassische Ein-Punkt-Partei: nur mit Hilfe des von den anderen Parteien vernachlässigten Themas Immigration hat sie sich in verschiedenen Regional-

<sup>79</sup> Le Quotidien de Paris, 12.1.1989.

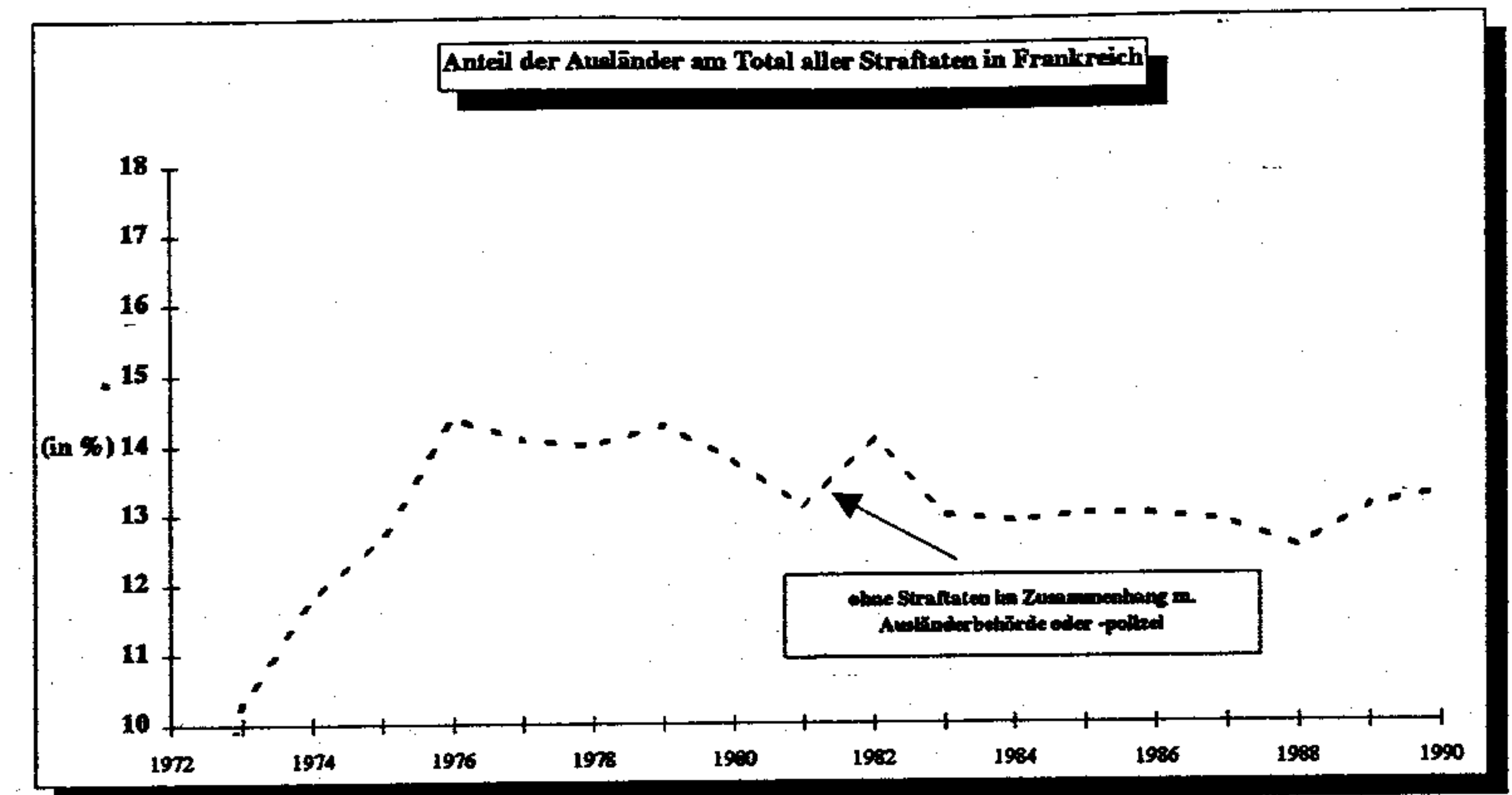


und Kommunalwahlen bis auf 30% der Stimmen gebracht. Bei den Präsidentschaftswahlen 1988 kam Jean-Marie Le Pen auf 15%, 1984 bei den Europawahlen gewann seine Partei 11% der Stimmen<sup>80</sup>. Gleichzeitig begann der Abstieg der Kommunisten. Ihre Haltung war traditionell freundlich gegenüber den europäischen Immigranten, jedoch wurde das Verhältnis getrübt durch einige "rote" Bürgermeister in den Problemvororten. Diese befürchteten eine Niederlage bei den nächsten Wahlen, wenn sie nicht populistischer werden würden. So skandierten sie einen Zuzugsstop für Ausländer in ihrer Stadt oder ihrem Stadtviertel oder demolierten eigenhändig mit Bulldozern Ausländerheime. Da sie von der Partei zurückgepfiffen wurden, gleichzeitig aber Erfolg bei ihren Wählern hatten, wechselten einige zur Front National über. Die PC fühlte sich jedoch auch von den Sozialisten im Stich gelassen, da sie meinte, nur Problemfälle (Stadtviertel) ohne die dazugehörigen Mittel zu erben. So entwickelte sich auch auf nationalem Niveau der PC eine zunehmend immigrantenfeindliche Haltung, die sich in der Forderung nach Einwanderungsstop und quantitativen Toleranzgrenzen spiegelte.<sup>81</sup> Dieses Schisma und darauffolgende interne Querelen enttäuschte viele Stammwähler, die sich von der Front National besser vertreten fühlten. Der Niedergang der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten beschleunigte ab 1989 diese Situation.

Die Front National ist die einzige Partei, die die enttäuschte Arbeiterklasse und andere "Verlierer" der französischen Gesellschaft konkret anspricht und ihnen mit einem Gemisch aus Lügen und Halbwahrheiten die Immigranten als Schuldenbock anbietet. Unter anderem wird auf die höhere Kriminalitätsrate der Ausländer verwiesen: ein Argument, das sofort relativiert werden kann, indem man diejenigen Straftaten in Zusammenhang mit der Ausländerbehörde oder -polizei in Betracht zieht. Zieht man diese, von Franzosen schwerlich zu begehenden Delikte von den anderen ab, kommt man auf eine "normale" Kriminalitätsrate für Ausländer.

<sup>80</sup> vgl. Blume, G./Smolczyk, A. (1992), S. 104f.

<sup>81</sup> vgl. Schain, M. (1988), S. 604ff.



(Quelle: Statistiken der nationalen Polizei und Gendarmerien)

Es wird zwar zugegeben, daß bei der Verwaltung und Budgetierung von Immigrationsangelegenheiten Fehler gemacht werden und Betrug nicht selten ist, letztlich werden jedoch die Ausländer als eigentliche Ursache für alles verantwortlich gemacht. Je nach politischer Wetterlage zielt die FN eher auf die anderen Parteien als Verantwortliche für administrative Schlampereien und "Großzügigkeiten" oder eher auf die "schamlos profitierenden" Immigranten. Interessant ist dabei die Vorgehensweise der FN: sie distanziert sich ausdrücklich von offen rechtsradikalen Gruppierungen, die Rassismus auf der Grundlage von biologischen Unterschieden verbreiten. Mit Hilfe der Denkmodelle der "Nouvelle Droite", der "Neuen Rechten", wurde der 1970 von den antirassistischen Gruppen entworfene Begriff des "Rechts auf Verschiedenheit" ("droit à la différence") seit 1980 von Le Pen aufgenommen und zu seinem Zweck interpretiert: Da die FN jeder Gesellschaft ihr Recht auf Verschiedenheit zugesteht, muß auch der französischen Gesellschaft dieses uralte Recht gebilligt sein. Gerade weil Gesellschaften und Gemeinschaften verschieden sind (im kulturellen Sinn), können sie nicht miteinander "vermischt" leben, da sonst eine der Gesellschaften ihre kulturelle Eigenart aufgeben wird. Daß dies keine Gesellschaft will, akzeptiert die "Neue Rechte" voll und ganz, da es ihr die Möglichkeit gibt, ihren rassistischen Diskurs mit einer ethno-sozio-kulturellen Pseudoerklärung zu legitimieren ("Wir wollen nicht, daß ihr eure Kultur verliert, also kehrt wieder zurück zu euch."). Dies ergibt ein anderes Image der "Neuen Rechten": anstelle des offenen Hasses propagiert man wieder einmal scheinbar unveränderbare Tatsachen, diesmal unter dem Gewand der Sorge und des Mitgeföhls. Der Begriff der Rasse ist ersetzt worden durch den Begriff der Kultur. Seitdem ist es gefährlich



geworden mit dem von der Rechten belegten Begriff des Kulturalismus zu argumentieren.<sup>82</sup>

Das französische Modell der Integration ist im Großen und Ganzen bei allen Parteien präsent und die wenigsten werden davon abweichen, sei es aus Überzeugung oder sei es aus Berechnung gegenüber der Wählerschaft. Integration im französischen Modell heißt Naturalisierung, Annahme der Staatsbürgerschaft. Erst dann ist man "citoyen", Bürger Frankreichs mit allen Rechten und Pflichten.

Alle Parteien sind sich einig, daß die öffentliche Schule heutzutage noch das stärkste Integrationsinstrument ist und legen deshalb besonderen Wert auf Erhaltung ihres republikanischen und laizistischen Charakters. Man könnte dies als Vielfalt auf einer gemeinsamen Grundlage, nämlich den Menschenrechten betrachten. Dabei ging im ursprünglichen Text der Menschenrechte von 1790 weniger die Rede von Franzosen und Ausländern, sondern vielmehr von freien Bürgern. Die Begriffe Franzose und Nation definierten sich nicht auf Grundlage von Rasse, Volk oder Ethnie, sondern auf Basis eines politischen Projekts. Die Menschenrechte als universalistischer Anspruch sollten in der Welt verbreitet werden und jeder, der sich mit diesen Zielen identifiziert, war (und ist es eigentlich immer noch) in Frankreich willkommen.<sup>83</sup> Die öffentliche Schule soll diese Ziele vermitteln und Menschen zu freien und selbstständigen Bürgern erziehen.

Da ihrer Meinung nach diese Idee der "citoyenneté", der Bürgerschaft, in Vergessenheit geraten ist, fordern UDF und RPR eine Ausweitung und Verstärkung des Unterrichtsfachs Bürger- oder Zivilkunde. Die Bedeutung der Demokratie, die Rechte und Pflichten mit sich bringt, soll wieder deutlich gemacht werden, zumal gegenüber der zweiten Generation der Immigranten. Sie sollen nicht unwissend französische Bürger werden. Die Sozialisten schließen sich dieser Vorstellung und Forderung an, betonen aber, daß dies allgemein ein Problem aller jüngeren Generationen ist und nicht ausschließlich die Immigranten und ihre Kinder betrifft. Die FN steigert diesen Anspruch noch und will eigene Klassen für Immigranten und Ausländer, in denen sie in französische Geschichte und Kultur eingewiesen werden sollen. Ferner sollen nur diejenigen in die sechste Klasse aufgenommen werden, die die französische Sprache einwandfrei beherrschen. Die Sozialisten, die den Unterricht der Sprachen der Herkunftsländer eingeführt haben, weisen diese Forderung zurück. Wie die meisten anderen Parteien auch, sehen sie die Sonderklassen und den Spezialunterricht als komplementäre Maßnahmen, deren alleiniger Zweck es ist, Rückstände aufzuholen und Mängel

<sup>82</sup> vgl. Guillaumin, C. (1991), S. 12f.

<sup>83</sup> vgl. Barreau, J.-C. (1992), S. 138.

auszugleichen. Ist dieses Ziel erreicht, fallen diese Maßnahmen weg. Dies gilt auch für die Anlegung der ZEP's (zone d'éducation prioritaire), spezielle Erziehungsprogramme für bestimmte Stadtviertel, wo ein großer Prozentsatz an frühzeitigen Schulabgängern besteht.

Ferner soll die Schule ein Ort der Vielfalt und der kulturellen Diversität sein. Laut den Sozialisten ist gerade dies einer der Zwecke des Laizitätsprinzips. Die FN sowie die Arbeitgebervereinigung CFE-CGC lehnen diese Konzeption ab, ebenso RPR und UDF. Es kann keine Integration geben, wenn man die Idee zuläßt, die Schule sei ein Ort des multikulturellen Ausdrucks; im Gegenteil, sie ist der Schmelztiegel in dem gemeinsame Werte und eine gemeinsame Moral gefunden werden muß.<sup>84</sup> Nach ihren Vorstellungen darf die Schule nur französische Inhalte vermitteln. Fremdsprachen außer einigen europäischen, sowie ausländische Lehrkörper sollen nicht zugelassen werden.<sup>85</sup>

Interessanterweise benützen nur die konservative und extreme Rechte den Ausdruck "multikulturell". Bei der PS und der PC, sowie bei gleichgesinnten Gewerkschaften, kommt diese Bezeichnung nicht vor. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Benutzung der Begriffe Integration, Insertion und Assimilation. Letztere trifft man bevorzugt im konservativen Lager. Hier bedeutet er Aufgabe der vorherigen kulturellen und sozialen Normen und Werte und die Annahme der Werte und Normen des Aufnahmelandes. Im linken und alternativen Spektrum begegnet man fast ausschließlich dem Begriff der Integration. Er impliziert für die Benutzer eine gegenseitige Vermittlung von Werten und Traditionen, aber immer unter der Bedingung, daß die Menschenrechte als gemeinsame Grundlage dienen. Insertion, also ein Einfügen von weitgehend isoliert bleibenden Gruppen in ein größeres Gebilde, wird vom linken Spektrum als mißlungene Assimilation, und vom rechten Spektrum als Folge der Integration oder der multikulturellen Gesellschaft bezeichnet. Die Begriffsbelegung erfolgt jedoch nicht immer genau, sodaß alle drei Begriffe in einem Text im selben Kontext vorkommen können.

Die Initiative auf politischem Feld liegt momentan bei der konservativen Rechten, die die Aktionen der PS rückgängig machen will, zum einen, um sich von ihr abheben zu können, zum anderen, um der FN in der Wählergunst zuvorkommen. So setzten sie die von der Kommission Long und dem Rapport Mazeaud unterbreiteten Änderungen des "code de la nationalité" durch. Diese Modifikation wurde heftig von den Sozialisten und vielen Vereinigungen wie SOS-Racisme und France Plus bekämpft. Der Zugang zur französischen Nationalität ist insofern erschwert worden, als daß Antragsteller

<sup>84</sup> vgl. Madelin, A./Sarkorzy, N. (1990), S. 7.

<sup>85</sup> vgl. Le Pen, J.-M. (1993), S. 8.



länger in Frankreich wohnhaft sein müssen als zuvor. Ebenso müssen in Frankreich geborene Jugendliche ausländischer Eltern, die das 18. Lebensjahr erreichen und die die französische Staatsbürgerschaft erlangen wollen, einen Antrag stellen und mindestens fünf Jahre lang in Frankreich wohnhaft gewesen sein. Zuvor bekamen sie diese automatisch zugesprochen aufgrund des Jus Soli (wer in Frankreich geboren ist, ist Franzose). Die Erteilung kann aber praktisch nicht verweigert werden. Ferner wurden der Polizei und dem Innenminister mehr Kompetenzen in bezug auf Identitätskontrollen erteilt. Es ist der Polizei nunmehr gestattet, "sich auf alle Anhaltspunkte (außer rassistischer Angehörigkeit), die einen Ausländer vermuten lassen, zu stützen", um Identitätskontrollen durchzuführen.<sup>86</sup>

Einen ähnlichen Streitpunkt bildet die doppelte Staatsbürgerschaft. Linke Gruppierungen wie die AREV (Alternative rouge et verte) und die MRG (Mouvement des radicaux de gauche) sehen in ihr eine Integrationshilfe und mehr, da besonders die jüngeren Immigranten nicht mehr unter dem Zwang stehen würden, sich für eine Seite entscheiden zu müssen. Viele der Jugendlichen ordnen sich nicht kategorisch einer Nationalität oder Kultur zu, sondern fühlen sich je nach Situation eher der einen oder der anderen zugehörig. Sie behaupten von sich, weder Franzose noch Algerier, sondern eine neue eigenständige Generation zu sein.<sup>87</sup> UDF, RPR und FN sehen hierin eine Umgehung der staatsbürgerlichen Pflichten, insbesondere der Wehrpflicht. Sie wollen eine Verschärfung der zuständigen Gesetzgebung und die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft. Mit Rücksicht auf die koloniale Vergangenheit hatte die PS mit Algerien eine Konvention unterschrieben, die es jungen Franzosen algerischer Abstammung ermöglicht, den Militärdienst wahlweise in Frankreich oder in Algerien abzuleisten. Die FN sieht darin einen Angriff auf die nationale Souveränität und propagiert die Abschaffung dieser und ähnlicher Konventionen (z.B. mit Israel).<sup>88</sup>

In bezug auf die Rückkehrförderung herrscht Uneinigkeit. Da die FN als einzige Partei den totalen Immigrationsstop fordert und keine Integration will, steht sie natürlich hinter dieser Politik. Die Sozialisten erklären diese Idee für gescheitert: zwischen 1977 (Stoléro-Hilfe), 1980 (Französisch-algerische Vereinbarung, geplant waren 500.000 Rückkehrer über fünf Jahre) und der öffentlichen Hilfe zur "Reinsertion" von 1984-1987 sind nur 220.000 Personen in ihr Herkunftsland zurückgekehrt. UDF und RPR sehen aber wieder eine Chance für eine aktive Rückkehrförderung und wollen sie in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern ausarbeiten. Die Grünen vermuten, daß die konservative Rechte diese Gelder von der eigentlichen Dritte-Welt-Hilfe

<sup>86</sup> vgl. "Lutte Ouvrière", Nr.1303, 25.6.1993.

<sup>87</sup> vgl. Philip-Asdih, C. (1993), S. 47f.

<sup>88</sup> vgl. LeGallou, J.-Y. (1985), S. 142.

abzweigen und als "Bezahlung" den nationalen Regierungen zukommen lassen wird. Im Austausch gegen das Versprechen, das Land zu verlassen, soll für Ausbildung gesorgt werden. Qualifizierte Personen aber werden Frankreich wohl kaum verlassen.

Beim lokalen Wahlrecht für Ausländer, neben der doppelten Staatsbürgerschaft ein wesentlicher Indikator für die Akzeptanz einer multikulturellen Gesellschaft, trauen sich die Sozialisten nicht so recht, das heiße Eisen anzupacken. François Mitterrand äußert sich in diesem Punkt nur als Privatperson, nie als Präsident oder Sozialist. In seinem "Brief an alle Franzosen" sagt er: "Obwohl ich weiß, daß die große Mehrheit von Euch einer solchen Regelung feindlich gegenüber steht, so bedaure ich doch persönlich, daß der aktuelle Stand der Dinge es nicht erlaubt." Der Vorschlag des Kongreß "Un nouvel horizon" im Dezember 1991, Ausländern, welche seit mehr als fünf Jahren in Frankreich wohnhaft sind und sich in regulärer Situation befinden, das Wahlrecht für Stadtrats- und Gemeindewahlen zuzugestehen, erreichte nicht die genügende Mehrheit bei der Abstimmung.<sup>89</sup> Der konstitutive Kongreß vom Oktober 1993 erreicht auch nicht mehr als die Feststellung, daß die französische Bevölkerung weniger als noch vor zehn Jahren bereit ist, Ausländern dieses Recht zu geben. Dieses Projekt soll aber nicht aufgegeben werden.<sup>90</sup> Die AREV ist etwas radikaler und fordert, daß in Frankreich wohnhafte Ausländer im allgemeinen wählen und gewählt werden dürfen.

Für die konservative Rechte bleibt das Wahlrecht auf allen Ebenen mit der französischen Staatsbürgerschaft verbunden. Wer wählen will, soll Franzose werden. Sie befürchten den Zerfall der nationalen Solidarität, wenn dieses Recht eingeführt werden sollte. Das Gleichgewicht von Rechten und Pflichten wäre nicht mehr gegeben, dafür aber die Gefahr von außerhalb "gelenkten" Wählern (Angst vor Integrismus). Der Begriff der multikulturellen Gesellschaft wird oft gleichgesetzt mit der Vorstellung von mehreren anwendbaren Gesetzgebungen (je nach Gemeinschaft) auf einem Territorium<sup>91</sup>. Frankreich kann nicht einfach als geographischer Raum angesehen werden, in dem mehrere Zivilisationen koexistieren könnten<sup>92</sup>. Gesetze in Frankreich müssen diesselben für alle sein.

Die konservative Rechte geht nicht so weit wie die FN. Sie tastet Errungenschaften der Sozialisten nicht direkt an, sondern modifiziert sie derart, daß sie als moralischer Gewinner dasteht. Die Sozialisten haben sehr humane Gesetze aufgestellt, aber die Kontrolle über die finanziellen Mittel und die

<sup>89</sup> vgl. "PSinfo", Nr.492 (1991), S. 92.

<sup>90</sup> vgl. "Vendredi", Nr.196 (1993), S. 19.

<sup>91</sup> vgl. "Il faut qu'on se parle", Nr.25 (1990), S. 2.

<sup>92</sup> vgl. Madelin, A./Sarkozy, N. (1990), S. 23.



Rechtmäßigkeit der Antragsteller haben sie nach Meinung von UDF und RPR sträflichst vernachlässigt. Auf diese Weise distanziert man sich von den offenen Hetztiraden Le Pen's und gibt sich zur gleichen Zeit fremdenfreundlich, aber gerecht. So auch zum Thema der Mischehen. Natürlich hat man nichts gegen Mischehen im Prinzip, aber ihr Mißbrauch zur Erlangung einer Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung muß energisch bekämpft werden. So muß nun ein Ausländer aufgrund der Gesetzesänderung durch Innenminister Pasqua nach der Heirat mit einem französischen Staatsbürger zwei Jahre lang warten, ehe er die französische Staatsbürgerschaft erlangen kann. Vorher aber muß er oder sie auch zwei Jahre lang warten, ehe die Ehe als "vollzogen" von den Behörden anerkannt wird. Innerhalb dieser Zeit können die Behörden die Wahrhaftigkeit des gemeinsamen Lebens überprüfen, so schwierig diese Aufgabe auch zu realisieren scheint. Im Falle der Geburt eines gemeinsamen Kindes erübrigt sich diese Probezeit. Dies führt zu ungeahntem Streß bei beiden Partnern, die sich rund um die Uhr beobachtet fühlen und deren Intimsphäre leicht verletzt werden kann. Über die Validität solcher Ermittlungen braucht wohl nicht diskutiert zu werden. Diejenigen Behörden, die in direktem Kontakt mit den Personen stehen, müssen sich eine praktische Lösung einfallen lassen, um aus den Antragstellern keine illegalen Immigranten zu machen, die leicht des Landes verwiesen werden können. So werden improvisierte Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erteilt, die nur temporäre Gültigkeit haben und einer Prüfung der Ausländerpolizei nicht standhalten.

All diese Veränderungen der letzten Zeit haben nicht viel dazu beigetragen, eine multikulturelle Gesellschaft oder Ansätze dazu in Frankreich entstehen zu lassen. Die Sozialisten passen sich der allgemeinen Strömung an, um noch mehr Stimmenverluste zu vermeiden. Ein klares Kontrastprogramm sucht man vergebens, außer am extremen oder am alternativen Rand. Beide sind nicht stark genug, um ihre Vorstellungen mit Gewicht in die öffentliche Diskussion einzubringen. Zur Zeit liegt die Initiative bei den Parteien der konservativen Rechten, die durch den Druck von außen rechts gezwungen sind, zu handeln. Sie verändern, während die PS momentan nur in der Verteidigung ist und ihre vorherigen Aktionen nur mehr halbherzig vertritt. Festzuhalten bleibt, daß die großen politischen Parteien allesamt auf der Grundlage der individuellen Integration verharren und die Bildung von Gemeinschaften ethnischer oder nationaler Form unterbinden wollen. In der Praxis sieht dies anders aus: Untere Behörden sprechen eigentlich immer mit Vertretern von Gemeinschaften, da sie auf anderem Weg die Betroffenen nicht erreichen können. Solche Gemeinschaften sind zum Teil schon institutionalisiert, z.B. gibt es im Falle der jüdischen Gemeinschaft den CRIF (Conseil représentatif des institutions juives de France) als Ansprechpartner der Regierung<sup>93</sup>. Bei anderen Gemeinschaften

<sup>93</sup> vgl. Birnbaum, P. (1991), S. 283ff.

wünscht man sich zwecks besserer Koordination und praktischer Zusammenarbeit einheitliche Ansprechpartner, so auch im Falle der islamischen Glaubensgemeinschaft.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Pragmatismus im direkten Kontakt zu Gemeinschaften in die politische Sphäre dringen wird. Auf jeden Fall trifft er auf starke emotionale und institutionelle Widerstände.

### 3.3. Gewerkschaften und Immigration

Die Gewerkschaften Frankreichs waren lange Zeit eine bedeutende Stimme in der Politik. Auch heute noch gelingt es ihnen, das öffentliche Leben in Frankreich durch die so bekannten zahlreichen Streiks lahmzulegen. Der Einfluß auf die Politik und die Bedeutung der Gewerkschaften als Meinungsmacher hat aber in den letzten Jahrzehnten stark abgenommen.

Die Zeit zwischen den Weltkriegen war gekennzeichnet durch die massive Einfuhr von ausländischer Arbeitskraft durch die Arbeitgeber. Die Immigration wurde deshalb auf Seiten der Arbeiterschaft als preisdrückende Konkurrenz gesehen, dementsprechend waren auch die Gewerkschaften den Arbeitgebern, aber eben auch den Immigranten feindlich gesinnt. Sie proklamierten den Vorrang für die nationale Beschäftigung, nachdem es ihnen nicht gelungen war, die Arbeiter von ihrer Meinung zu überzeugen. Die Gewerkschaften konnten, und im Falle der C.G.T. (Confédération française des travailleurs) wollten die Arbeiterschaft nicht umstimmen. Einige Kommunisten leisteten Überzeugungsarbeit, die jedoch vergeblich war. Diese Situation änderte sich jedoch mit dem Entstehen eines neuen industriellen und städtischen Proletariates, das sich auf neue soziale Normen stützt und langsam seine ländliche und bäuerliche Herkunft vergißt. Unter dieser neuen Klasse findet der internationalistische Diskurs der P.C.F. (Kommunisten Frankreichs) und ihrer Gewerkschaft, der C.G.T.U., aber auch der Kurs der reformistischen C.G.T. viele neue Anhänger. Regionalismus und berufliche Abschottung nehmen ab in diesen neuen großen Industrien, während Kleinunternehmen und ländliche Regionen an Bedeutung verlieren. Ein Teil der ausländischen Arbeiter findet hier eine neue Heimat, ein Beschäftigungsfeld, mit dessen Hilfe sie, gesichert durch die republikanische, laizistische Tradition, sich integrieren, zuerst in die Arbeiterschaft, und dann, wenn auch zögerlich, in die Gesellschaft im Großen und Ganzen. Gemeinsames Lernen und der gemeinsame Arbeitskampf stellen einen Weg der Sozialisation dar. Die Integration ist gegeben und hat neue soziale Figuren geschaffen: den italienisch-lothringischen Stahlarbeiter, den



polnischen Minenarbeiter im Norden Frankreichs und den angelernten maghrebischen Arbeiter der Automobilindustrie. Die beiden ersten Stereotypen sind verschwunden, sozusagen "unsichtbar" geworden. Man kann sie nicht mehr eindeutig von Franzosen unterscheiden, da sie sich mit den "Alteingesessenen" eine eigene Orts- und Berufskultur geschaffen haben, in der sie mit den Franzosen aufgehen. Gleichwohl existiert dieses Klischee immer noch. Diese zwischen-ethnischen Kontakte (*brassage inter-ethnique*) wurde auch gefördert durch den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus vor und während des Zweiten Weltkrieges. Sehr viele ausländische Arbeiter und Flüchtlinge fanden sich in der Widerstandsbewegung wieder<sup>94</sup>. Mit der Zeit haben die Arbeiter erkannt, daß die ausländischen Arbeitskräfte nicht primär eine Konkurrenz darstellen, sondern ihnen u.a. den Aufstieg in der Unternehmenshierarchie ermöglichen oder erleichtern. Hinzu kommt die kollektive Erinnerung aus Konflikt und Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse.

Nach dem Krieg werden die Gewerkschaften als dritte Partei neben Regierung und Arbeitgeberseite in die Führung und Gestaltung des neugegründeten O.N.I. (nationales Immigrationsbüro) aufgenommen. C.G.T. und C.F.T.C. (christliche Arbeitergewerkschaft) stimmen der Wiederaufnahme der Immigration zu unter der Voraussetzung, daß ihr Bedingungskatalog angenommen wird (unter anderem: gleiche Arbeitsbedingungen und Gehälter, gleiche soziale und gewerkschaftliche Rechte, eine Ausrichtung der ausländischen Arbeitskraft nach dem aktuellen Bedarf). Die C.G.T. forderte außerdem die Ausarbeitung eines demokratischen gesetzlichen Statuts für Immigranten. Die C.F.T.C. forderte zusätzlich Priorität für französische Arbeitskräfte, sowie die Wiederaufwertung der von den Franzosen verlassenen Berufe und Branchen. 1947 müssen die Kommunisten die Regierung verlassen und der kalte Krieg verursacht die Schwächung und Spaltung der Gewerkschaften. Eine Fraktion der C.G.T. spaltet sich ab und bildet die F.O. (*Force ouvrière*). Die C.G.T. wird von der Mitbestimmung am O.N.I. ausgeschlossen, verliert somit alle Kontrolle über die Immigration und sieht sich gezwungen, sich gegen die Immigration auszusprechen, da sie für den Erhalt der Garantien und Bedingungen nicht mehr eintreten kann. Diese Bewegung verallgemeinert sich: die Immigration wird als Waffe des Staats und der Arbeitgeber gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt<sup>95</sup>.

Das Engagement von Ausländern in der Gewerkschaft bleibt gering, da sie immer unter der Bedrohung stehen, wegen politischer Agitation und Betätigung des Landes verwiesen zu werden. Gleichwohl gibt es, wenn man die Nationalitäten vergleicht, viele Gewerkschaftler unter den italienischen Einwanderern, wie auch bei den Spaniern. Von ihnen kamen viele wegen des

<sup>94</sup> vgl. Noiriél, G. (1993), S. 38-45.

<sup>95</sup> vgl. Tripier, M. (1990), S.41-62.

Franco-Regimes nach Frankreich und besaßen schon vorher eine gewerkschaftliche oder politische Erfahrung. Bei den Algeriern sieht das ein wenig anders aus, zumal wegen des französisch-algerischen Krieges. Die Marokkaner haben diese Vorgeschichte nicht und sind sehr aktiv in allen möglichen Arbeitervereinigungen, nicht nur in Gewerkschaften. Diese Aktivitäten fördern die Kooperation mit Gewerkschaften und den Eintritt in diese. Ein "prominentes" Beispiel für den Aufstieg eines Marokkaners in einer Gewerkschaft ist der Fall von A. Ghazzi bei Citroën in den Jahren 1980 bis 1982. Aber es wird auch sehr viel gebremst durch die marokkanische Regierung, die gegen gewerkschaftliche Betätigung ihrer Bürger ist. Außerdem ergeben sich Konflikte mit der C.G.T. wegen des Krieges mit der Westsahara. Dies wirkt sich auch auf die algerisch-marokkanischen Beziehungen unter den Arbeitern aus. Die tunesischen Arbeiter sind noch stärker als die marokkanischen an der Rückkehr in die Heimat orientiert und deswegen weniger engagiert. Es gibt aber auch zahlreiche Intellektuelle und Gewerkschaftler, die das Land verlassen wollten oder mußten und die in Frankreich wieder aktiv werden.

Die ausländischen Arbeiter standen und stehen immer vor zwei Alternativen in bezug auf ihr Engagement: Gewerkschaft oder sonstige Vereinigungen, die sogenannten "associations". Da die Gewerkschaften in einer anhaltenden Krise stecken und nicht mehr den Einfluß besitzen, den sie in den Sechzigern oder Siebzigern besaßen, orientieren sich viele ausländische Arbeiter zunehmend an den "associations". Diese erfuhren mit der Gesetzesänderung von 1981 einen verstärkten Aufschwung, da von diesem Zeitpunkt an, eine "association" (in etwa einem eingetragenen Verein entsprechend) auch "nur" aus Ausländern bestehen kann und nicht mehr einer so strengen Kontrolle durch den Innenminister unterliegt. Das Bild, das sich die Immigranten von den Gewerkschaften machen, ist zwiespältig. Für die einen ist die Gewerkschaft eine französische Institution, von der sie sich unmittelbaren Profit erhoffen gleich einer Versicherungsgesellschaft, indem sie Nutzen und Mitgliedsbeitrag gegeneinander abwägen. Sie vergessen dabei oft den vorangegangenen Kampf der Gewerkschaft um Anerkennung. Für andere Immigranten ist die Gewerkschaft eine bedrohliche Institution, die die soziale Ordnung gefährden und Spannungen erhöhen kann und somit letztlich auch ihre Zukunftspläne (z.B. Sparprojekte). Zumal wird bei bestimmten nationalen Gruppen die Angst vor dem Kommunismus durch die jeweiligen Botschaften und durch die von den Regierungen kontrollierten Vereinigungen in Frankreich geschürt. Dies ist besonders der Fall für Portugal und Marokko. Jedweder Anflug von Militanz wird unterdrückt. Die Gefahr für Immigranten, wegen politischer Aktivitäten des Landes verwiesen zu werden, wird also ergänzt durch eine repressive Haltung und Kontrolle der Regierungen der Herkunftsländer. Dies ist natürlich



keine sehr gute Voraussetzung für eine Integration von Ausländern in die Gewerkschaften.

Dennoch entstehen im Großen und Ganzen immer mehr Kontakte, sowohl persönliche mit den einzelnen Gewerkschaftlern und Betriebsräten, als auch instrumentelle Kontakte mit der Gewerkschaft als Institution. Sobald sich die berufliche Situation der Immigranten stabilisiert hat, kann man eine Zunahme ihrer Mitgliedschaft beobachten. Es melden sich dann auch mehr Ausländer als Gewerkschaftsdelegierte<sup>96</sup>.

Eins ist allen Gewerkschaften Frankreichs gemeinsam: die spezifische Situation der ausländischen Arbeiter hervorstreichen, würde die universalistische Basis ihrer Arbeit in Frage stellen. Auch ihre Verhandlungsfähigkeit wäre geschwächt und sie würden diese Beziehungen wieder einem Paternalismus überlassen, wie er im vorigen Jahrhundert dominierte. Deswegen kann man eine kategorische Verweigerung beobachten, bei allen Versuchen, mit oder ohne der Hilfe der Gewerkschaften nationale oder ethnische Organisationen innerhalb des Unternehmens zu gründen. Die Eigenart der Immigranten wird kanalisiert, sei es in die kulturellen Aktionen der Betriebsräte, sei es in die internen gewerkschaftlichen Aktivitäten. Die Kultur der Ausländer wird manchmal anerkannt, auch im kollektiven Sinn, sie bleibt aber verwiesen auf die Privatsphäre. Der laizistische Charakter der repräsentativen Institutionen darf nicht verändert werden, laut den Gewerkschaften. Analysen einiger Konflikte in der Arbeitswelt zeigen eine permanente Spannung zwischen zwei Objektiven. Die Gewerkschaften schwanken mal mehr, mal weniger zwischen der Anerkennung der besonderen Stellung der Arbeiter und der Überwindung jeglichen Partikularismus. Ohne eine Anerkennung der Spezifität der Arbeiter, also auch der ausländischen, ist eine Gewerkschaft ungenügend in oder mit ihrer Basis verwurzelt. Gleichzeitig hat sie sich aber zum Ziel gesetzt, jeglichen Partikularismus zu überwinden, sei es nun in bezug auf Ethnie, Alter oder Geschlecht, um eine möglichst breite Legitimation und Repräsentativität zu haben. Dieser Zielkonflikt war über Jahre vorhanden und er wird heute mit dem Abstieg der Arbeiterklasse aus der gesellschaftlichen Bedeutung wieder aktualisiert. Bisher hat der universalistische Gedanke der Gewerkschaften es erlaubt, daß sich einige Ausländer in der Gewerkschaft engagieren und zu den Militanten gerechnet werden können.

Ganz treu blieben die Gewerkschaften dieser Idee nicht immer, es wird aber versucht, spezifisch auf Immigranten gerichtete Maßnahmen als Schutz der Arbeiter darzustellen. So sind in einigen Gewerkschaften zum Beispiel

<sup>96</sup> vgl. ebenda, S. 44f.

Sprachgruppen eingerichtet, ohne die eine korrekte Vermittlung der gewerkschaftlichen Inhalte aufgrund von Sprachdefiziten nicht möglich wäre. In diesen Gruppen werden auch Probleme der Arbeiter in den Herkunftsländern diskutiert. Die C.G.T. organisiert in Zusammenarbeit mit der MRAP (Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples) regelmäßig Ausstellungen über den Themenkomplex der Immigration, dies sowohl in Unternehmen als auch außerhalb. Mit anderen Worten: Gewerkschaften benützen also auch den einzigen Kanal, der eine erreichbare und benutzbare soziologische Realität darstellt: die nationale oder ethnische Gruppe. Sie unterscheiden sich oft nicht von politischen Parteien, wenn sie sich für bessere Wohnverhältnisse und gegen polizeiliche Repression einsetzen.

Die Gewerkschaften haben eine nicht unbedeutende Funktion im Sozialisationsprozeß, indem sie positive Identitäten vermitteln. Sie interessieren sich z.B. für die Demokratisierungsbestrebungen in den Herkunftsländern. Dadurch erzeugen sie eine positive Identität als Bürger eines Landes anstelle der mißlichen Situation im Exil. Einerseits betonen sie damit die ausländische Identität der Immigranten und somit den Partikularismus, andererseits ist dies ein Anspruch, republikanische und universalistische Werte für alle zu erkämpfen. Sie vermitteln ein Zusammengehörigkeitsgefühl bei sozialen Errungenschaften. Ihre Anstrengungen, ein positives Bild der Immigranten zu vermitteln, sind nicht nur den Immigranten selbst förderlich, sondern auch den französischen Arbeitern, deren Arbeiterkultur nicht ohne weiteres fremdenfreundlich ist<sup>97</sup>.

Eine besondere Stellung unter den französischen Gewerkschaften nehmen die F.E.N. (Fédération de l'éducation nationale) und die C.F.E.-C.G.C. (Confédération française de l'encadrement - Confédération générale des cadres) ein. Laut Jean-Pierre Valentin, Sekretär der F.E.N., leben wir alle in multikulturellen Gesellschaften. Frankreich ist durch Einwanderung entstanden. Integration ist für ihn der einzige Weg, da sie für die autochthone Bevölkerung eine Bereicherung darstellt, aber nur unter der Bedingung der Wahrung der Menschenrechte. Er bezieht sich dabei auf die Definition des "Haut Conseil à l'Intégration", ein die Regierung beratendes Komitee, welches März 1990 geschaffen wurde:

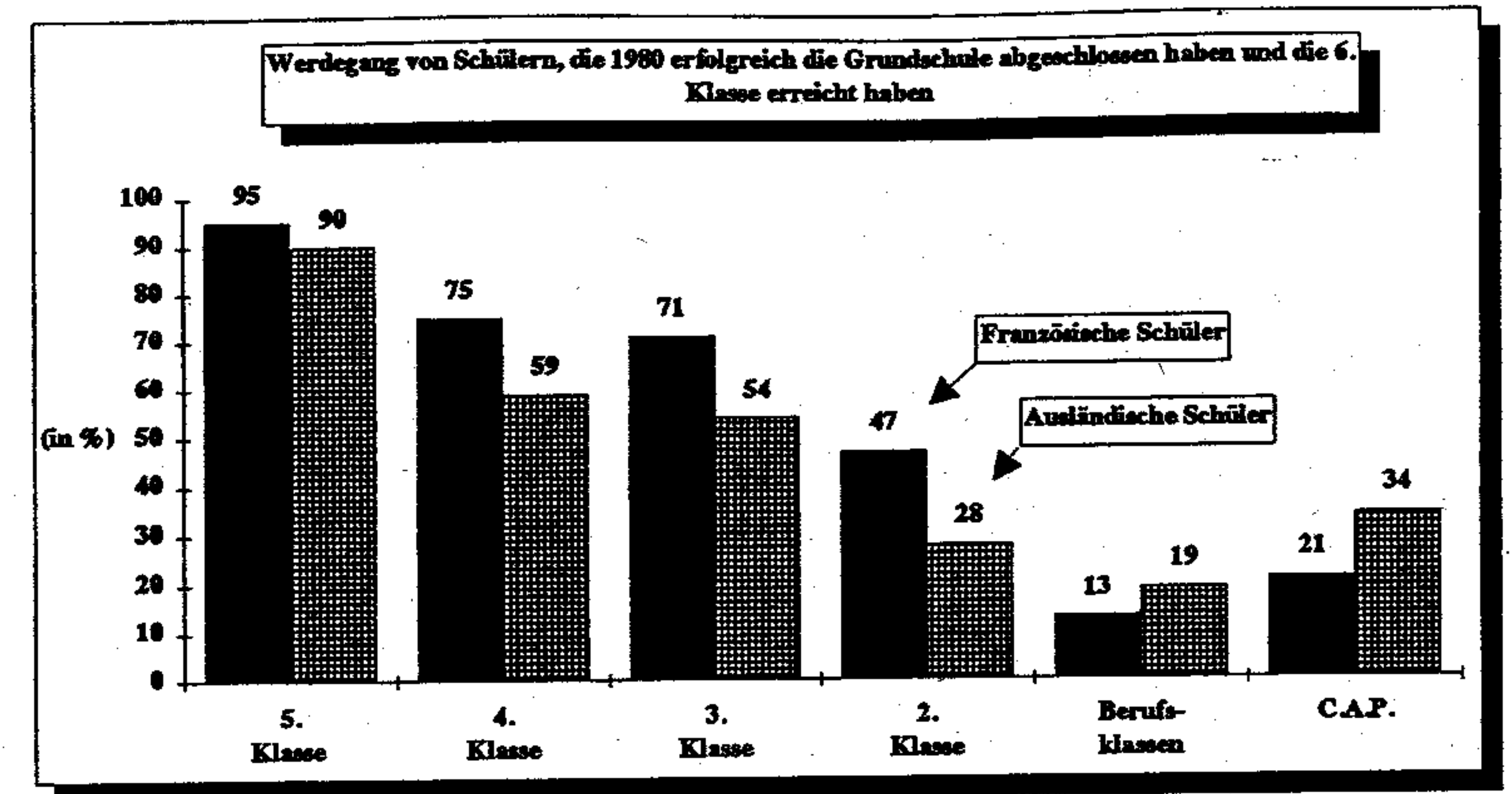
"Integration ist ein Weg, der versucht, die aktive Beteiligung verschiedener und unterschiedlicher Elemente an der nationalen Gesellschaft zu fördern, dabei die Erhaltung der kulturellen, sozialen und moralischen Besonderheiten zu akzeptieren und wahrzunehmen, daß das Ganze durch diese Vielfalt und Komplexität bereichert wird;

<sup>97</sup> vgl. ebenda, S. 41f.



ohne Meinungsverschiedenheiten zu verbergen, sondern sie in Kauf zu nehmen, ohne sie zu übertreiben. Integrationspolitik setzt die Betonung auf Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen, in die gleichen Rechte und Pflichten für alle." (Colloque du CSEE, 21.2.1993 )

Die Integration der Ausländer ist heutzutage am ehesten durch die ökonomische und soziale Situation des Landes gefährdet. Die Gesellschaft produziert immer mehr Ausgeschlossene, und dabei vereinen die Immigranten in ihrer Person gleich mehrere Handikaps, Nachteile. Hier muß die Schule entgegenwirken. Die Schule in Frankreich ist zunächst eine öffentliche Institution, von der FEN vehement verteidigt, da in derselben Schule Kinder aus allen Kulturen und aller Herkunft leben. Die FEN hat sich sehr stark für das Orientierungsgesetz vom 10.7.1989 eingesetzt, welches das Recht auf Erziehung jedem zugesteht, um seine Integration ins Berufs- und Sozialleben, sowie seine Rolle als Bürger zu ermöglichen. Nach diesem Gesetz hat jedes Kind im Alter zwischen sechs und sechzehn Jahren, welches in Frankreich wohnhaft ist, Recht auf Erziehung, ohne daß das juristische Statut seiner Eltern oder Erziehungsberechtigten ein Hindernis darstellen könnte. Desweiteren darf kein Schüler aufgrund seiner Nationalität, seines Geschlechts, seiner Religion, seiner Herkunft oder Angehörigkeit wegen diskriminiert werden. Jede spezifisch auf Immigranten ausgerichteten Maßnahmen, wie z.B. die Sprachklassen, sind nur dazu da, das Niveau anzupassen. Die Eltern der Kinder selbst wollen nicht, daß ihre Kinder andere Kurse verfolgen als ihre Mitschüler. Sie sehen darin eine Stigmatisierung. Hauptziel der F.E.N. ist demnach nicht der weitere Ausbau der Sonder- und Spezialklassen, die allzu oft in der Vergangenheit zu Ausschluß und Isolierung führten, sondern die Solidarisierung der Schüler untereinander. Für die F.E.N. ist der Kindergarten ein wichtiger Faktor erfolgreicher Integration und seine Rolle muß weiterhin betont werden. Es gibt spezifische Probleme der ausländischen Schüler, auf die auch eingegangen werden muß. Aber alle wissenschaftlichen Studien zeigen, daß bei gleicher sozio-kultureller Herkunft Immigrantenkinder ebenso erfolgreich in der Schule sind wie französische Schüler.



(Quelle: Bernard, P. [1993], S.122)

Soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten sollen korrigiert werden mit Hilfe besonderer Maßnahmen. Die Immigration hat dem französischen Schulsystem geholfen, seine Fehler zu entdecken und zu beseitigen. Es soll in nächster Zeit wieder vermehrt auf Bürgerkunde und die Menschenrechte als Basis der Gesellschaft im Lehrplan zurückgegriffen werden. Die Schule kann aber nicht alles allein bewerkstelligen. Auch die Eltern haben eine besondere Verantwortung. Um diese Verantwortung aber übernehmen und ausführen zu können, müssen sie ins öffentliche Leben integriert sein. Deswegen setzt sich die F.E.N. für das lokale Wahlrecht für alle in Frankreich wohnenden Ausländer ein, die schon einige Zeit dort seßhaft sind (wie lange sie schon seßhaft sein müssen, darüber schweigt sich die F.E.N. aus)<sup>98</sup>.

Hierin unterscheidet sie sich von anderen Gewerkschaften wie der F.O. (Force ouvrière) und der C.F.E.-C.G.C.. Die F.O. spricht sich gegen das lokale Wahlrecht für Ausländer aus, da sie dadurch die Bildung von ethnischen Gemeinschaften und somit die Spaltung der Arbeiterschaft und des Gewerkschaftseinflusses befürchtet. Die C.F.E.-C.G.C. ist in ihren Aussagen über die Immigration eher dem äußeren rechten Spektrum zuzuordnen als der gemäßigten Mitte. In ihrem Dossier über Immigration geht die Rede von totalem Immigrationsstop und Rückkehrförderung. Ferner muß die französische Gesetzgebung reformiert und restriktiver gestaltet werden, da die Regeln für die europäischen Immigranten nicht auf die außereuropäischen Immigranten zutreffen. Dieser Verband leitender Angestellter und Manager stellt die Immigration unter den Aspekt der assimilierbaren und nicht

<sup>98</sup> vgl. Valentin, J.-P. (1993), S. 1ff.



assimilierbaren Nationalitäten und Ethnien. Letztere Gruppe beinhaltet Immigranten des Maghrebs, Schwarzafrikas und Asiens. Interessant ist hierbei die Erwähnung der Asiaten, die sonst nicht als Problem bezeichnet werden. Dahinter scheint die Angst vor der asiatischen Konkurrenz und ihrem geschäftlichen Erfolg zu stehen. Ferner fordert die C.F.E. eine Ausweisung der ausländischen Arbeitslosen. Somit hätte die Arbeitgeberseite ein gewaltiges Druckmittel in der Hand. Diese Forderung basiert auf der Feststellung der C.F.E., daß heutzutage Franzosen alle Arbeitsplätze annehmen würden und müßten. Mitleid und schlechtes Gewissen gegenüber Immigranten sei fehl am Platz und würde die eigentlichen Probleme nur verschleiern. Ihre Forderung nach Rückkehrförderung sei aber nicht mit Ausweisung zu verwechseln. Rückkehrförderung basiert auf Freiwilligkeit und nach Aussagen der C.F.E. wollen die meisten der Immigranten sowieso heim. Die wissenschaftliche Untermauerung dieser Vermutung unterläßt die C.F.E., aus welchen Gründen auch immer<sup>99</sup>.

Die meisten der französischen Gewerkschaften sprechen sich für eine Beibehaltung des französischen Integrationsmodells aus, fordern aber auch gleichzeitig das lokale Wahlrecht für Ausländer in diesem Rahmen. Integration bedeutet auch für sie, letztlich die französische Nationalität anzunehmen. Die Erleichterung der Naturalisierungsbedingungen haben sie aus diesem Grund mitverfochten. Ihre größtenteils positive, "gelernte" offene Haltung gegenüber Immigranten und ihre Rolle innerhalb der Integration verliert jedoch zunehmend an Einfluß, wie auch ihr gesamtgesellschaftlicher Einfluß abnimmt.

### 3.4. Die Haltung der Kirchen gegenüber der multikulturellen Gesellschaft

Die Kirchen und Religionen befinden sich in Frankreich in einer speziellen Lage. Frankreich ist einer der wenigen Staaten Europas, der die absolute Trennung zwischen Kirche und Staat gesetzlich festgelegt hat und im politischen Alltag streng einhält. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die verschiedenen Religionen darauf verzichten, ihre Meinung öffentlich bekanntzugeben.

Der katholische Glaube ist in Frankreich die dominierende Religion. Dementsprechend findet man auch mehr Material über die katholische Kirche, geschrieben und recherchiert sowohl vom Klerus als auch von

<sup>99</sup> vgl. "Les dossiers de l'avenir" Nr. 26, Januar 1987.

Wissenschaftlern. Die protestantische Kirche spielt eine geringere Rolle im Alltag. Sie ist auch nicht so präsent in den Medien wie die katholische. Nichtsdestoweniger nimmt auch sie an allen Diskussionen teil, ebenso wie die Vertreter der jüdischen Religionsgemeinschaft. Diese ist zwar nicht so groß wie die beiden christlichen Kirchen, ist dafür aber sehr aktiv. Der französische Staat ist der jüdischen Gemeinschaft gegenüber aus einer Tradition der rigorosen Ablehnung von Antisemitismus heraus sehr tolerant und hilfsbereit. Die Gründe hierfür sind auch in den Ereignissen des zweiten Weltkrieges zu finden. Eine immer wichtigere Rolle spielt die Präsenz von ungefähr drei Millionen Moslimen aller Schattierungen und Nationalitäten (eine Million Franzosen, sich zusammensetzend aus Harkis, naturalisierten Maghrebiniern und in Frankreich geborenen Kindern von Immigranten und zwei Millionen Ausländer, meist aus dem Maghreb). Ich werde mich daher im folgenden fast ausschließlich auf die katholische Kirche beschränken und ihre Stellung gegenüber der Immigration im allgemeinen und der multikulturellen Gesellschaft im speziellen darlegen.

Die Haltung der Kirche gegenüber der Einwanderung in den letzten zwei Jahrhunderten läßt sich als tolerant bezeichnen. Es hat natürlich auch innerhalb der katholischen Kirche verschiedene Strömungen gegeben, aber die Mehrheit hat in der Präsenz von Einwanderern die Möglichkeit gesehen, die Gebote der Nächstenliebe anzuwenden. Während der europäischen Phase der Einwanderung sah sich die katholische Kirche fast ausschließlich katholischen Einwanderern gegenüber. In deren Herkunftsländern spielte die katholische Kirche eine dominantere Rolle als in Frankreich, auch in Sachen der Politik, wie zum Beispiel in Polen, Portugal oder Italien. Diese nationalen Kirchen (und Staaten) wollten diesen Einfluß auf die Auswanderer nicht verlieren und verhandelten deswegen mit dem französischen Staat. Die französische Kirche wollte sich zu diesem Zeitpunkt aus einer öffentlichen Debatte heraushalten, um nicht die französischen Gewerkschaften herauszufordern. Aus diesen Verhandlungen heraus entstand die Vereinbarung, die Entsendung von Priestern und anderen Klerusangehörigen der Herkunftsländer nach Frankreich zu erlauben. Diese Politik entstand aus einer Situation heraus, die gekennzeichnet war durch die Annahme, daß die Gastarbeiter nach Erreichen ihrer ökonomischen Ziele wieder in ihr Ursprungsland zurückkehren würden. Um Revolten und Aufstände gegen die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen zu vermeiden, hielt man die geistliche Betreuung aus dem Heimatland für geeignet. Die Herkunftsländer und ihre Kirchen behielten die Kontrolle über ihre Bürger und das französische Patronat konnte Unruhen und Streiks oder andere soziale Bewegungen wie Gewerkschaften niederhalten<sup>100</sup>. So wurden die Kontaktmöglichkeiten zwischen Franzosen und Immigranten weiter

<sup>100</sup> vgl. Cross, G. (1983), S.71-99.



reduziert. Ein Großteil der Bevölkerung faßte dieses Arrangement als widersprüchlich und der französischen Immigrationspolitik entgegengesetzt auf, da diese Gemeinschaften mit eigenem Klerus nicht als Individuen integriert werden konnten. Der Verdacht kam auf, daß sich Polen oder Italiener nicht integrieren wollten. Ferner wurde vermutet, daß dies eine Absprache zwischen den katholischen Kirchen sei, mit dem Ziel, die Laizität Frankreichs zu schwächen. Später unterstützte die französische Kirche die ausländischen Missionen unter der Voraussetzung einer verstärkten Kooperation und vermehrten Dialogs.

Die Haltung der protestantischen Kirche gegenüber Flüchtlingen und Einwanderern war und ist gekennzeichnet durch die eigene Erfahrung aus Vertreibung und Verfolgung aus Jahrhunderten. In noch stärkerem Maße gilt dies für die jüdische Kirche. Beide sehen in der multikulturellen Gesellschaft eine Bereicherung auf kulturellem, sozialem und spirituellem Gebiet. Die katholische Kirche, insbesondere die "Commission épiscopale des migrations" (eine Kommission der katholischen Kirche eigens für Fragen der Immigration eingerichtet) spricht sich für eine großzügige Aufnahme von Flüchtlingen und Auswanderern aus. Jaques Delaporte, Erzbischof von Cambrai und ehemaliger Direktor der "Commission des migrations", stützt sich auf die Bibel und auf Zitate Johannes Pauls des Zweiten, um zu zeigen, daß es gerade die Aufgabe der Kirche sei, demjenigen Unterstützung zu gewähren, der sich in Not befindet<sup>101</sup>. Oft hat sich die Kirche gegen Maßnahmen der Regierung ausgesprochen, die die Rechte der Ausländer beschränken oder einengen sollten. Dies geschah in den letzten zwanzig Jahren öfter bei rechten und konservativen Regierungen und Parteien als bei der Linken. Delaporte räumt ein, daß es auch in der katholischen Kirche einen fundamentalistischen Flügel gibt, der diese Aktivitäten der Kirche nicht gerne sieht, zumal im Zusammenhang mit Ausländern anderer Religionsangehörigkeit. Jedoch meint er, daß das "Phänomen Lefèbre" nicht so groß sei wie die Medien dies darstellten. Man kann sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, die Nächstenliebe sei auch zu einem großen Teil Eigennutz, um nicht zu sagen, Mitgliederwerbung. Die katholische Kirche sieht in der Migranten- und Flüchtlingsproblematik auch eine Chance, wieder größer zu werden und Einfluß zu gewinnen. Gerade gegenüber Nichtchristen soll gezeigt werden, wie überlegen die "wahre" christliche Botschaft ist. Nächstenliebe ist verbunden mit Mission<sup>102</sup>.

Für die Kirche und die bischöfliche Konferenz steht fest, daß Migranten nicht wie Fremde, sondern wie Brüder aufgenommen werden sollen, ohne rassistische, soziale oder wirtschaftliche Diskrimination und ihre Kultur und Nationalität respektierend. Sie stellt fest, daß Immigration kein temporäres Phänomen mehr

<sup>101</sup> vgl. Delaporte, J. (1990), S.33ff.

<sup>102</sup> vgl. ebenda, S.9.

ist und stellt die Frage nach dem Platz der Immigranten in der Gesellschaft. Die Kirche ist durch ihre Vertreter in allen Gremien, die die Immigration betreffen, präsent. Durch die Unterstützung von Hungerstreiks von Abschiebung bedrohter Ausländer muß sie sich dem Vorwurf politischer Betätigung stellen. Mgr. Ancel schreibt hierzu anläßlich einer europäischen Konferenz der Pastoralen des migrants: "Man wirft uns vielleicht vor, wir würden uns der Regierung und den Gesetzen widersetzen. Aber in Wirklichkeit liegt der Fehler sowohl im Schweigen der Bevölkerung als auch in den Entscheidungen der Regierungen. Und wenn wir eine Änderung der öffentlichen Meinung erreichen wollen, dann müßten sich die Regierungen hierzu konform verhalten.". Mehrere Briefe der Bischofskonferenz wurden veröffentlicht in Reaktion auf Gesetzesänderungen (Stoleru, Bonnet). Dabei wird jedesmal versucht mit den anderen Religionen zusammen zu arbeiten, wie zum Beispiel im Anschluß an die "marche pour l'égalité" November-Dezember 1983. Nach dem Regierungswechsel 1981 begrüßte die Kirche die Maßnahmen der neuen Regierung, die ihrer Meinung nach integrierend wirkten. Zum Beispiel gab eine Gesetzesänderung Ausländern die Möglichkeit, eigene, unabhängige Vereinigungen zu gründen. Und die Regularisierung der illegalen Immigranten war die einzige Alternative. Als in den nächsten Jahren die rechtsradikale "Front national" mehr und mehr an Boden gewann, publizierten fünf Bischofskommissionen einen gemeinsamen Aufruf, in dem sie die unbeschränkte Akzeptanz der neuen Bevölkerung fordert, da deren Anwesenheit legitim ist. Sozialrechte sind nicht an der Nationalität festzumachen, da Naturalisation niemals mehr als nur ein erster Schritt zur Integration sein kann<sup>103</sup>.

Eine neuere Reaktion auf politische Vorgänge ist die der Bischofskonferenz vom Mai 1993 anläßlich der Maßnahmen der Regierung Balladur, die als repressiv bezeichnet werden. Im wesentlichen wurden drei Gesetzesänderungen vorgenommen, die die Immigration bremsen sollen: Vorschriften bezüglich des Asylrechts, der Aufenthaltsgenehmigung und gemischter Ehen wurden verschärft, sowie Möglichkeiten der Identitätskontrolle durch die Polizei erweitert und verstärkt. Die dritte Änderung betraf die Revision des "code de la nationalité" in bezug auf das jus soli: in Frankreich Geborenen kann dieses verweigert werden, wenn sie Vorstrafen von sechs oder mehr Monaten haben. Die Bischofskonferenz war in dreifacher Hinsicht beunruhigt: erstens, über den symbolischen Gehalt dieser Aktion: man gibt der Öffentlichkeit Recht, sie hat Grund, Angst zu haben, Immigration sei die Ursache der Rezession. Zweitens, über die Konsequenzen: es entsteht Angst unter Ausländern, viele unter ihnen werden sich in irregulärer Situation befinden. Und drittens, über die Politik im allgemeinen, die eine

<sup>103</sup> vgl. ebenda, S. 49ff.



repressive, falsche Vogel-Strauß-Politik ist (*fermeture d'esprit*). Die Kirche hat dreifach darauf reagiert: in politischer Hinsicht hat sie einen offenen Brief zusammen mit der CIMADE (*comité inter-mouvements auprès des évacués*, einer protestantisch-ökumenische Bewegung) an die Politiker gerichtet, sowie in pastoraler Funktion einen solchen an die Migranten. Auf pädagogischer Ebene wurden Treffpunkte für Betroffene eingerichtet, sowie Informationsdossiers erstellt, die den Pfarrern und Priestern Hilfe ermöglichen sollen. Die Reaktionen blieben nicht aus: Innenminister Pasqua hielt der Kirche Einmischung in Staatsaffären vor und 3/4 der Leserschriften von Christen waren dieser Erklärung feindlich gesinnt. Eine Erklärung hierfür ist das politische Vakuum, in dem die Stimme der Kirche wieder auffällt. Die Kirche, so Jean-François Berjonneau, Direktor des Service Nationale pour la Pastorale des Migrants, braucht mehr Interkulturalität in ihr selbst, um Solidarität von anderen fordern zu können. Sie muß Vorschläge bringen, einfacher Antirassismus genügt nicht mehr. Ein Weg der Zukunft ist der Ökumenismus als fruchtbares Treffen der Religionen. Die Kirche muß heutzutage einen doppelten Auftrag erfüllen, der in Wirklichkeit ein einziger ist: Fremden helfen, sich zu integrieren und den Armen der französischen Gesellschaft helfen, aus der gesellschaftlichen Isolierung zu entkommen. Beide sind Opfer derselben Weigerung, zu teilen<sup>104</sup>. Um so archaischer fällt einem das Beharren der katholischen Kirche auf, Kinder aus christlich-islamischen Ehen als Christen zu taufen und christlich erziehen zu lassen. Sie verlangt immer noch einen Dispens zur Unterscheidung der beiden Religionen nach dem kanonischen Gesetzbuch<sup>105</sup>.

Die Rolle der Kirche, die Immigration betreffend, hat abgenommen, so wie auch ihre gesellschaftliche Bedeutung im allgemeinen. Auch wenn die Kirche und ihre Vereinigungen wie die christliche Arbeiterjugend (J.O.C.) oder die katholische Arbeiterorganisation (A.C.O.) speziell durch die portugiesischen Einwanderer mehr Mitglieder gewinnen konnte, da diese, im Gegensatz zu Italienern und Polen, keinen eigenen Klerus mitbrachten, spielt doch heutzutage die öffentliche Schule eine ungleich größere Rolle bei der Integration der Ausländer. Dennoch sieht sie selber die Immigration als eine ihrer Hauptaufgaben an. Dabei hält auch sie sich an die Maxime der französischen Immigrationspolitik, die keine Partikularismen gegenüber einzelnen Nationen oder Gemeinschaften zulassen will, auch im Sinne von positiver Diskrimination. Jeder soll getreu der Revolutionsideale gleich vor dem Gesetz behandelt werden und die gleichen Rechte genießen können (*égalité des droits*). Die jetzigen speziellen Maßnahmen dienen nur dem Zweck, bestimmte Schichten und Gruppen mit dem nötigen Rüstzeug (Qualifikation, Sprache, Schrift, politische Bildung) zu versorgen, damit sie

<sup>104</sup> Rede Berjonneaus anlässlich der Eröffnung des interkulturellen Zentrums in Luxemburg, SeSoPI.

<sup>105</sup> vgl. Déjeux, J. (1990), S.39f.

von der selben Basis wie die anderen sozio-professionellen Gruppen oder Schichten aus starten können. Auch dies ist kein Problem der Nationalität, sondern bestimmter Klassen.

Delaporte zufolge sind die Bedingungen für eine erfolgreiche Integration, daß man eine Diskussion verläßt, die momentan zu sehr auf Fragen der Identität und der Religion basiert, und sich stattdessen auf alles konzentriert, das die Integration fördert oder auch bremst, wie z.B. die Schule, das Wohnproblem, der Arbeitsplatz, etc.. Vor allen Dingen sollte man sich der Gleichheit der Rechte versichern. Mit diesen Rechten meint er insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Vereinigungsrecht und das Wahlrecht auf lokaler Ebene. Seiner Meinung nach ist Frankreich für letzteres noch nicht reif genug, obwohl die "Commission épiscopale des migrations", der er als Präsident in dieser Zeit vorstand, schon 1984 Bürgerrechte und nicht nur Arbeiterrechte für dauerhaft in Frankreich wohnende Ausländer forderte. Der Faktor Zeit werde dies schon ändern. In der Zwischenzeit, meint er, könne man mit Formen der Beteiligung von Ausländern an städtischen Kommissionen Erfahrungen sammeln.

Für die islamische Gemeinde in Frankreich fordert Delaporte dieselbe religiöse Toleranz, die den anderen Kirchen entgegengebracht wird, obschon er sich bewußt ist, daß der europäische Kulturkreis durch das Christentum geprägt ist. Er fordert vom Staat nur, daß den Muslimen dieser Gesellschaft die gleichen Rechte zur Verfügung stehen wie Juden, Bhuddisten, Hindus und Christen, in der Tradition des Laizismus (es gibt keine Staatsreligion). Dies setzt aber ebenso voraus, daß der Islam den französischen Staat voll und ganz als einzige Legislative, Exekutive und Judikative anerkennt. Viele halten gerade dies für unvereinbar und meinen, der Islam sei aus diesem Grund nicht integrierbar. Dem entgegnet er, daß es auch für die katholische Kirche in Frankreich ein langwieriger und schmerzhafter Lernprozeß gewesen sei. Er ist zuversichtlich, daß auch der Islam in Frankreich dies lernen kann. Nur bedarf es dazu einiger Zeit.

Der Begriff des Multikulturalismus findet wie in der französischen Gesellschaft, so auch in der Kirche keinen rechten Widerhall. Dies liegt in der Entstehungsgeschichte des französischen Staates und der sich daraus entwickelnden Immigrationspolitik begründet, die eine kollektive Immigration (also von Gemeinschaften) vermeiden will und den Weg der individuellen Integration beschreitet. Man befürchtet eine ähnliche Entwicklung wie in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien. Deswegen die Ablehnung von partikularistischen Modellen und Politiken. Antonio Perotti, Priester und Direktor des C.I.E.M.I. in Paris, zitiert hierzu den algerischen Soziologen und Schriftsteller Abdel-kader Djeghloul:



"In einer ersten Form zeigt die multikulturelle Gesellschaft, daß es verschiedene kulturelle Praktiken innerhalb einer Gesellschaft gibt, abhängig von den Regionen, dem Geschlecht, den Altersklassen, den sozialen Klassen,..[...].

Diese Vielfalt an Praktiken darf jedoch die Tatsache nicht verbergen, daß mittels Medien, Erziehung und anderen kulturellen Instrumenten sich eine dominante Kultur herauschält, so daß andere kulturelle Expressionen zu vorübergehenden, marginalen oder dominierten Praktiken werden, von denen einige Werte oder einige bestimmte Verhaltensschemen sich durchaus in die dominante Kultur integrieren können."<sup>106</sup>

Der Begriff "Multikultur" erzeugt Perottis Meinung nach eine Idee der horizontalen Gleichheit. Diese ist aber nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Denn die Schlußfolgerung, bezogen auf "Urfranzosen" und kulturell andersartige Bevölkerungsgruppen, lautet, daß sich in Frankreich Gemeinschaften mit vollständigen kulturellen Systemen gegenüberstehen. Er verstärkt somit in der öffentlichen Meinung den Eindruck der "Andersartigkeit", des "Fremdseins" der Immigranten und könnte Rassisten unter dem Vorwand des Respekts der kulturellen Unterschiede (*droit à la différence*) dienen, eine "getrennte Entwicklung" der verschiedenen Gemeinschaften zu fordern (Ghettoisierung). Daß dieser Begriff so manipuliert werden kann, liegt an der Annahme eines Konzepts statischer Kultur, die von Generation zu Generation identisch reproduziert wird. Dieses Konzept ist das einer rassistischen Identitätsideologie. Der einzige Unterschied ist der, daß dort, wo der eine von mehr oder minder gewalttätiger Ausschließung spricht, beim anderen von mehr oder minder einladender Nebeneinanderstellung die Rede ist. Dieses Konzept ist falsch, da es nicht die tatsächlich stattfindenden Integrationsprozesse, und die Fragen, welche sich daraus ergeben, wahrnimmt. Die französische Gesellschaft ist kein Mosaik, sondern nimmt neue, ineinander übergreifende Formen an. Die eigentliche Frage liegt in der Kapazität der dominanten französischen Kultur, essentielle Aspekte der maghrebischen Kultur zu verinnerlichen, zu bewerten und als vollständigen Bestandteil des französischen Kulturguts zu verbreiten. Zu dieser sozialen Hierarchisation der Kulturen kommt eine Ethnostratifizierung, die mit der Schichtung der Klassen überein stimmt, d.h., die Ärmsten sind auch die am stärksten von der dominanten Kultur Abweichenden. Hier entsteht das Risiko, in Zukunft Unterschied und Ungleichheit nicht mehr zu unterscheiden. Wenn Multikulturalismus eine Feststellung, eine Tatsache ist, dann ist "Interkulturalismus" ein gesellschaftliches Projekt. Interkulturalismus bedeutet nach Perotti ein Aufeinanderzugehen und -eingehen; von einer Kultur

<sup>106</sup> vgl. "Libération", 17.6.1988.

der Toleranz zu einer Kultur des aktiven Austauschs von Unterschieden. Toleranz alleine ist nicht unbedingt kreativ. Es bedeutet auch, zu helfen, Ungleichheiten zu überwinden. Kulturen können nicht aufeinanderzugehen, aber Menschen können dies, vor allem die Jugend. Hier liegt die Chance und die Pflicht für die Kirche<sup>107</sup>.

#### 4. RESÜMEE: IST EIN KONSENS MÖGLICH?

Zusammenfassend betrachtet läßt sich feststellen, daß das Konzept Multikulturalismus in Frankreich nicht auf fruchtbaren Boden fällt. Allzu präsent sind die universalistischen Werte der Französischen Revolution. An und für sich sind diese kein Hindernis für eine multikulturelle Gesellschaft, jedoch sprechen diese Werte die Menschen als Individuen an, nicht als Mitglieder verschiedener Gemeinschaften. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gelten für den Menschen als Individuum, jedoch nicht für Gruppen und Gemeinschaften. Es soll sozusagen nur eine Gemeinschaft in Frankreich geben: aller derjenigen Menschen, die die selben politischen Ziele, Projekte und Ideale verfolgen. Franzose und französischer Bürger sind (in der Theorie und laut der Idealvorstellung der Französischen Revolution) alle, die diesem Ideal anhängen, ganz gleich welcher Religion, Hautfarbe oder Herkunft sie sind. Zwischen Theorie und Praxis klafft aber naturgemäß eine große Lücke. Viele Ausnahmen wurden und werden gemacht. Die Frage stellt sich, wie die französische Regierung sich Menschen gegenüber verhalten soll, die nicht oder nur teilweise diesen Werten oder Idealen anhängen wollen. Denn Meinungsvielfalt und Religionsfreiheit sind ja ursprüngliche Ziele der Revolution. Diese wurden durch die republikanische Schule auch gut verbreitet und gefestigt. Aber allem Anschein nach ist das Vorhaben der Republikgründer nicht mehr sehr bekannt unter der aktuellen Bevölkerung Frankreichs.

In allen westlichen Gemeinschaften kann man einen extremen Individualismus feststellen, der sich auch auf der Gemeinschaftsebene verbreitet hat. Der unabhängige und mündige Bürger war das Ziel der Revolution von 1792. Heutzutage geht der Individualismus in Egoismus über, der soziale Strukturen und Funktionen sich selbst überläßt. Die Gesellschaft wird zu Nehmern, die Geberseite fällt dem Staat zu. Ein Großteil der Bevölkerung verkennt die Werte auf die die französische Republik aufbaut und ist durch die Korruption und den Machtdünkel der Politiker verdrossen. Das zu abstrakt gewordene politische und soziale Projekt der französischen "Staatsgemeinschaft" hat ein

<sup>107</sup> vgl. Perotti, A. (1989), S.8ff.



Vakuum hinterlassen. Dieses Gemeinschaftsgefühl ist nur noch sehr schwach vorhanden. Man versucht es durch neue Gemeinschaften, kleiner und übersichtlicher, zu ersetzen. Die Fülle an Klubs und Vereinen bezeugt diese Suche nach Sicherheit in der Gemeinschaft. Da diese aber nur auf die Privatsphäre beschränkt bleiben soll, ergibt sich ein Konflikt mit dem Staat.

Im Laufe der Individualisierung hat sich auch eine neue Werteordnung ergeben. Gefragt ist heute wirtschaftlicher Erfolg, ein gesicherter und "guter" Arbeitsplatz. Daneben werden alle anderen Werte zweitrangig. Gelingt den Immigranten und Flüchtlingen der wirtschaftliche Einstieg, so werden sie auch leichter in anderen Lebensbereichen akzeptiert. Jeder, der dabei "versagt", ob In- oder Ausländer wird von der Gesellschaft isoliert. Die Immigranten vereinen in sich aber mehrere Nachteile gleichzeitig, sind also leichter "sichtbar" und deshalb umso benachteiligter. Auch wenn sie die französische Staatsbürgerschaft annehmen, sehen sie sich weiterhin mit erheblichen Antipathien und gesetzlichen Hürden konfrontiert. Für viele von ihnen bildet daher die religiöse oder nationale/ethnische Gemeinschaft in Frankreich eine Zuflucht und Stütze. Sehr oft wird dies als "Sektierertum" bezeichnet und der nationale Konsens in Gefahr gesehen. Sehr leicht wird dabei natürlich die eigene Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft vergessen. Es wird verkannt, daß nicht alle gleich sein sollen, sondern gleich vor dem Gesetz sein und gleich vom Staat behandelt werden sollen.

Die schlechte Akzeptanz des Multikulturalismus liegt aber auch an der vorherrschenden Begriffsverwirrung. Der Begriff "Kultur" ist von der neuen Rechten, der "Nouvelle Droite" (G.R.E.C.E., Alain de Benoist, Jean-Yves Le Gallou), besetzt worden. Mit ihrer Übernahme des Immigrantenslogans vom Recht auf Verschiedenheit (droit à la différence) haben sie die Situation umgekehrt und fordern von den Immigranten das Recht auf Bewahrung der französischen Kultur. Jeder Diskurs über Kulturalismus oder multikulturelle Gesellschaften wird fast schon automatisch in die Nähe der Rechten gerückt. Eine offene Diskussion kann somit nur sehr schwer zustande kommen. Ferner wird Multikulturalismus zumeist vereinfacht gleichgesetzt mit Ghettoisierung und Ethnisierung, einer Entwicklung, die man in Frankreich wiederum mit Rassismus gleichsetzt und die man mit allen Mitteln vermeiden will.

Das französische Modell bleibt dominant und wird in keiner wissenschaftlichen Abhandlung ernsthaft in Frage gestellt. Die Menschenrechte sind ein elementarer, wenn nicht der hauptsächliche Bestandteil des Selbstverständnis der französischen Nation. Diese Rechte müssen erneut betont, erklärt und verbreitet werden. Hierbei spielt die republikanische, öffentliche Schule immer noch die größte Rolle. So wie sie auch unter den Immigranten als wichtigste Integrationshilfe gesehen wird, noch vor dem Arbeitsplatz. Die öffentliche

Schule hat erfolgreich den kleinsten gemeinsamen Nenner vermittelt: Sprache, Schrift und die Vermittlung gemeinsamer Werte. Sie läuft aber Gefahr, diese Rolle zu verlieren aufgrund fehlender Finanzierung und mangelnder Orientierung an neuen Umständen. Das Fernsehen und der Massensport sind dabei, den alten Integrationsinstrumenten den Rang abzulaufen.

Die multikulturelle Gesellschaft ist überall gegenwärtig, so auch in Frankreich. Ihre juristische Anerkennung läßt jedoch auf sich warten. Das (kommunale) Wahlrecht für Ausländer ist heiß diskutiert, wird aber von niemandem außer den Grünen und einigen kommunistischen Splittergruppen ernsthaft in Erwägung gezogen. Solange sich das Multikulturelle auf die Privatsphäre beschränkt entstehen keine Konfliktmöglichkeiten. Drängt die Andersartigkeit jedoch an die politische Öffentlichkeit und fordert sie spezifische Rechte, wie dies momentan der Fall ist, so ergeben sich heftige Debatten. Frankreich ist im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland den Immigranten jedoch sehr weit entgegengekommen. Über tausend Moscheen und Gebetsräume, sowie Unterricht in der Heimatsprache sind Beispiele dafür, daß der französische Staat jedem seiner Bürger, gleich welcher Herkunft, dieselben Chancen und Möglichkeiten geben will.

Der französische Staat und seine Institutionen vermeiden, wenn möglich, jede Art der Sonderbehandlung von Immigranten. Man erklärt speziell auf sie ausgerichtete Maßnahmen mit der Begründung, diese seien nötig, um ihnen dieselben Startbedingungen wie für andere Franzosen auch zu garantieren. Inzwischen jedoch ist fast die gesamte Arbeiterklasse durch Immigranten und deren Nachkommen ersetzt, so daß die französische Gesellschaft von einer sozio-professionellen zu einer ethno-professionellen Schichtung übergeht.

Die französischen Gewerkschaften haben an Einfluß verloren, da die Arbeiterklasse wesentlich geschrumpft ist. Teilweise haben sie diesen Verlust durch die Gastarbeiterproblematik wettgemacht. Aber auch sie stehen Ideen wie dem kommunalem Wahlrecht oder der doppelten Staatsbürgerschaft eher skeptisch denn aufgeschlossen gegenüber. Bei den politischen Parteien ist im Moment dieselbe Haltung zu konstatieren. Die Linke überläßt der Rechten das Feld und diese verschärft die vorher eher liberalen Naturalisierungsbedingungen. Auch die Sendeländer sehen es nicht gerne, wenn ihre Staatsbürger Franzosen werden und dabei ihre alte Staatsangehörigkeit abgeben. Am direktesten gehen noch die Kirchen auf das Thema "Multikulturalismus" ein, sei es aus ernsthaftem Anliegen, sei es aus Überlegungen zur Mitgliederwerbung oder Positionierung gegenüber dem Staat heraus. Jedoch akzeptiert auch die Kirche nicht den Begriff des Multikulturalismus so ohne weiteres: sie fordert mehr als eine multikulturelle Gesellschaft. Sie will eine interkulturelle Gesellschaft, in der -im Gegensatz zur multikulturellen Gesellschaft- die Menschen



aufeinanderzugehen. Eine befriedigende Begründung, inwiefern dies in einer "nur" multikulturellen Gesellschaft nicht möglich oder nicht wahrscheinlich ist, liefert die katholische Kirche Frankreichs nicht.

Bei allen gesellschaftlichen Akteuren ist also eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem Konzept der multikulturellen Gesellschaft zu spüren, ähnlich wie in Deutschland. Frankreich hat jedoch frühzeitig eine fähige Alternative entwickelt, die sogar staatstragend und -gründend ist: die Charta der Menschenrechte und die Grundwerte der Französischen Revolution. Im Laufe der Jahre hat sich dieser "revolutionäre Eifer" ein wenig abgenützt und bedarf der Erneuerung. Aber einfache Paraphrase wird hier wenig nützen. Die Umstände haben sich verändert: andere, stärker unterscheidbare Kulturen treffen in Frankreich aufeinander als dies noch vor 200 Jahren der Fall war (oder erscheint einem dies nur aus der heutigen Sicht so unterschiedlich: der um 1830 einwandernde Deutsche, war er nicht ebenso "Fremdkörper" wie der heute einwandernde Schwarzafrikaner?). Und ebenso wie damals benötigt eine Gesellschaft viel Zeit, um sich zu verändern und diese Veränderungen zu akzeptieren.

Das Wissen um die eigene Vergangenheit ist dringend notwendig, um heutige Prozesse zu verstehen und in einen größeren Zusammenhang stellen zu können. Gerade der Vorwurf an die Immigranten dieser Zeit, sie seien nicht assimilierbar, bringt dieselben Beschuldigungen und Argumente zum Vorschein, die den belgischen und italienischen Immigranten vor über hundert Jahren auch vorgehalten wurden. Kleinere und untere Behörden akzeptieren, wenn auch teilweise gezwungenermaßen, Gemeinschaftskörper oder einzelne Persönlichkeiten als Ansprechpartner und Bezugspersonen. Durch die Existenz solcher Mittler zwischen Staat und einzelnen Gemeinschaften akzeptiert der Staat eigentlich die Existenz von Gemeinschaften und ihr Anrecht auf ein "individuelles" Verhalten und Behandlung.

Es bleibt zu hoffen, daß auf lange Zeit nicht nur der Pragmatismus siegen wird, sondern auch ein echtes Verständnis für Gemeinschaften aufkommen wird. Die Angst vor einem Zerfall des französischen Staates in eine Vielzahl verschiedenster, z.T. gegeneinander agierender Splittergruppen verhindert bislang eine Akzeptanz des Begriffs "Multikulturalismus". Das französische Modell der Integration soll keinen Mittelweg zwischen Assimilation und Insertion/Einsetzung darstellen, sondern einen Prozeß der aktiven Beteiligung aller verschiedener Elemente an der nationalen Gemeinschaft herbeiführen. Dabei sollen die spezifischen kulturellen, sozialen und moralischen Werte erhalten bleiben und als Bereicherung der Gemeinschaft anerkannt werden. Jedem soll die Möglichkeit gegeben sein, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Ziel ist es, bei allen ein Gefühl der nationalen Solidarität zu erschaffen,

basierend auf einer Basis gemeinsamer Werte, die von allen akzeptiert und verteidigt werden. Von einigen (unter anderem auch vom "Haut Conseil de l'Intégration") wird genau dieser Punkt als wichtigste Herausforderung bezeichnet. Laut ihrer Auffassung ist dieser Wertekonsens schwerer als zuvor zu bilden, da die einwandernden Kulturen unterschiedlicher als jemals zuvor sind. Dies ist eine schwer zu beweisende Behauptung, der viele erlegen und die ihre Befürworter gefährlich nah an rechte und rechtsextreme Positionen bringt. Sie vertrauen jedoch auf die Durchsetzungskraft der Prinzipien, auf die die französische Nation aufbaut. Institutionelle Anerkennung von Minoritäten wird es in absehbarer Zukunft nicht geben. Das Rezept heißt Logik der Gleichheit und nicht Logik der Minderheiten.

Frankreich befindet sich auf einem schwierigen Balanceakt zwischen diesen beiden Konzepten. Überstürzte Maßnahmen, populistische Forderungen und vergessene Geschichte, sowie ein verbreiteter Pragmatismus der Behörden im Umgang mit Immigranten und Ausländern machen es nicht leicht eine einheitliche Linie im Umgang mit Immigranten auszumachen. Alle Forschungsarbeiten erkennen jedoch den gesellschaftlichen Wandel: die Immigration ist dauerhafter Bestandteil unserer Gesellschaft geworden. Zur gleichen Zeit vergrößert sich der Abstand zwischen den Gewinnern und den Verlierern des gesellschaftlichen und wirtschaftlich-strukturellen Wandels. Wie diese zwei Entwicklungen zusammenhängen, umschreibt der französische Soziologe Alain Touraine sehr treffend: "Vor fünfzig Jahren sprach ein Immigrant kein Französisch, aber er hatte Arbeit; heutzutage spricht er französisch, hat aber keine Arbeit!". Diese Erscheinung betrifft In- und Ausländern (zwar nicht in gleichem Maße) und stellt die eigentliche Herausforderung aller modernen Gesellschaften dar.

Der französische Staat mit seiner ausgeprägten bürokratischen Verwaltung tut sich schwer in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ebenso unübersichtlich ist auch die Verwaltung und Verteilung der finanziellen Hilfe an Immigranten durch staatliche Institutionen. Eine auf lange Sicht angelegte Reform dieser Praktiken und Institutionen, sowie ein teilweiser Rückzug des allgegenwärtigen, zentralistischen Staatsapparates würden Abhilfe schaffen. Die aktuelle Diskussion dreht sich denn auch weniger um die Immigration selbst, als um die Arbeitslosigkeit. Eine Umfrage der SOFRES vom März 1992 bestätigt, daß Unternehmen unter hundert Arbeitnehmern sofort 500.000 Arbeitslose unter 25 Jahren (darunter eben auch viele Immigranten der zweiten Generation) einstellen würden, wenn die Sozial- und Lohnnebenkosten um die Hälfte gekürzt würden<sup>108</sup>.

<sup>108</sup> vgl. Sorman, G. (1992), S.193.



Ein Konsens ist möglich, aber gemäß Definition verlangt er Zugeständnisse von allen beteiligten Parteien. Solange ein Ungleichgewicht im Geben und Nehmen besteht, kann es zu keiner oder nur einer unglücklichen Einigung kommen. Dem Staat und anderen sozialen Akteuren fällt die Aufgabe zu, ihre Politik nicht nur anhand aller vorhandenen Daten zu konstruieren, sondern sie auch zu erklären. Sehr viel Defizit besteht in Bezug auf die Aufklärung über die gesetzlichen Möglichkeiten (Wohngeld, Naturalisierungsbedingungen, Familienzusammenführung, etc.). Auch die Begründungen, die Politiker geben, sind oft zu einseitig und blauäugig. Alle Modelle werden scheitern, wenn sie nicht die Gründe der Auswanderung in Betracht ziehen: die fehlende wirtschaftliche Entwicklung der Sendeländer. Den Immigranten verdankt nicht nur die französische Gesellschaft die Aufdeckung ihrer versteckten Fehler.

Geht man durch die Straßen Frankreichs, so fallen die Immigranten eigentlich nicht mehr auf. Im Gegenteil, es fällt einem schwer, sich dieselbe Straße, denselben Stadtteil ohne "Ausländer" vorzustellen. So komme ich letztlich auf denselben Gedanken wie Catherine Wihtol de Wenden: "Kann es sein, daß diese ganze Diskussion über Immigranten nur entstand, da diese uns schon so ähneln und wir den "Anderen" benötigen, um uns selbst zu definieren?" Und mir scheint es, als ob die Antwort auf diese Frage mit "ja" lautet.

## 5. AUSBLICK AUF EINE EUROPÄISCHE DIMENSION DES MULTIKULTURALISMUS

Lange Zeit war die Europäische Union fast einseitig auf die wirtschaftliche Harmonisierung ihrer Mitgliedsländer bedacht. Die Immigrationsthematik wurde und wird zum größten Teil immer noch ausschließlich den Einzelstaaten überlassen. Mit der Unterzeichnung des Schengener Abkommens und dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages muß nun aber eine gemeinsame Immigrations- und Asylpolitik gefunden werden. Die Schwierigkeit liegt hierin in den erheblichen Unterschieden zwischen den Mitgliedsstaaten.

Frankreich hat wie Großbritannien und die Niederlande eine koloniale Vergangenheit. Diese ist jedoch genauso verschieden von den anderen nationalen Kolonialpolitiken wie die aktuelle Behandlung der Immigration. Für Frankreich war Kolonialisierung auch immer verbunden mit Mission: der Verbreitung der universalistischen Werte. Großbritannien pflegte die "Home rule": unter der Aufsicht des Vizekönigs blieben die bisherigen Herrschaftsstrukturen bestehen. Die Niederländer mischten sich ebenso wenig wie die Briten in die Strukturen

der Eingeborenengesellschaft ein. Sie waren hauptsächlich an der wirtschaftlichen Ausbeutung interessiert.

Diese koloniale Vergangenheit spiegelt sich in der aktuellen Haltung gegenüber Immigranten wieder. Großbritannien akzeptiert und fördert sogar die Bildung von ethnischen und nationalen Gemeinschaften aus Prinzip. In Frankreich wäre diese Logik der Minderheiten undenkbar. Die Niederlande bleibt sehr liberal, wenn nicht sogar ein wenig gleichgültig gegenüber ihren nationalen Minderheiten. Schweden betreibt wie die Niederlande eine plurikulturelle Politik. Wahlrecht und Staatsbürgerschaft sind sehr leicht zu erlangen, bzw. schon gegeben. Den Gegensatz hierzu bilden die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz, beides Länder mit einem ethnischen Verständnis von Nation. In Bezug auf Nationalität und Naturalisierung basiert die Gesetzgebung der beiden Länder im Gegensatz zu den vorher erwähnten Fällen auf dem Blutrecht, dem jus sanguini. Um Deutscher oder Schweizer zu werden, muß man im Prinzip deutscher oder schweizer Abstammung sein. Die Ausnahmen dieses Prinzips sind kompliziert und in den meisten Fällen auch kostspielig und langwierig. Ferner muß auf die vorherige Staatsbürgerschaft verzichtet werden, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern. Das Wahlrecht für Ausländer ist in diesen Ländern nicht gegeben, auch nicht auf lokaler Ebene (außer in Hamburg).

Sieht man diese Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Ländern, so kann man sich schwerlich eine gemeinsame Linie vorstellen. Das Wesentlichste wird für die nächsten Jahre bestehen bleiben. Am ehesten wird eine gemeinsame Asylpolitik zustande kommen, sehr wahrscheinlich orientiert am kleinsten gemeinsamen Nenner. Seit 1970-1975 haben sich die Immigrationspolitiken angenähert, ohne sich jedoch zu gleichen. Vorher wurden die Ein- und Auswanderungsbewegungen wenig kontrolliert und eine geplante Integrationspolitik bestand so gut wie nicht. Dies hat sich jetzt geändert: es wird versucht die Ströme zu kontrollieren und man macht sich Gedanken über die Integration der Ausländer. Aber diese Integrationspolitiken sind immer noch sehr verschieden, so daß einem die Unterzeichnung der Schengener Verträge und des Maastrichter Vertrages bezogen auf die Immigration überstürzt vorkommen muß. Denn die Schaffung einer europäischen Staatsbürgerschaft bricht mit dem französischen Prinzip, wonach Nationalität und Staatsbürgerschaft miteinander verbunden sind. Die Einführung des lokalen Wahlrechts für alle Ausländer wäre demnach aufgehoben, oder zumindest aufgeschoben. Zusätzlich bedeutet diese Entscheidung eine deutliche Unterscheidung zwischen Ausländern, je nach Nationalität; eine weiterer Bruch mit dem französischen Prinzip der Gleichbehandlung aller Ausländer.



Gerade die stärkere Ausrichtung auf die Menschenrechte, verbunden mit erleichterten Naturalisierungsbedingungen und der strikten Trennung von Kirche und Staat, würde eine geeignete Basis für eine zukünftige europäische Immigrationspolitik bilden. Sie ermöglicht es allen, nach eigenen Vorstellungen zu leben und gleichzeitig einem gemeinsamen Projekt anzugehören. Sie garantiert zugleich den kulturellen Austausch, ohne daß Gemeinschaften in gesellschaftliche Isolierung geraten. Den größten Anteil am Gelingen eines solchen Projekts haben nämlich nach wie vor die einzelnen Teilnehmer, nicht "die Politik" oder "das Gesetz".

## LITERATURVERZEICHNIS

- Abdellatif, S.:** Un isolat contemporain: les Français musulmans 1988. Paris, 1988.
- Addi, L.:** L'émigration algérienne au miroir de la société d'origine. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1144, 1991, S. 4-10.
- Amara, S./ Idir, S.:** Le "mouvement beur". In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1144, 1991, S. 19-26.
- Balibar, E./ Wallerstein, I.:** Race, nation, classe: identités ambiguës. Paris, 1988.
- Barbara, A.:** Unions sans frontières. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1167, 1993, S. 10-14.
- Barou, J.:** Les soninké d'hier à demain. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1131, 1990, S. 9-12.
- Barou, J.:** Des chiffres et des hommes. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1131, 1990, S. 5-8.
- Barreau, J.-C.:** De l'immigration en général et de la nation française en particulier. Paris, 1992.
- Bastenier, A./ Dassetto, F.:** Immigration et espace public. Paris, 1993.
- Bernard, P.:** L'immigration. Paris, 1993.
- Bielefeld, U. (Hrsg.):** Das Eigene und das Fremde. Hamburg, 1992.
- Birnbaum, P.:** Citoyenneté et particularisme. L'exemple des Juifs en France. In: *Face au racisme*, vol. 2, hrsg. v. Pierre-André Taguieff. Paris, 1991, S. 283-295.
- Blanke, B.:** Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft. Opladen, 1993.
- Blume, G./ Smolczyk, A.:** Neue Fronten. In: *Die Rückkehr der Führer*, 2. Aufl., hrsg. v. Martina Kirfel und Walter Oswald. Hannover, 1992, S. 104-111.
- Bockel, A.:** L'immigration au pays des Droits de l'homme. Montpellier, 1993.
- Büchler, H. und J.:** Migrants in Europe: the role of family, labour and politics. New York, 1987.
- Butterwege, J./ Jäger, S.:** Europa gegen den Rest der Welt?. Köln, 1993.
- Caratini, R.:** La force des faibles. Bastia, 1985.
- Castles, S./ Kossack, D.:** Immigrant workers and class structure. London, 1973.
- Cinquièmes Journées Internationales de Vaucresson (Hrsg.):** Immigration, multiethnicité et socialisation. Tome III. Vaucresson, 1985.
- Commission nationale consultative des Droits de l'homme:** La lutte contre le racisme et la xénophobie 1990. Paris, 1991.
- Costa-Lascoux, J.:** De l'immigré au citoyen. Paris, 1989.
- Costa-Lascoux, J.:** Assimiler, insérer, intégrer. In: *Projet*, Nr. 227, 1991a, S. 7-15.
- Costa-Lascoux, J.:** Des lois contre le racisme. In: *Face au racisme*, vol. 2, hrsg. v. Pierre-André Taguieff. Paris, 1991, S. 105-129.
- Courgeau, D.:** Etude sur la dynamique, l'évolution et les conséquences des migrations, II. Trois siècles de mobilité en France. Paris, 1982.
- Cross, G.:** Immigrant workers in industrial France: the making of a new laboring class. Philadelphia, 1983.
- Déjeux, J.:** Vivre à deux cultures. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1133, 1990, S. 35-42.
- Delaporte, J.:** Immigration. Le coeur et la raison. Paris, 1990.
- Désir, H.:** Pour l'intégration: conditions et instruments. In: *Face au racisme*, vol. 1, hrsg. v. Pierre-André Taguieff. Paris, 1991, S. 106-119.



- Dewitte, P.: Regards blancs et colères noires. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1132, 1990, S. 3-14.
- Dias, M.: Interculturalité et nouvelle citoyenneté: l'exemple portugais. In: *La citoyenneté*, hrsg. v. Cathérine Withol de Wenden. Paris, 1988, S. 249-256.
- Dinello, R.: Adolescents entre deux cultures. Paris, 1985.
- Djegloul, A.: «Le mirage multiculturel». In: *Libération*, 17.06.1988.
- Dodenhof, M.: Immigrantenkinder im französischen Schulsystem. Eine Auswertung aktueller Statistiken. Hamburg, 1989.
- Dooh-Bunya, L.: La condition des femmes noires en France. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1131, 1990, S. 43-48.
- Durchon, P.: Réussite scolaire asiatique. Paris, 1990.
- Duroselle, J.-B.: «L'invasion». Les migrations humaines: chance ou fatalité?. Paris, 1992.
- Etienne, B.: L'islam en France. Paris, 1990.
- Freeman, G.: Immigrant labour and racial conflict: the role of the state. In: *Migrants in modern France*, hrsg. v. Ogden, P. und White, P.. London, 1989, S. 160-167.
- Goledzinowski, F.: L'insertion par l'alphabétisation. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1132, 1990, S. 33-36.
- Guillaume, P.: Histoire de la France au XXe siècle. Paris, 1993.
- Guillaumin, C.: "Race" and discourse. In: *Race, discourse and power in France*, hrsg. v. Maxim Silverman. Aldershot, 1991, S. 5-11.
- Guillon, M.: Etrangers et immigrés dans la population de la France. In: *La citoyenneté*, hrsg. v. Cathérine Withol de Wenden. Paris, 1988, S. 17-56.
- Hamoumou, M.: Les harkis, un trou de mémoire franco-algérien. In: *Esprit*, Nr. 2, 1991, S. 25-44.
- Haut Conseil à l'Intégration: Pour un modèle français de l'intégration. Paris, 1991
- Haut Conseil à l'Intégration: L'intégration à la française. Paris, 1993.
- Jelen, C.: La famille, secret de l'immigration. Paris, 1989.
- Jelloun, T. ben: Hospitalité française. Paris 1984.
- Jelloun, T. ben: L'émergence des sociétés pluriculturelles. In: *Futuribles: analyse, prévision, prospective*, vol. 2, Paris 1990, S. 57-63.
- Kante, M.: Contribution à la migration soninké en France. Paris, 1986.
- Kastoryano, R.: Relations interethniques et formes d'intégration. In: *Face au racisme*, vol. 2, hrsg. v. Pierre-André Taguieff. Paris, 1991, S. 167-177.
- Kepel, G.: La revanche de Dieu. Paris, 1991a.
- Kepel, G.: Les banlieues de l'Islam. Paris, 1991b.
- Khames, D./ Paoletti, F.: En France, quelle immigration?. Paris, 1993.
- Khellil, M.: L'intégration des Maghrébins en France. Paris, 1991.
- Khoa, L.: Variations d'intégration: insertion, adaptation, appropriation. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1134, 1990, S. 4-12.
- Kirfel, M.: Das künstliche Idyll. In: *Die Rückkehr der Führer*, 2. Aufl., hrsg. v. Martina Kirfel und Walter Oswalt. Hannover, 1992, S. 112-127.
- Le Gallou, J.-Y.: La préférence nationale: réponse à l'immigration. Paris, 1985.
- Le Pen, J.-M.: 300 Mesures pour la Renaissance de la France. Paris, 1993.
- Lébon, A.: Aspects de l'immigration et de la présence étrangère en France. 1991-1992. Paris, 1993.
- Leca, J.: La citoyenneté en question. In: *Face au racisme*, vol. 2, hrsg. v. Pierre-André Taguieff. Paris, 1991, S. 311-336.
- Leca, J.: Du principe des Pyrénées. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1164, 1993, S. 11-14.
- Lequin, Y. (Hrsg.): *La Mosaïque France. Histoire des étrangers et de l'immigration en France*. Paris, 1988.
- Léveau, R./ Kepel, G. (Hrsg.): *Les musulmans dans la société française*. Paris, 1988.
- Llaumett, M.: *Les jeunes d'origine étrangère*. Paris, 1984.
- Lochak, D.: *Etrangers, de quelle droit?*. Paris, 1985.
- Luciani, M.-P.: *Immigrés en Corse: minorité de la minorité*. Ajaccio, 1991.
- Madelin, A./ Sarkorzy, N.: *Les débats de la convention: Immigration*. Paris, 1990.
- Minces, J.: *La femme voilée*. Paris, 1990.
- Minces, J.: L'excision. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1131, 1990, S. 49-54.
- Negrouche, N.: L'échec des associations franco-maghrébines issues de l'immigration (1980-1990). In: *Esprit*, Nr. 1, 1992, S. 41-52.
- Noiriel, G.: *Le creuset français. Histoire de l'immigration XIXe-XXe siècle*. Paris, 1988.
- Noiriel, G.: Un siècle d'intégration des immigrés en Lorraine. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1166, Juni 1993, S. 38-45.
- Noiriel, G./ Beaud, S.: Penser l'«intégration» des immigrés. In: *Face au racisme*, vol. 2, hrsg. v. Pierre-André Taguieff. Paris, 1990, S. 261-295.
- Ogden, P./ White, P. (Hrsg.): *Migrants in modern France*. London, 1989.
- Oriol, M.: *Les immigrés devant les urnes*. Paris, 1992.
- Perotti, A.: D'une société multiculturelle à une société interculturelle en Europe: l'apport des Eglises. Luxembourg, 1989.
- Philip-Asdih, C.: L'image de soi des enfants de couples franco-maghrébins. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1167, 1993, S. 44-48.
- Quiminal, C.: *Gens d'ici, gens d'ailleurs*. Paris, 1991.
- Rogers, V.: Brittany. In: *Contemporary minority nationalism*, hrsg. v. Michael Watson. London, 1990, S. 67-85.
- Roy, O.: Ethnicité, bandes et communautarisme. In: *Esprit*, Nr. 2, 1991, S. 37-47.
- Rude-Antoine, E. (Hrsg.): *L'immigration face aux lois de la République*. Paris, 1993.
- Savigear, P.: Corsica. In: *Contemporary minority nationalism*, hrsg. v. Michael Watson. London, 1990, S. 86-99.
- Sayad, A.: *L'immigration*. Paris, 1991.
- Sayad, A.: L'émigration algérienne à l'heure des ruptures. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1144, 1991, S. 54-57.
- Schain, M.: Immigration and changes in the French party system. In: *European Journal of Political Research*, vol. 16, 1988, S. 597-620.
- Schlegel, J.-L.: Pas de seuil pour la démocratie. In: *Projet*, Nr. 225, 1991, S. 34-42.
- Schnapper, D.: *La France de l'intégration*. Paris, 1991.
- Schnapper, D.: *L'Europe des immigrés*. Paris, 1993.
- Schulte, A.: Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung?. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 23-24, 1990, S. 3-15.
- Selim, A.: *Cultures et droits de l'homme*. Paris, 1992.
- Silverman, M. (Hrsg.): *Race, discourse and power in France*. Aldershot, 1991.
- Sorman, G.: *En attendant les barbares*. Paris, 1992.
- Soumaré, D.: Quelle insertion pour les Soninké en France?. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1165, 1993, S. 23-24.
- Stora, B.: *La gangrene et l'oubli. 1962-1990*. Paris, 1991.



Stora, B.: *Ils venaient d'Algérie*. Paris, 1992.

Stora, B.: *L'intégrisme islamique en France: entre fantasmes et réalités*. In: *Face au racisme*, vol. 2, hrsg. v. Pierre-André Taguieff. Paris, 1991, S. 217-222.

Streiff-Fenart, J.: *Les couples franco-maghrébins en France*. Paris, 1989.

Taguieff, P.-A. (Hrsg.): *Face au racisme*, vol. I+II. Paris, 1991.

Taguieff, P.-A.: *Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus*. In: *Das Eigene und das Fremde*, hrsg. v. Uli Bielefeld. Hannover, 1992, S. 221-260.

Tapinos, G.: *L'immigration étrangère en France. 1945-1973*. Paris, 1975.

Tarrius, A.: *Les fourmis d'Europe. Migrants riches, migrants pauvres et nouvelles villes internationales*. Paris, 1992.

Tribalat, M.: *Maghrébins en France: quelques facteurs d'intégration*. Kolloquium, Los Angeles, 1988.

Tripier, M.: *L'immigration dans la classe ouvrière en France*. Paris, 1990.

Valentin, J.-P.: *Une société multiculturelle nécessite un enseignement interculturel*. C.S.E.E., 1993.

Vieillard-Baron, J.-L.: *Le risque du ghetto dans l'agglomération parisienne*. Paris, 1991.

Vieille, P. (Hrsg.): *L'immigration à l'université*. Paris, 1989.

Voisard, J./ Ducastelle, C.: *La question immigrée dans la France d'aujourd'hui*. Paris, 1988.

Waldinger, R.: *Ethnic entrepreneurs: immigrant business*. London, 1990.

Watson, M. (Hrsg.): *Contemporary minority nationalism*. London, 1990.

Weil, P. (Hrsg.): *La France et ses étrangers*. Paris, 1987.

Weil, P.: *La politique française d'immigration: au-delà du désordre*. In: *Regards sur l'actualité*, février 1990, S. 3-22.

Weil, P.: *Les politiques de l'immigration en France depuis la Seconde Guerre Mondiale*. In: *Face au racisme*, vol. 2, hrsg. v. Pierre-André Taguieff. Paris, 1990, S. 135-143.

Weinberg, H.H.: *The myth of the Jew in France 1967-1982*. Oakville, 1987.

Wievorka, M. (Hrsg.): *La démocratie à l'épreuve*. Paris, 1993.

Wihtol de Wenden, C. (Hrsg.): *La citoyenneté*. Paris, 1988.

Wihtol de Wenden, C.: *Qui sont les "Harkis"?*. In: *Hommes & Migrations*, Nr. 1135, 1990, S. 7-12.

Wihtol de Wenden, C.: *North African immigration and the French political imaginary*. In: *Race, discourse and power in France*, hrsg. v. Maxim Silverman. Aldershot, 1991, S. 99-110.

Zeghidour, S.: *Islam et Laïcité*. In: *Projet*, Nr. 225, 1990, S. 63-70.

## ZEITSCHRIFTEN

*"Actualités migrations"*, I.N.S.E.E., Nr. 416, 417, 421, 1992.

*"Esprit"*, Nr. 1/1991, 2/1991, 6/1992, 7/1992, 3-4/1993.

*"Evenement européen"*, Sonderausgabe "L'Europe et ses immigrés" Oktober 1990, Sonderausgabe "L'Europe des minorités" September 1990.

*"Futuribles: analyse, prévision, prospective."*, Februar 1990.

*"Hommes & Migrations"*, Jahrgänge 1990-1993.

*"Il faut qu'on se parle"*, Mouvement des Démocrates, Nr. 25, Juni 1990.

*"La lettre de Jean-Marie Le Pen"*, Front National, Nr. 169, Januar 1993.

*"Le Nouvel Observateur"*, Nr. 1517, 2.-6. Dezember 1993.

*"Les dossiers de l'avenir"*, C.F.E.-C.G.C., Nr. 26, 1987.

*"Lutte Ouvrière"*, Lutte Ouvrière, Nr. 1302 und 1303, 18. und 25. Juni 1993.

*"Projet: les enjeux de l'actualité économique, politique, sociale."*, Nr. 225 "Laïcité au pluriel", Nr. 227 "Réussir l'intégration", 1991.

*"PSinfo"*, P.S., Nr. 492, November 1991.

*"Regards sur l'actualité"*, Februar, 1990.

*"Rouge & Vert"*, A.R.E.V., Nr. 83, Juli 1991.

*"Vendredi"*, P.S., Nr. 196, September 1993.